

~~ANTISEMI~~ ~~TISMUS~~

am Beispiel Thüringen und Jena

Geschichte, Erscheinungsformen und Virulenz

KoKont (Hrsg.)

Impressum:

Herausgegeben von:

KOKONT JENA - Koordinierungsstelle des Jenaer Stadtprogramms und Kontaktbüro des
Runden Tisches für Demokratie – in Trägerschaft des Bildungswerkes BLITZ e.V.

Löbdergraben 25 A

07743 Jena

Lektorat, Redaktion & Satz:

SUSANNE HALDRICH, www.textei.com

Umschlaggestaltung:

SEBASTIAN JUNG, www.jungjungjung.com

Erscheinungsdatum:

Mai 2012

Inhalt

Vorwort	04
Einleitung	05
Grundlegende Aspekte des Antisemitismus – ein kurzer Abriss zur Geschichte, zu zeitgenössischen Formen und Erklärungsansätzen	08
Inmitten von Zeiss und Salana: Überlegungen zum Antisemitismus als Schnittmenge zwischen völkischer Weltanschauung und nationalsozialistischer Ideologie am Beispiel des Stadtkreises Jena	25
Antisemitismus in der DDR	59
Zur Virulenz antisemitischer Einstellungen	63
Aktionen von rechts außen: Antisemitische Straftaten in Thüringen	72
Antisemitismus von links	77
Die Autoren	82
Literaturempfehlungen	83

Vorwort

Die ganze Schwäche der Menschheit offenbart sich in ihren Ungleichwertigkeitsvorstellungen.

Sie machen die Würde des Menschen antastbar, greifen die Idee der Demokratie an und schalten Menschenrechte aus. 2011 stimmten 25 Prozent der Thüringerinnen und Thüringer der Aussage in der repräsentativen Umfrage „Thüringen Monitor“ zu, es gäbe wertvolles und unwertes Leben. Was bringt Menschen zu dieser Ansicht? Welche Vorurteile, menschenfeindlichen Einstellungen und Diskriminierungen gehen eigentlich mit dieser Überzeugung einher? Zu welchen Handlungen, antidemokratischen Bestrebungen und Formen der Gewalt können sie führen? – Fragen, die unsere Arbeit für Demokratie und gegen Ideologien der Ungleichwertigkeit täglich beeinflussen und welche die stetige Analyse gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit erfordern. Von den verschiedenen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit nimmt der Antisemitismus einen besonderen Stellenwert in der Geschichte dieses Landes ein. Er hat trotz seiner historischen Kontinuität immer wieder verschiedene Formen der Modernisierung erfahren. War Judenfeindlichkeit im Mittelalter häufig christlich fundiert, entwickelte sich in Zeiten der Aufklärung der politische Antisemitismus. Auch nach dem Rassenantisemitismus der Nazis, welcher im beispiellosen Verbrechen an der Menschlichkeit – der Shoah – gipfelte, ist die Judenfeindlichkeit in Europa

keinesfalls überwunden. Sekundärer Antisemitismus, Antizionismus aber auch religiös fundierte Ausprägungen sind weitverbreitete Formen in der europäischen Gegenwart.

Zwar gibt es heute viele Untersuchungen zu antisemitischen Einstellungsmustern, sie werfen aber auch immer wieder neue Fragen auf. In den Erhebungen des „Thüringen Monitors“ stimmten in den vergangenen Jahren durchschnittlich zwölf Prozent der Befragten der antisemitischen These zu: „Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns“. Die Annahme, dass die Zustimmungswerte im Bereich des sekundären Antisemitismus wesentlich höher ausfallen würden, erforderte einen genaueren Blick auf den Antisemitismus in Thüringen, der mit dieser Broschüre vorgelegt wird.

Wer dem Antisemitismus, aber auch anderen gruppenbezogen menschenfeindlichen Einstellungen etwas entgegenzusetzen möchte, muss diese Phänomene in ihrer ganzen Ausprägung erfassen und innerhalb ihrer Wandlungsprozesse und regionalen Bezüge begreifen. Nur wenn das gelingt, ist es möglich, Ursachenfaktoren zu benennen und darauf bezogene Lösungsansätze und adäquate pädagogische Konzepte zu entwickeln – und das eigene Handeln auszurichten.

**Janine Patz
KoKont Jena**

Einleitung

„Darauf spekuliert tatsächlich einer der wesentlichen Tricks von Antisemiten heute: sich als Verfolgter darzustellen; sich zu gebärden, als wäre durch die öffentliche Meinung, die Äußerungen des Antisemitismus heute unmöglich macht, der Antisemit eigentlich der, gegen den der Stachel der Gesellschaft sich richtet, während im allgemeinen die Antisemiten doch die sind, die den Stachel der Gesellschaft am grausamsten und am erfolgreichsten handhaben.“

(Theodor W. Adorno: Zur Bekämpfung des Antisemitismus heute, 1962)

Naziterror, Verfassungsschutzskandal, Behördenversagen: Nachdem die in Jena sozialisierte Terrorbande „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) im November 2011 durch Zufall aufflog, dominiert das Geschehene die öffentliche Diskussion: 10 Tote, Sprengstoffanschläge und zahlreiche Banküberfälle konnten geschehen, ohne dass Behörden und die Öffentlichkeit die Spur in die rechtsextreme Szene sehen konnten. All das, da ist man sich zu Recht einig, darf nie wieder passieren.

Dagegen hatte es der Antisemitismusbericht eines unabhängigen Expertenkreises des Deutschen Bundestags im Januar 2012 vergleichsweise schwer, in der öffentlich-medialen Debatte Akzente zu setzen. Die einschlägigen Untersuchungen, auf die sich der Bericht bezieht, berichten, dass etwa 20 Prozent der Deutschen antisemitische Orientierungen teilen. Im europäischen Vergleich sind die Deutschen im Allgemeinen häufiger antisemitisch eingestellt als die Menschen in den westeuropäischen Ländern Italien, Großbritannien, Niederlande und

Frankreich: Die hierzulande viel beschworene Bewältigung der Vergangenheit ist bei Weitem nicht identisch mit einem wünschenswerten Lernen aus der Geschichte.

Im April 2012 erregte Günther Grass sogenanntes Gedicht „Was gesagt werden muss“ die Gemüter. Dafür, dass Grass sich als der Mutige inszenierte, der eine vermeintlich tabuisierte Wahrheit ausspricht, nach der Israel den Weltfrieden gefährde und einen „Erstschlag“ gegen den Iran plane, welcher das „iranische Volk auslöschen könnte“, wurde dem Schriftsteller vorgeworfen, antisemitische Argumentationsstrukturen zu bedienen.

Solche Diskurse zum Antisemitismus mit bundesweiter Öffentlichkeit finden ihre Pendants in der lokalen Öffentlichkeit. In Jena sorgte in den vergangenen Jahren vor allem der grobe und offene Juden Hass im Fußballstadion für Aufmerksamkeit, wobei die antisemitischen Äußerungen in der Regel von auswärtigen Vereinen als Beleidigung an die Jenaer Mannschaft und Fans adressiert waren. Vor allem Vorfälle, bei denen Fans des Halleschen FC sowie des Rot-Weiß Erfurt zum Teil aus Hunderten Kehlen „Juden Jena“ skandierten, wurden bekannt. Auch bei Spielen gegen den Offenbacher FC, LOK Leipzig, FSV Wacker Nordhausen und andere Vereine kam es zu antisemitischen Störungen, welche die eher links gerichteten Fußballfans der Jenaer Teams in aggressiver Weise provozieren sollen.

Neben diesem offenen, zum Teil sanktionierten und öffentlich weitgehend verpönten Antisemitismus finden auch im studentischen Milieu Debatten mit antisemitischen Untertönen statt, die jedoch ungleich schwerer zu

identifizieren sind. Der selbst ernannte Jenaer Journalist Fabian Köhler, der unter anderem der islamistischen Website „Muslim-Markt“ im Interview als Kronzeuge für angebliche israelische Gräueltaten an Palästinenserinnen und Palästinensern auftritt und dabei „Israel“ und „jüdisches Volk“ gleichsetzt, veröffentlichte als Chefredakteur der Studierendenzeitschrift „Unique“ Interviews, in denen einem Neonazi sowie einem der Hamas und dem iranischen Regime nahestehenden Journalisten die Gelegenheit eingeräumt wurde, ihre Ideologien zu verharmlosen. Die ausführliche, darauf folgende Debatte offenbarte vor allem eine große Unsicherheit der beteiligten Akteurinnen und Akteure und eine hohe Akzeptanz dafür, wenn eindeutig antisemitische Stereotype als Israelkritik chiffriert werden oder Israel – oftmals gleichgesetzt mit *den Juden* – im Rahmen einer Täter-Opfer-Verdrehung als die *neuen Nazis* dargestellt wird.

Mit der vorliegenden Broschüre werden die Erscheinungsformen, die historischen Ursprünge und die Virulenz des modernen Antisemitismus am Beispiel des Landes Thüringens greifbar gemacht. Im ersten Abschnitt stellt PETER SCHULZ verschiedene Spielarten des Antisemitismus und die wichtigsten sozialwissenschaftlichen Erklärungsansätze für das Phänomen vor: Wo liegen die historischen Wurzeln? Was ist sekundärer Antisemitismus? Wo endet legitime Israelkritik und wo beginnt chiffrierter Antisemitismus? Diese und weitere Fragen werden im Beitrag „Grundlegende Aspekte des Antisemitismus“ beantwortet.

Die darauf folgenden Ausführungen von ANDREAS NEUMANN kontrastieren als

historischer Exkurs die aktuellen soziologischen Befunde über Antisemitismus. Der Blick in die Vergangenheit soll der Gegenwart zur Orientierung verhelfen. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage nach den sozialen, kulturellen und politischen Trägerschichten des Antisemitismus in Vereinen, Verbänden und Parteien sowie innerhalb der Jenaer Universität zur Zeit der Weimarer Republik. Auf welche Weise bot der Antisemitismus den nationalsozialistischen Akteurinnen und Akteuren Anknüpfungspunkte innerhalb dieser gesellschaftlichen Milieus? Wie war es ihnen möglich, sich in einer traditionsreichen Universitätsstadt mit ansässigem sozial engagiertem Vorzeigeunternehmen und starker linker Arbeiterschaft als zunächst geduldeter und später etablierter Kreis in der gesellschaftlichen Mitte behaupten zu können?

Als prototypisch für den Antisemitismus nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und um die spezifischen Hintergründe in den neuen Bundesländern – und somit auch Thüringens – zu verdeutlichen, stelle ich anschließend dar, wie der Umgang mit der eigenen Vergangenheit, dem Staat Israel und den Jüdinnen und Juden in der DDR geprägt war.

Danach wird auf der Grundlage in dieser Form bisher unveröffentlichter Daten die Verbreitung unterschiedlicher antisemitischer Orientierungen in Thüringen dargestellt und mit den anderen Bundesländern kontrastiert. Es wird die Frage beantwortet: Welche Personengruppen sind besonders anfällig für judenfeindliche Einstellungen?

Längst nicht bei allen Menschen schlagen politische Orientierungen auch in

Verhalten um – weder bei Rechtsextremen noch bei Antisemit(inn)en oder Demokrat(inn)en. Polizeilich erfasste antisemitische Straftaten stellen daher nur die Spitze des Eisberges dar, dürfen aufgrund ihres oftmals besonders zynischen, menschenverachtenden und aggressiven Charakters dennoch nicht gering geschätzt werden. Deshalb werden im Beitrag „Aktionen von rechts außen: Antisemitische Straftaten in Thüringen“ die politischen Hintergründe, sozialräumliche Verteilungen und Fallbeispiele antisemitischer Straftaten aus Thüringen vorgestellt.

Die Studie „Antisemiten als Koalitionspartner?“ von Samuel Salzborn und Sebastian Voigt erlangte im Sommer 2011 besondere Aufmerksamkeit, als sie das Tabu des linken Antisemitismus am Beispiel der Linkspartei thematisierte und kontroverse Diskussionen hervorrief. In einem abschließenden Beitrag wird in den Diskussionsstand eingeführt und überprüft, ob in Thüringen „antisemitische Positionen [...] die äußere Wahrnehmbarkeit der Partei [prägen]“, wie es die Autoren im vergangenen Jahr der Bundespartei attestierten.

Damit sind längst nicht alle Aspekte des Antisemitismus eingehend beleuchtet, aber doch zentrale Elemente fassbar und praxisnah veranschaulicht. Der islamische Antisemitismus stellt insbesondere durch den Iran die derzeit größte Gefahr für Israel und die Jüdinnen und Juden dar. Dass antisemitischer Islamismus auch in Deutschland zu finden ist, stellte unter anderem der Expertenkreis Antisemitismus in seinem Bericht dar. Auch der antisemitische Gehalt vieler Verschwörungstheorien und die Gemeinsamkeiten zwischen

Antiamerikanismus und Antisemitismus können im Rahmen dieser Broschüre nicht abgedeckt werden. Für eine vertiefende Lektüre seien der interessierten Leserschaft die ausführlichen Literaturverweise in den einzelnen Beiträgen sowie die Literaturempfehlungen am Ende der Broschüre empfohlen.

Matthias Quent
Jena, Mai 2012

Grundlegende Aspekte des Antisemitismus – ein kurzer Abriss zur Geschichte, zu zeitgenössischen Formen und Erklärungsansätzen

> VON PETER SCHULZ

Die Geschichte des Antisemitismus und die Erklärungsversuche der Antisemitismusforschung füllen ganze Bücherregale. Dennoch wird folgend der Versuch unternommen, einen holzschnittartigen Überblick über Geschichte und Formen des Antisemitismus sowie einige theoretische Auseinandersetzungen zu liefern. Dabei stehen derzeitige Formen des Antisemitismus insbesondere in Deutschland im Zentrum und Theorien, welche die Besonderheit des Phänomens Antisemitismus zu erfassen vermögen.

Die Geschichte des Antisemitismus

Als Grundlage des Verständnisses der aktuellen Formen des Antisemitismus, aber auch einiger hier im Beitrag skizzierten Theorieansätze wird folgend die Geschichte des Antijudaismus und Antisemitismus kurz dargestellt. Die Unterscheidung zwischen Antijudaismus und Antisemitismus, als einerseits religiös und andererseits biologistisch und kulturalistisch motivierte Form des Judenhasses, ist in der Literatur allerdings nicht unumstritten. So fasst beispielsweise Peter Schäfer in seinem Werk über antike Judenfeindschaft auch die vormodernen Formen des

Judenhasses unter den Begriff Antisemitismus, um die Kontinuität der Vorwürfe und der Feindschaft herauszustellen.

In diesem Beitrag dagegen wird, Max Horkheimer folgend, davon ausgegangen, dass in Antike und in „mittelalterlichen Zeiten [...] der Judenhaß nicht Antisemitismus [war], sondern Anti-Judaismus“¹, da er religiös begründet war und als religiöser Antijudaismus auf Konversion oder Vertreibung zielte, während der moderne Antisemitismus die Vernichtung der Jüdinnen und Juden zum Ziel hat.

Antiker Antijudaismus

In der Antike sind zwei Formen des religiösen Antijudaismus zu unterscheiden: der ägyptische und der römisch-griechische. In Ägypten existierten etwa ab dem 3. Jahrhundert v. Chr. alternative Geschichten des Exodus der Jüdinnen und Juden aus Ägypten, in denen sie als Aussätzige dargestellt wurden, die aus Ägypten ob ihrer Krankheit vertrieben wurden. Das Motiv der Aussätzigen war in diesen Erzählungen verknüpft und begründet mit Versatzstücken, die auf die monotheistische Religion des Judentums anspielten. Insbesondere das Verbot der Abbildung ihres Gottes diente als Vorlage für den Antijudaismus, indem es wahlweise als das Verstecken eines entstellten, kranken Gottes oder als Ausdruck des Atheismus interpretiert wurde. Davon ausgehend wurde den Jüdinnen und Juden Fremden- und Menschenfeindlichkeit unterstellt.² Im römisch-griechischen Antijudaismus ist die Motivlage ähnlich. Er entwickelte sich nach der Zerstörung des Jerusalemer Tempels 70 n. Chr. und der damit einhergehenden Diaspora der Jüdinnen

und Juden im gesamten Römischen Reich. Ausgehend vom Monotheismus und dem Bilderverbot wurden sie als fremden- und menschenfeindlich dargestellt, zudem existierten in der Antike schon später durch das Christentum aufgegriffene und bis in die Moderne wirkende Versatzstücke des Judenhasses, etwa das Bild des Menschen opfernden Judens.³ Neben Ausgrenzungen aus dem gesellschaftlichen Leben kam es in der Antike bereits punktuell zu Pogromen und Vertreibungen.⁴

Christlicher Antijudaismus

Während der antike Antijudaismus im ägyptischen oder römisch-griechischen Raum als zentrales Motiv den Monotheismus des Judentums hatte, der den polytheistischen Kulturen des Mittelmeerraums fremd war und der so als Begründung für die Abwertung von Jüdinnen und Juden herhalten konnte, entwickelte sich im Christentum ein anderer Antijudaismus. Als jüdische Sekte war das frühe Christentum um Abgrenzung zum Judentum bemüht, zumal es sich selbst in die Tradition des vorchristlichen Judentums stellte, sodass die Mehrheit der Jüdinnen und Juden, die sich nicht zum Christentum bekannte, den Erlösungsanspruch des Christentums ablehnte. Kurz: Das junge Christentum fühlte sich in seiner Gruppenexistenz vom Judentum bedroht und reagierte auf diese empfundene Bedrohung mit antijudaistischen Ressentiments.⁵ Spezifisch neues Motiv des christlichen Antijudaismus war der Vorwurf des „Gottesmordes“ – den Jüdinnen und Juden wurde eine Kollektivschuld an der Kreuzigung Jesus zugeschrieben, da diese angeblich durch Juden veranlasst worden sein soll. Bis zum 11. Jahrhundert war der

christliche Antijudaismus in seiner Praxis zentriert auf die Konversion oder die Verfolgung als Ketzerinnen und Ketzer. Ab dem 11. Jahrhundert – nach dem endgültigen Scheitern der Kreuzzüge und einer Zeit zunehmender sozialer und religiöser Spannungen – entwickelte sich eine verschärfte gesetzliche Praxis, die Jüdinnen und Juden von bestimmten Berufen ausschloss⁶ und die einen insgesamt verschärften Antijudaismus zum Ausdruck brachte, der in zahlreichen Pogromen mündete. Ab dem 12. Jahrhundert traten zum Antijudaismus die Motive der Hostienschändung und des Ritualmordes hinzu, mit dem Aufkommen der Pest im 14. Jahrhundert das Bild des jüdischen Brunnenvergifters. Spätestens ab diesem Zeitpunkt wurden die Jüdinnen und Juden für zahlreiche unverständene gesellschaftliche und natürliche Phänomene, wie Dürreperioden, Missernten oder die Pest, verantwortlich gemacht. Mit dem entstehenden Nationalismus, etwa im Spanien des 15. und 16. Jahrhunderts, erlangte der Antijudaismus zunehmend nationalistische und kulturalistische Züge. So galten beispielsweise erst Kinder oder Kindeskindern von konvertierten Jüdinnen und Juden als echte Christinnen bzw. Christen.^{7,8}

Moderner Antisemitismus

Unter modernem Antisemitismus wird die zeitgenössische Form des Antisemitismus verstanden, der sich nicht mehr religiös begründet, sondern als biologistischer Antisemitismus entstand und nach 1945 diesen Biologismus zunehmend verschleierte, sich aber weiterhin naturalisierender und kulturalistischer Zuschreibungen bediente.

Der Begriff Antisemitismus ist die Erfindung eines Antisemiten, Wilhelm Marr, der in den 1860ern und 1870ern antisemitische Schriften veröffentlichte und 1879 die „Antisemitenliga“ als einen Zusammenschluss von Antisemiten gründete. Mit dem Begriff Antisemitismus brachte Marr die Stimmung im damaligen Deutschland auf den Punkt, sodass der „neue Ausdruck ein ungeheurer Erfolg“⁹ war. Gleichzeitig versuchte er, seinem Judenhass einen wissenschaftlichen Anstrich zu geben.

Marr war jedoch nicht der Begründer des modernen Antisemitismus. Seit dem Aufkommen des deutschen Nationalismus im Zuge der Napoleonischen Kriege war der Nationalismus eng mit dem Antisemitismus verknüpft und von diesem untrennbar.¹⁰

Kristallisationsfiguren und glühende Judenhasser wie „Turnvater“ Jahn oder der pommersche Historiker und Pamphletist Ernst Moritz Arndt begründeten in ihrem Antisemitismus den weltweiten Auftrag, der den Antisemitismus der Nationalsozialistinnen und Nationalsozialisten ausmachen sollte.¹¹

Dieser Antisemitismus fiel auf fruchtbaren Boden. Beim Wartburgfest 1817 beispielsweise, dem ersten öffentlichen Auftreten der Urburschenschaft und einem der frühen Events der deutschen Nationalstaats- und Demokratiebewegung, wurden Bücher jüdisch-deutscher Autoren verbrannt. Der neue, moderne Antisemitismus brachte ein biologisches Verständnis vom Jüdisch-Sein in Anschlag, Jüdinnen und Juden wurden nun als Bedrohung für die Reinheit des deutschen Volkskörpers verstanden. Zudem wurde von ihnen auf das Judentum abstrahiert, das von den Antisemitinnen und Antisemiten nun als

Verkörperung „aus allem, was er verabscheute“¹² erfasst wurde. Was die einzelne Jüdin oder der einzelne Jude tat, wie sie oder er sich verhielt, aussah etc., war und ist den Antisemitinnen und Antisemiten egal. „Die Juden wurden gehasst, weil sie anders und arm waren, und weil sie anders und reich waren.“¹³

Zudem trat der moderne Antisemitismus als politischer Antisemitismus auf, das heißt, er organisierte sich politisch, etwa in dezidiert antisemitischen Parteien und hatte politische Forderungen, die auf die Diskriminierung und Vertreibung der Jüdinnen und Juden zielten.

Mit den Schriften von Otto Glagau und Hellmut von Gerlach wurde der Antisemitismus in den 1870ern um soziale Themen ergänzt. Jüdinnen und Juden wurden nun zur Begründung sozialer Missstände herangezogen, der Antisemitismus lieferte eine scheinbare Kapitalismuskritik. Börsenspekulation und generell das Geld wurde mit Jüdinnen und Juden identifiziert und kritisiert. Schließlich fand der Antisemitismus 1879 mit den Schriften Heinrich von Treitschkes eine Bündelung, indem „alle [seiner] Elemente zu einem geschlossenen Ganzen“¹⁴ integriert waren, sodass Ende des 19. Jahrhunderts eine „deutsche Ideologie“ verbreitet war, die „von Liberalismus, Kapitalismus und Sozialismus nichts wissen wollte“¹⁵, antimodernistisch und deren vereinigendes Element der Antisemitismus war.¹⁶

Dieser „kulturelle Code“¹⁷ war nicht nur im konservativ-nationalistischen Lager verbreitet, auch die Linke bediente ihn¹⁸. Zudem war dieser keine rein deutsche Angelegenheit, sondern wirkte gesamteuropäisch. Schon bei Marr war der Antisemitismus eng verknüpft mit Verschwörungstheorien über angebliche

mächtige und geheime jüdische Organisationen. Seine prägende Gestalt fand diese Verknüpfung in den „Protokollen der Weisen von Zion“, einer Schrift, die sich selbst als Dokument einer jüdischen Weltverschwörung präsentiert und das 1903 in einer russischen Zeitung unter Förderung des russischen Geheimdienstes veröffentlicht wurde. In ihm wird eine jüdische Weltverschwörung herbeimaginiert, die nahezu allmächtig „zersetzende Lehren“ wie die Schriften von Karl Marx oder Charles Darwin in die Welt setzt, politische Bewegungen, den Finanzmarkt, die Presse und die Freimaurer kontrolliert und die Weltherrschaft anstrebt. Seit ihrer Veröffentlichung sind die Protokolle ein Standardwerk der antisemitischen Propaganda.^{19, 20}

Eliminatorischer Antisemitismus des Nationalsozialismus

Eine auch nur skizzenhafte Darstellung des Antisemitismus, der organisierten Verfolgung und industriellen Vernichtung der Jüdinnen und Juden im Deutschland des Nationalsozialismus würde den Umfang dieses Überblicks sprengen. Daher soll sich hier auf einige wenige Aspekte des geistigen Konstrukts Antisemitismus im Nationalsozialismus beschränkt werden.

Für den Vernichtungsantisemitismus des Nationalsozialismus lagen alle Bestandteile in der deutschen Gesellschaft vor: die enge Verknüpfung mit dem völkischen Nationalismus, der um die Reinheit des deutschen Volkes besorgt war, die Beliebigkeit der Zuschreibung negativer Attribute, die Verknüpfung des Jüdischen mit dem Kapitalismus und der Demokratie, dem Liberalismus wie dem Sozialismus, die Idee einer jüdischen Weltverschwörung

usw. Neu am Nationalsozialismus war, dass in ihm dieser „kulturellen Code“ in einer „Verschmelzung von Wissenschaft und Alltagsreligion“²¹ verdichtet wurde, um darauf mit praktischen politischen Forderungen aufzubauen und diese nach der Machtübertragung umzusetzen. Der Antisemitismus verdichtete sich zu einem Weltbild und wurde für die NS-Ideologie Dreh- und Angelpunkt. Mit der Vernichtung der Jüdinnen und Juden wurde die Erlösung des deutschen Volkes von allem Übel identifiziert²² und diese Vernichtung somit zum wichtigsten Ziel des Handelns der Deutschen, sodass die deutsche Kriegs- und Vernichtungsmaschinerie noch in den letzten Kriegsmonaten „... überzeugt [davon schien], daß es wichtiger sei, die Vernichtungsfabriken in Betrieb zu halten als den Krieg zu gewinnen.“²³

Zeitgenössische Formen des Antisemitismus

Seitdem 1945 die Shoah in das Bewusstsein der Weltöffentlichkeit trat, ist der Antisemitismus untrennbar mit dem Vernichtungswunsch gegenüber Jüdinnen und Juden verknüpft; im Antisemitismus ist die Vernichtungsdrohung enthalten und Antisemitinnen und Antisemiten akzeptieren zumindest, dass ihr Antisemitismus Teil der Hoffnung oder gar des Versuches ist, dort weiterzumachen, wo die alliierten Streitkräfte das nationalsozialistische Deutschland stoppten.

Sekundärer Antisemitismus

Aufgrund dieser veränderten Ausgangsbedingungen des Antisemitismus haben sich nach 1945 verschiedene Formen des Umgangs mit

der Shoah ausgebildet, die unter dem Begriff des „sekundären Antisemitismus“ zusammengefasst werden. Gemeinsam ist ihnen, dass sie „Auschwitz in welcher Form auch immer thematisieren [müssen], um es zu dethematisieren.“²⁴

Die Formen sind dabei höchst unterschiedlich, häufig aber verknüpft:

- Die Leugnung oder Relativierung der Shoah, etwa indem pseudowissenschaftlich die technisch-organisatorischen Bedingungen angezweifelt oder die Opferzahlen verkleinert werden, indem die Opferzahlen mit anderen Genoziden verrechnet werden oder indem Jüdinnen und Juden eine Mitschuld an ihrer Verfolgung zugeschrieben wird.
- Die Unterstellung, heutige Jüdinnen und Juden würden von der Shoah profitieren, etwa indem die Legitimität oder die Höhe der Wiedergutmachungszahlungen angezweifelt wird, indem unterstellt wird, sie hielten Deutschland in einem Bewusstsein seiner Schuld, um daraus Vorteile zu erlangen oder würden an die Shoah erinnern, um die Existenz und Politik Israels zu legitimieren und Kritik an Israel abzuwehren.
- Beide, häufig verknüpfte Formen sind oft ergänzt um den Verweis auf eine angeblich jüdische Medien- und Lobbymacht, die an klassische antisemitische Verschwörungstheorien anknüpft.
- Insbesondere in Deutschland, dem Land der Täterinnen und Täter der Shoah, findet sekundärer Antisemitismus die Form der Schuldabwehr. Die Deutschen werden als Opfer von anderen dargestellt:

„als Opfer der Versailler Verträge, der Verführungskünste Hitlers, des Terrors der SS, von Krieg, alliierterm ‚Bombenterror‘ und nunmehr von Nachkriegsnot, Kriegsgefangenschaft, Vertreibung und

ungerechtfertigten Kollektivschuldvorwürfen des Auslands.“²⁵

Mit dieser Schuldabwehr verknüpft ist die Forderung nach einem „Schlussstrich unter die Geschichte“, also einem Ende der Auseinandersetzung mit der Shoah und dem Nationalsozialismus, um endlich einen „normalen Nationalstolz“ zu ermöglichen.

Diesem „normalen Nationalstolz“, der positiven Identifikation mit Deutschland, steht die Erinnerung an die deutschen Verbrechen entgegen. Um sie zu bewältigen, stehen mehrere Wege offen: die Trennung der (guten oder verführten) Deutschen von den (bösen) Nazis und damit einhergehend die Betonung des eigenen, deutschen Opfer-Seins während des Zweiten Weltkriegs, sodass in der Konsequenz sowohl Deutsche als auch Jüdinnen und Juden Opfer des Nationalsozialismus und des Krieges sind. Diese Semantik findet sich in vielen TV-Produktionen zum Zweiten Weltkrieg und dem Nationalsozialismus der letzten Jahre (Dresden, Sophie Scholl, Die Gustloff usw.),²⁶ oder im Stelenkreis auf dem Heidefriedhof in Dresden, indem Dresden in einer Reihe mit Coventry und Auschwitz steht, das angeblich gemeinsame Opfer-Sein darstellend. Ein anderer Weg der Schuldabwehr ist prominent im Historikerstreit von Ernst Nolte vertreten worden, der den Nationalsozialismus als nachvollziehbare Reaktion auf den Bolschewismus darstellt und dessen Affinität zum Judentum anhand von Bolschewisten mit jüdischem Hintergrund zu belegen versucht – und so den deutschen Vernichtungswahn, ganz im Geiste der antikommunistischen Propaganda des Nationalsozialismus als Reaktion auf eine äußere Bedrohung darstellt.

- Die Europäisierung der Shoah, also die angeblich gemeinsame Täterschaft aller

(nichtjüdischen) Europäerinnen und Europäer, ist ein weiterer aktueller Versuch, die Verantwortung Deutschlands zu relativieren und Deutschland als normalen europäischen Staat darzustellen.²⁷ In diesen Kontext gehört auch die Einordnung der Shoah in den Kontext eines „Jahrhunderts der Verfolgung und Vertreibung“, in dem beispielsweise Sudetendeutsche und Jüdinnen und Juden gleichsam als Opfer dastehen.²⁸

Besonderheit des sekundären Antisemitismus ist, dass er häufig, so Bernd Marin, ein „Antisemitismus ohne Antisemiten“ sei – da das Label des „Antisemiten“ zu eng mit der Täterschaft der Shoah verknüpft ist.

All diese Formen des sekundären Antisemitismus werden jedoch teils wieder mit dem klassischen Bild der Jüdinnen und Juden als „Störer und Verhinderer ‚nationaler‘ Identität“²⁹ verknüpft, die aus Macht- oder Profitinteressen die Deutschen in ihrer Schuld halten wollen.

Antizionismus

Ist vom Antizionismus als Spielart des Antisemitismus die Rede, dann ist damit selbstverständlich nicht der jüdische Antizionismus aus religiösen Gründen gemeint, der nach 1945 zudem an Bedeutung verlor.³⁰

Gemeint ist der Antizionismus als Affekt und als politische Haltung, indem Israel als Chiffre für die Jüdinnen und Juden wird, sodass die Antisemitinnen und Antisemiten nicht „Jude“ zu sagen brauchen, damit seriöser wirken³¹ und Antizionismus so als scheinbar „ehrbaren Antisemitismus“³² verwenden. Thomas Haury schreibt:

„Israel wird zum neuen Kristallisationspunkt, an dem Antisemitismus wieder offen

aussprechbar wird, da er sich, unter Berufung auf allgemeine Werte, an eine Kritik der israelischen Politik anschließen und derart verkleidet das Kommunikationstabu für Antisemitismus unterlaufen kann“³³.

Antizionismus ist also eine spezifische Reaktion auf die Lage des Antisemitismus nach 1945. In ihm finden klassische antisemitische Stereotype der jüdischen Medien- und Lobbymacht ihren Platz, wenn etwa von der jüdischen Kontrolle der US-Außenpolitik geredet wird, aber auch Motive der Schuldabwehr, wenn beispielsweise der Gazastreifen als „Freiluft-KZ“ bezeichnet und die israelische Außen- und Sicherheitspolitik so mit dem Nationalsozialismus gleichgesetzt wird.

Antizionismus verteidigt sich meistens mit der Behauptung, bloß legitime Kritik an der israelischen Politik zu üben. Um dieser Verteidigungsstrategie entgegenzutreten und bloße Kritik an israelischer Politik von als Antizionismus auftretendem Antisemitismus zu trennen, hat Natan Sharansky den sogenannten 3-D-Test vorgeschlagen, bei dem Israelkritik anhand von drei Dimensionen auf Strukturen des klassischen Antisemitismus hin überprüft wird³⁴:

Dämonisierung: Wird Israel in der Israelkritik dämonisiert, also als das Böse schlechthin dargestellt, etwa indem es mit dem Nationalsozialismus gleichgesetzt wird, indem Bilder des Menschen- und Kindsofners bedient werden oder indem die israelische Politik als grundlos böswillig dargestellt wird, ist die Grenze zum Antisemitismus überschritten.

Delegitimierung: Israel ist wohl der einzige Staat auf der Erde, dessen Existenzrecht regelmäßig angezweifelt wird. Dies geschieht offen, aber auch verdeckt, etwa indem trotz der akuten

Bedrohung Israels durch Terrorgruppen wie die Hisbollah oder durch den Iran das Verteidigungsrecht Israels beschränkt oder negiert wird.

Doppelstandards: Wird spezifisch Israel für etwas kritisiert, was gängige Praxis zahlreicher anderer Staaten ist, so wird mit Doppelstandards gemessen. Doppelstandards sind häufig implizit, wenn Israel für etwas kritisiert wird, bei ähnlichen Vorgängen durch und in anderen Staaten aber geschwiegen wird. So wurde beispielsweise Israel als einziges Land in der UN-nahen Deklaration von Durban, die sich gegen Rassismus richtete, namentlich benannt und kritisiert. Ein anderes Beispiel für Doppelstandards im internationalen Kontext ist das Treffen der Unterzeichnerstaaten der vierten Genfer Konvention im Dezember 2001: 53 Jahre nach der Unterzeichnung der Konvention trafen die Unterzeichnenden zusammen, einzig um das israelische Vorgehen gegen die Hamas und andere auf die Auslöschung Israels zielende Terrororganisationen zu verurteilen – während in den 53 Jahren davor die Unterzeichnenden niemals zusammenkamen, um etwa die Aktivitäten der USA in Vietnam, den Giftgaseinsatz Saddam Husseins, den Autogenozid in Kambodscha, das Vorgehen Frankreichs im Algerischen Krieg oder sonst ein Menschenrechtsverbrechen auf der Welt zu verurteilen.³⁵ Sind einzelne oder alle drei Dimensionen erfüllt, ist die Grenze der bloßen Israelkritik hin zum Antisemitismus in Gestalt des Antizionismus überschritten.

Islamisierter Antisemitismus

Eine weitere Spielart des modernen Antisemitismus, die hier nur knapp

angerissen werden kann, ist der islamisierte Antisemitismus.³⁶ Zwar fanden sich in mittelalterlichen muslimischen Gesellschaften auch spezifische Diskriminierungsformen gegen Jüdinnen und Juden, etwa Bekleidungsvorschriften oder eingeschränkte Berufswahl und vereinzelt fanden auch Pogrome statt, etwa im 11. Jahrhundert in Fes und Granada, aber insgesamt war die Situation der Jüdinnen und Juden im muslimischen Raum besser als im christlichen.

Der moderne, islamisierte Antisemitismus entwickelte sich daher nicht aus traditionellen Ressentiments, sondern wurde von den Europäerinnen und Europäern im Zuge der Kolonisation importiert, popularisierte sich während der Modernisierung der traditionellen Gesellschaften und formte sich schließlich in der aufkommenden arabischen Nationalbewegung, die teils im engen Kontakt mit dem italienischen Faschismus und nationalsozialistischen Deutschland stand³⁷, zu einem Weltbild inklusive verschwörungstheoretischer Begründungen aus. Heutzutage ist er sowohl im Kontext nationalistischer als auch im Kontext fundamentalistisch-islamistischer Bewegungen nicht mehr wegzudenken und bildet „kulturellen Code“, gemeinsamen Nenner sowie Dreh- und Angelpunkt verschiedenster Akteurinnen und Akteure.

Ansätze der Antisemitismusforschung

Wie einleitend formuliert, ist das Feld der Antisemitismusforschung kaum zu überblicken und noch weniger knapp und dennoch umfassend skizzierbar. Daher werden folgend einige „Klassiker“ der Antisemitismusforschung angerissen und

zueinander in Beziehung gesetzt. Zunächst soll aber die theoretische Grundlage der Studie „Antisemitismus in Deutschland“, die im Auftrag des Bundesministeriums des Innern erstellt und Anfang 2011 veröffentlicht wurde, dargestellt und kritisiert werden, um davon ausgehend zu einem tieferen Verständnis des Antisemitismus zu kommen.

Studie „Antisemitismus in Deutschland“

In der Studie, die von einem Expertenkreis namhafter Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler erstellt wurde, wird zunächst auf den Mangel einer allgemein anerkannten Antisemitismusdefinition verwiesen, um dann selbst eine Definition vorzulegen. Zentral wird Antisemitismus als „Feindschaft gegen Juden als Juden“³⁸ verstanden, die sich auf verschiedene Arten äußert und unterschiedlich begründet werden kann. Derart versteht der Expertenkreis Antisemitismus als „Sammelbezeichnung“ für judenfeindliche Einstellungen und Verhaltensweisen. Sie sehen in Hinsicht „der formalen Struktur des Feindbildes Gemeinsamkeiten mit anderen Varianten gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“³⁹, also etwa mit Rassismen oder Homophobie. Zudem gehen sie davon aus, dass Antisemitismus zwar auch „unabhängig von einer Präsenz von Juden vorkommen“⁴⁰ kann, im Regelfall aber auf einer „ideologisch verzerrte[n] Wahrnehmung der sozialen Realität“⁴¹ beruht. Als Begründungsformen identifiziert die Studie „religiös, sozial, politisch, nationalistisch, rassistisch, sekundär und antizionistisch“⁴² motivierten Antisemitismus, der in Mischformen auftreten könne.

Ein solches Verständnis des Antisemitismus kann weder nachvollziehen, warum und wie der Antisemitismus – im Unterschied zu anderen gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeiten⁴³ – zum Vernichtungswahn und dessen Exekution in der Shoah führen konnte, welche Rolle der Antisemitismus in der Weltanschauung des deutschen Nationalismus generell, des Nationalsozialismus oder heutzutage des Islamismus spielt, kann nicht erklären, warum es gerade Jüdinnen und Juden traf und trifft und erfasst darüber hinaus nicht die Wandlungen und Entwicklungen des Antisemitismus. Versuche, die genau das leisten könnten, sollen folgend skizziert werden.

Sündenbock-Theorie

Unter dem Label der „Sündenbock-Theorie“ werden verschiedene Erklärungsansätze zusammengefasst, die den Antijudaismus und Antisemitismus funktionalistisch erklären wollen. Exemplarisch wird hier Christina von Braun aufgeführt, die Antisemitismus auf Innovationsangst zurückführt:

„Rückblickend kann man sagen, dass jede Epoche antijudaische Stereotypen neu erfand, um damit ihre ‚ungelösten Probleme‘ zu behandeln: ökonomische Probleme (die Einführung von Geld, einer rationalen Staatswirtschaft z.B.), politische Probleme (die Bildung der Nation), Probleme der sozialen Umschichtung (die Aufhebung der ständischen Gesellschaft, das allgemeine Wahlrecht, den Zugang zu Bildung etc.).“⁴⁴

Die Jüdinnen und Juden dienten also als Sündenböcke, auf welche die Schuld für wahrgenommene Probleme projiziert wurde; die jeweiligen antisemitischen Zuschreibungen beruhen damit nicht auf einer falschen Wahrnehmung der

Jüdinnen und Juden, sondern resultieren aus den jeweiligen Problemen. Aus welchem Grund gerade sie die Funktion der Sündenböcke übernehmen, erklärt von Braun mit ihrer historischen Situation am Rande der Gesellschaft. Warum eine solche Projektion überhaupt möglich ist und wie sie sich zum Vernichtungsprogramm steigern kann, kann dieser Ansatz jedoch nicht beantworten.

Psychoanalyse: Verdrängung und Projektion

An der Frage der Möglichkeit und Funktion einer solchen Projektion setzen Erklärungsansätze an, die aus der Psychoanalyse heraus den Antisemitismus untersuchen. Ausgangspunkt für die psychoanalytische Beschäftigung mit dem Antisemitismus sind Freuds Werke *Der Mann Moses und die monotheistische Religion* sowie *Totem und Tabu*, in denen er den jüdischen Monotheismus untersucht, und deren Bedeutung für die Antisemitismustheorie nicht unterschätzt werden kann.⁴⁵ Die Psychoanalyse kann dabei, als „Methode der Behandlung oder Untersuchung des Seelenlebens Einzelner (...) nur eine Psychoanalyse des Antisemiten, nicht aber des Antisemitismus geben.“⁴⁶ Diese Analyse des Seelenlebens der Antisemitin/des Antisemiten liefert sie, indem sie den Antisemitismus mit den freudschen Konzepten der Verdrängung, Verschiebung und Projektion analysiert. Neigungen der Antisemitin/des Antisemiten, die zu einer inneren Inkongruenz führen, etwa zwischen der Neigung zu Aufruhr und dem Respekt vor den Autoritäten oder zwischen eigenen sexuellen Bedürfnissen und restriktiver Sexualmoral, werden bewältigt, indem die

ungewünschten Bedürfnisse verdrängt und nach außen, auf die Jüdinnen und Juden projiziert werden, die dann etwa als politisch bedrohlich oder sexuell zügellos imaginiert werden. Im „Unbewußten der Antisemiten verkörpern die Juden gleichzeitig das, wogegen sie gern rebellieren möchten, und die rebellische Tendenz in ihnen selbst.“⁴⁷

Jüdinnen und Juden bilden laut des psychoanalytischen Erklärungsansatzes die Projektionsfläche, weil ihr Gott – entsprechend der freudschen Analyse des Monotheismus, der Beschneidung und der Geschichte Moses – mit dem Vater identifiziert wird, gegen den sich der/die rebellische Antisemit(in) auflehnt. Die Projektion ist also Bestandteil einer nicht-gelungenen Ausbildung des Ichs.

„[Der] Judenhasst lebt von der um- und fehlgeleiteten Wut der schlecht Zivilisierten. (...) Er überlebt nur, solange wir nicht darauf verzichten, unsere untergründige und anhaltende Kulturfeindschaft mit Projektionen zu entlasten, anstatt unsere Ambivalenzen auszuhalten.“⁴⁸

So erklärt scheint der Antisemitismus ein Ausdruck mangelhafter Zivilisierung und Pazifizierung des Menschen zu sein, der mit (psychoanalytischer) Bildung zu beseitigen ist. Seine politische und gesellschaftliche Seite bleibt unterbelichtet.

Eric Voegelin: Gnostizismus und Antisemitismus

Im Werk des katholisch-jüdischen Politikwissenschaftlers Eric Voegelin findet sich ein Erklärungsansatz des Antisemitismus, der sich komplementär zu dem der Psychoanalyse verhält, betrachtet er doch primär die politische und gesellschaftstheoretische Funktion, vernachlässigt dagegen aber die individuell-psychische Seite. Voegelin

geht es in seiner Theorie zunächst nicht zentral um den Antisemitismus, sondern um eine Analyse moderner politischer Ordnungsvorstellungen, die er geschult an historischen Analysen antiker Religionen und Weltanschauungen als moderne Form des Gnostizismus identifiziert.⁴⁹ Gnosis, das griechische Wort für Erkenntnis, dient als Sammelbezeichnung für verschiedene spätantike Sekten, die als gemeinsame Merkmale eine dualistische Konzeption haben, in der die Welt von einem bösen Gott beherrscht wird, dem die meisten Menschen Untertan sind. Nur die weltabgewandte Sekte aus Eingeweihten trägt den Funken des jenseitigen guten Gottes, der im Kampf mit dem bösen Gott steht und dessen Erkennen die Eingeweihten anstreben, um in ihrem Gott aufzugehen. Diese Grundkonzeption, die dualistische Unterteilung in Gut und Böse, die in einem Kampf stehen und die Ablehnung der derzeitigen Welt zugunsten eines zukünftigen, reinen Zustandes findet Voegelin in verschiedenen politischen Konzepten der Moderne wieder, insbesondere im Nationalsozialismus und seinem Antisemitismus. Diese Antisemitismustheorie wurde von Michael Ley ausgebaut, der den Gnostizismus des deutschen Nationalismus und der Romantik herausarbeitete und Nationalismus und Antisemitismus als untrennbare zwei Seiten des Gnostizismus versteht: Die Jüdinnen und Juden sind das Böse, das derzeit die Welt beherrscht, die Deutschen dagegen die Träger des Lichts, die das Böse besiegen müssen, um so ein zukünftiges Reich des Guten zu errichten⁵⁰ – eine apokalyptische Vorstellung, die den Nationalsozialismus durchdrang und in der Shoah mündete.⁵¹

Für Voegelin und durch ihn inspirierte Theorien ist der Antisemitismus also Teil einer politischen Weltwahrnehmung, die nicht bloß das Verhältnis zu Jüdinnen und Juden, sondern auch die Selbst- und Weltwahrnehmung, das Geschichtsverständnis und das Verständnis von Politik strukturiert. Jüdinnen und Juden nehmen hier den Platz des Bösen ein, weil das Judentum eine dezidiert antignostische und antimythische Religion ist, deren Konzeption Gnostikerinnen und Gnostikern daher immer schon herausforderte.

Jean-Paul Sartre: „Der Antisemitismus ist die Furcht vor dem Menschsein“

Der französische Existenzialist Jean-Paul Sartre schrieb im Oktober 1944, noch bevor ihm das Ausmaß der Shoah bekannt war, mit den *Überlegungen zur Judenfrage* eine Antisemitismustheorie, die – ohne Kenntnis der Voegelinischen Arbeiten zur Gnosis – die beiden obigen Ansätze gewissermaßen verknüpft und mit seiner Philosophie radikaler Verantwortung verbindet. Der Antisemitismus ist für ihn nicht bloße Meinung, sondern Leidenschaft und Weltanschauung. Sie ist nicht bedingt in der jüdischen Religion, dem Verhalten von Jüdinnen und Juden oder dem Bedürfnis nach Sündenböcken, sondern „eine freie und totale Wahl, eine umfassende Haltung, die man nicht nur den Juden, sondern den Menschen im allgemeinen, der Geschichte und Gesellschaft gegenüber einnimmt ...“⁵² – eine Wahl, die Antisemitinnen und Antisemiten treffen, um sich vor den Wagnissen und Risiken der menschlichen Wirklichkeit auf einen Standpunkt der Unabänderlichkeit und Festigkeit zurückzuziehen. Die Unsicherheiten und

Freiheiten, das abstrakte Denken der Reflexion, die Konkurrenz usw. werden als Idee auf die Jüdinnen und Juden projiziert, und „existierte der Jude nicht, der Antisemit würde ihn erfinden.“⁵³ Diese projektive Abspaltung schafft einen „Manichäismus; er erklärt den Lauf der Welt aus dem Kampf des Prinzips des Guten gegen das Prinzip des Bösen.“⁵⁴ Mit dieser Weltsicht ist der/die Antisemit(in) immer und automatisch auf der richtigen Seite, Entscheidungen sind scheinbar nicht mehr zu treffen, die eigene Freiheit – die Ambivalenz, von der die Psychoanalyse sprach – kann geleugnet werden. Was auch immer das Richtige zu tun ist, das „Gute [besteht] darin, das Böse zu zerstören.“⁵⁵ Hieraus erklärt sich, warum der Antisemitismus auf den „Tod des Juden“⁵⁶ zielt, warum in ihm immer der Keim eines eliminatorischen Antisemitismus enthalten ist: Der Antisemitismus ist eine gewählte Abwehrreaktion auf die Ambivalenz, die der Mensch als freies Wesen auszuhalten hat. Er strukturiert die Welt dualistisch in das Gute und das Böse, auf das alles an sich selbst abgelehnte projiziert wird – in diesem Gnostizismus kann es keinen Kompromiss geben. Sartre wendet sich vehement gegen Theorien, die den Antisemitismus aus dem Verhalten der Jüdinnen und Juden erklären wollen. Er setzt umgekehrt den andauernden, tradierten Antisemitismus als Milieu, das sich durch Ausgrenzung und Diskriminierung seine Jüdinnen und Juden schafft, indem es sie in genau die Nischen drängt, die mit den abgelehnten Momenten belegt sind. Antisemitismus ist also zentral „kein jüdisches Problem (...) es ist *unser* Problem.“⁵⁷

Horkheimer und Adorno: Spätkapitalismus und Antisemitismus

Ebenfalls die individuell-psychische Seite und die politisch-weltanschauliche Seite des Antisemitismus verknüpfen die, zeitgleich mit Sartre, im amerikanischen Exil schreibenden und arbeitenden Max Horkheimer und Theodor W. Adorno. Während bei Sartre der Antisemitismus als zeitlose Reaktionsmöglichkeit des Menschen auf seine Freiheit erscheint,⁵⁸ analysieren Horkheimer und Adorno das Verhältnis zwischen moderner Gesellschaft und Antisemitismus und liefern so einen Erklärungsansatz für den Wandel vom Antijudaismus zum modernen, auf Vernichtung zielenden Antisemitismus. Beide beteiligten sich in den 1940er Jahren an einer Studie zum Antisemitismus in den USA, die stark durch die psychoanalytische Tradition geprägt war. In ihr sollten die „subjektiven Faktoren und [die] allgemeine Situation des Antisemiten“⁵⁹ untersucht werden, davon ausgehend, dass „Antisemitismus wahrscheinlich keine spezifische oder isolierte Erscheinung ist, sondern Teil eines breiteren ideologischen Systems, und (...) daß die Empfänglichkeit des Individuums für solche Ideologien in erster Linie von psychologischen Bedürfnissen abhängen.“⁶⁰ Das breitere ideologisch-psychische System, das die Studie identifiziert, ist der Autoritarismus. Unter ihm verstehen die Autor(inn)en ein Syndrom aus neun Faktoren: Konventionalismus (das Beharren auf gesellschaftlichen Normen), autoritäre Unterwürfigkeit (dem Bedürfnis, sich unterzuordnen), autoritäre Aggression (Aggressivität gegenüber Untergeordneten), Anti-Intrazeption (Abwehr von Sensibilität), Aberglaube und Stereotype, Machtdenken und

Kraftmeierei (Idealisierung von Stärke), Destruktivität, Projektivität (Projektion der Triebimpulse auf die Außenwelt) und Sexualität (übertriebene Thematisierung von Sexualität). Gemeinsam bilden diese Faktoren die psychischen Bedingungsfaktoren, auf die der Antisemitismus als Bewegung aufsetzte. Ihr Kern wird in der Ich-Schwäche identifiziert, also „auf die Unfähigkeit des Ichs, die notwendige Synthese zu vollbringen, daß heißt, das Über-Ich mit dem Ich zu integrieren“⁶¹ – oder, jenseits des psychoanalytischen Vokabulars ausgedrückt: die Unfähigkeit, eigene Bedürfnisse, das Selbstbild und Außenerwartungen miteinander in Deckung zu bringen. Soweit entspricht ihre Position einer elaborierten und empirisch untermauerten, psychoanalytischen Sichtweise, aus der ableitbar ist, dass der Antisemitismus auf die Vernichtung der Jüdinnen und Juden zielt. Die antisemitische Projektion auf sie ist eng verknüpft mit Aggressivität und Irrationalität sowie Starrheit, sodass die Projektion auf die Jüdinnen und Juden selbst irrational und starr ist, „das jüdische Wesen [erscheint] als hoffnungslos böse, [und daher] kann es auch keinen Wandel und keine Versöhnung geben.“⁶² Diese psychoanalytische Perspektive wird, ausgehend von der Funktion der Projektion, „als Mittel [sich] in einer kalten, entfremdeten und weithin unverständlichen Welt (...) mühe-los zu ,orientieren“⁶³ um eine gesellschaftsanalytische Perspektive ergänzt, die Horkheimer und Adorno in der *Dialektik der Aufklärung* entwickeln, welche ebenfalls in den 1940ern geschrieben und 1944 veröffentlicht wurde. In ihr analysieren sie das Verhältnis des Antisemitismus zur Moderne und damit zum Kapitalismus. Grundgedanke ist dabei, dass der Kapitalismus als

Vergesellschaftungsform systematisch ich-schwache Subjekte und unbefriedigte Bedürfnisse hervorbringt. Antisemitismus wird derart verstanden als Reaktion der ihrer „Subjektivität beraubten Menschen“⁶⁴, die im Pogrom gegen ihre eigene Ohnmacht rebellieren und sie zugleich bestätigen. Anstatt die eigene Ohnmacht zu realisieren, wird sie auf Jüdinnen und Juden gewendet und im Pogrom zelebriert. Im Zuge dessen werden sie, entsprechend der psychoanalytischen Projektion, mit all dem attribuiert, was der Mensch im Kapitalismus sich selbst versagen muss, um es dann dort zu hassen und so die eigene Unterdrückung zu affirmieren. „Regungen, die vom Subjekt als dessen eigene nicht durchgelassen werden und ihm doch eigen sind, werden dem Objekt zugeschrieben: dem prospektiven Opfer.“⁶⁵ Wobei jetzt erklärbar wird, warum diese Regungen unterdrückt werden müssen: Die Unterdrückung ist vom Kapitalismus selbst gefordert, dessen Vergesellschaftungsform von allem Besonderen absieht und den Menschen entfremdet. Gleichzeitig unterminiert der Spätkapitalismus die Bedingungen für eine erfolgreiche Ausbildung des Ich, etwa indem er Bildung zunehmend auf Halbbildung⁶⁶ reduziert, welche die Grundlage der paranoiden Geisteshaltung der Antisemit(inn)en ist. Im Spätkapitalismus muss der Mensch sich das, was

„der Einzelne jeweils tun soll, (...) nicht mehr erst in einer schmerzhaften inneren Dialektik von Gewissen, Selbsterhaltung und Trieben [abringen]. Für den Menschen als Erwerbstätigen wird durch die Hierarchie der Verbände bis hinauf zur nationalen Verwaltung entschieden, in der Privatsphäre durchs Schema der Massenkultur, das noch die letzten inwendigen Regungen ihrer Zwangskonsumenten in Beschlag nimmt.“⁶⁷

Warum gerade Jüdinnen und Juden zur Projektionsfläche der Antisemitinnen und Antisemiten werden, erklären Adorno und Horkheimer sowohl historisch als auch kapitalismustheoretisch. Historisch fließt sowohl die Feindschaft des Christentums gegen ihre Vaterreligion, hier psychoanalytisch betrachtet, als auch die spezifisch antimythische jüdische Religion ein. Im Kapitalismus werden Jüdinnen und Juden dann mit der Abstraktion, der Zirkulationssphäre wie der Demokratie, aber auch der vernünftigen Reflexion identifiziert, die von Antisemitinnen und Antisemiten abgewehrt wird.

Der entfremdende Kapitalismus hat sich also so tief in die Subjektformierung eingeschrieben, sodass es nicht mehr zur Ausbildung eines kritischen Bewusstseins kommt, sondern stattdessen Halbbildung und damit Konventionalismus sowie Starrheit das Ich dominieren. Gleichzeitig ist es im Kapitalismus notwendig, seine Bedürfnisse zu unterdrücken. Zur Affirmation dieser Unterdrückung wenden Antisemitinnen und Antisemiten sie projektiv nach außen, um mit den Jüdinnen und Juden das zu vernichten, was sie an sich selbst nicht ausleben können und gleichzeitig in dieser Rebellion eine falsche Freiheit gegenüber den kapitalistischen Zwängen zu erleben.

Moishe Postone: Antisemitismus, Abwehr des Abstrakten

Stark von Adorno geprägt, sich aber sichtbar auf die marxistische Kritik der politischen Ökonomie stützend, analysiert Moishe Postone das Verhältnis von Antisemitismus und Nationalsozialismus. Ausgangspunkt ist für ihn, dass den Antisemitismus zu verstehen

„nicht gelingen [kann], solange Antisemitismus als Beispiel für Rassismus *sans phrase* und der Nazismus aus Ausdruck des Großkapitals und

eines terroristisch-bürokratischen Polizeistaats verstanden wird.“⁶⁸

Seine Analyse geht stattdessen vom Selbstzweck der Shoah aus und davon, dass funktionalistische Ansätze wie die Sündenbock-Theorie nicht erklären können, warum noch in den letzten Kriegsmonaten und -wochen Ressourcen auf die Judenvernichtung konzentriert wurden.

Als Unterschied zu Rassismus benennt er die Identifikation der Jüdinnen und Juden mit abstrakter Macht im Antisemitismus. Sie erscheinen als:

„geheime Kraft hinter (...) dem plutokratischen Kapitalismus und dem Sozialismus (...) ‚Das internationale Judentum‘ wird darüber hinaus als das wahrgenommen, was hinter dem ‚Asphalttschungel‘ der wuchernden Metropolen, hinter der ‚vulgären, materialistischen, modernen Kultur‘ und generell, hinter allen Kräften steht ...“⁶⁹

– spricht allen Erscheinungsformen der Moderne. Nach Postone, der dabei Marx folgt, besteht die Besonderheit dieser Moderne in ihrer kapitalistischen Vergesellschaftungsform, also der Art, wie im Kapitalismus soziale Beziehungen vermittelt sind. Anders als in vormodernen Gesellschaften, wo die prägenden ökonomischen und politischen Beziehungen konkrete Abhängigkeitsverhältnisse waren (etwa die zwischen Leibeigenem und Feudalherren), sind die Abhängigkeits- und Austauschverhältnisse im Kapitalismus abstrakt über den Wert vermittelt. Mehr noch, der Kapitalismus ist in seinem Grund durch den Wert als abstrakte Größe strukturiert – es wird nicht für konkrete Bedürfnisse etwa nach einem Tisch oder einem Brot produziert, sondern es wird abstrakt Wert geschaffen, der auf dem Markt ausgetauscht wird.

Der Antisemitismus, so Postone, ist dann das Ergebnis einer Revolte gegen den Kapitalismus, die sich romantisierend auf das Konkrete bezieht und das Abstrakte ablehnt, anstatt beides „in ihrer Einheit als begründete Teile einer Antinomie“ zu verstehen.⁷⁰ Das Konkrete, welches als Konkretes erst im Gegensatz zum Abstrakten entsteht, wird idealisiert und das Abstrakte wird abgelehnt und mit den Jüdinnen und Juden identifiziert, „die Juden werden also nicht nur mit dem Geld, daß heißt mit der Zirkulationssphäre, sondern mit dem Kapitalismus überhaupt gleichgesetzt.“⁷¹ Dass Jüdinnen und Juden mit dem Kapitalismus identifiziert werden, liegt nach Postone an ihrer durch Berufsverbote und nationalistische und rassistische Ausgrenzung geschaffenen Sonderstellung in der ökonomischen und politischen Sphäre. Der Antisemitismus ist für Postone also eine spezifische Form falscher Kapitalismuskritik, die, anstatt den Kapitalismus als widersprüchliches Ganzes zu erfassen und zu kritisieren, den Standpunkt des existierenden Konkretes einnimmt und von dort meint, das am Kapitalismus Kritisierte abschaffen zu können, indem er das mit den Jüdinnen und Juden identifizierte Abstrakte abschafft. Diese „Hypostasierung des existierenden Konkretes mündet in einer einmütigen, grausamen – aber nicht notwendig hasserfüllten Mission: der Erlösung der Welt von der Quelle allen Übels in Gestalt der Juden“⁷², die im Vernichtungslager als Ort der versuchten Vernichtung des personifizierten Konkretes mündet. Von dieser Analyse heraus kann auch die Kritik an bestimmten Spielarten der Kapitalismuskritik als „struktureller Antisemitismus“, also strukturell zum Antisemitismus, verstanden werden. Eine

solche Kritik zielt nicht auf die warenförmige Produktion als Gesamtes ab, sondern spezifisch auf den Finanzmarkt, die Banken oder die Bankerinnen und Banker, internationale Großkonzerne oder Zinsen. Auch wenn – ähnlich wie bei bestimmten Formen des sekundären Antisemitismus oder beim Antizionismus – der Begriff „Jude“ nicht fällt und die Akteurinnen und Akteure solcher Kapitalismuskritik sich nicht als Antisemitinnen und Antisemiten verstehen, produzieren sie mit ihrer falschen Kapitalismuskritik doch genau jene Stereotypen, die aufgrund tradierter Ressentiments früher oder später auf Jüdinnen und Juden zurückfallen.

Die hier angerissenen Theorien der Antisemitismusforschung, die nicht bei einer reinen Phänomenbeschreibung des Antisemitismus stehen bleiben, sondern versuchen, die spezifischen psychischen, gesellschaftlichen und ideengeschichtlichen Bedingungen des Antisemitismus ebenso wie seine Funktion für Antisemitinnen und Antisemiten und die Effekte etwa auf ihre Weltwahrnehmung zu erfassen, ermöglichen, die besondere Qualität des Antisemitismus verstehen zu können. Sie erlauben, den Antisemitismus von anderen Phänomenen trennscharf zu unterscheiden und gleichzeitig ein Verständnis für die Zusammenhänge von (politischer) Weltsicht, gesellschaftlichen Verhältnissen und der Entscheidung zum Antisemitismus zu entwickeln, welches für eine weiterführende, gewinnbringende Analyse des Phänomens unerlässlich ist.

¹ Horkheimer, Max (1993): Der soziologische Hintergrund des psychoanalytischen

Forschungsansatzes. In: Ernst Simmel (Hg.): Antisemitismus. Frankfurt a. M.: Fischer Taschenbuch Verlag. S. 23–34, hier S. 32.

² Vgl. Schäfer, Peter (2010): Judenhass und Judenfurcht. Die Entstehung des Antisemitismus in der Antike. Berlin: Verlag der Weltreligionen. S. 24, 33.

³ Schäfer 2010, S. 290.

⁴ Für einen Überblick über den Antijudaismus in der Antike sei das Buch von Peter Schäfer: Judenhass und Judenfurcht. Die Entstehung des Antisemitismus in der Antike empfohlen.

⁵ Vgl. Schäfer 2010, S. 288.

⁶ Und häufig dem Landbesitz und dem Handwerk, was Jüdinnen und Juden etwa dazu zwang, Wanderarbeiter(innen) zu werden.

⁷ Vgl. Horkheimer 1993, S. 32.

⁸ Empfehlenswert für einen Überblick über den christlichen Antijudaismus: Czermak, Gerhard: Christen gegen Juden. Geschichte einer Verfolgung. Das Buch ist u.a. bei der Bundeszentrale für politische Bildung zu erhalten.

⁹ Volkov, Shulamit (2000): Antisemitismus als kultureller Code. In: dies.: Antisemitismus als kultureller Code. 2. erw. Auflage. München: Beck. S. 13–36, hier S. 26.

¹⁰ Vgl. Ley, Michael (2003): Kleine Geschichte des Antisemitismus. München: Wilhelm Fink. S. 15, S. 103.

¹¹ So formulierte Ernst Moritz Arndt: „Die Juden als Juden passen nicht in diese Welt und in diese Staaten hinein, und darum will ich nicht, daß sie auf eine ungebührliche Weise in Deutschland vermehrt werden. Ich will es aber auch deswegen nicht, weil sie ein durchaus fremdes Volk sind und weil ich den germanischen Stamm so sehr als möglich von fremdartigen Bestandteilen rein zu erhalten wünsche“ (zitiert nach: ders. (1978): Weltgeschichte im Aufriß. Bd. 2. Frankfurt a. M.: Diesterweg. S. 191).

¹² Volkov 2000, S. 27.

¹³ A.a.O., S. 26.

¹⁴ A.a.O., S. 20.

¹⁵ Ebd.

¹⁶ Für den deutschen Antisemitismus des 19. und frühen 20. Jahrhunderts sei zum Einstieg die Essaysammlung „Antisemitismus

als kultureller Code“ von Shulamit Volkov empfohlen.

¹⁷ A.a.O.

¹⁸ Vgl. Beispielhaft für die Weimarer Republik: Olaf Kistenmacher: „Antizionismus“ in der KPD der Weimarer Republik, abrufbar unter <http://www.rote-ruhr-uni.com/cms/Antizionismus-in-der-KPD-der.html>.

¹⁹ Einführend zu den „Protokollen“: Michael Weh: Gefährliche Fiktion: Die „Protokolle der Weisen von Zion“, abrufbar unter <http://www.rosa-luxemburg-bildungswerk.de/docs/HS3-Zion.pdf>.

²⁰ Zum Thema Verschwörungstheorien empfehlenswert: Daniel Kulla: Entschwörungstheorie. Niemand regiert die Welt.

²¹ Claussen, Detlev (1987): Vom Judenhass zum Antisemitismus. Materialien einer verleugneten Geschichte. Darmstadt u.a.: Luchterhand. S. 198.

²² vgl. Schleusener, Jan (2010): Erlösungsantisemitismus. In: Benz, Wolfgang (Hg.): Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart. Band 3. Begriffe, Theorien, Ideologien. Berlin/New York: De Gruyter. S. 73–75.

²³ Arendt, Hannah: Die vollendete Sinnlosigkeit. In: Dies. (1989): Nach Auschwitz. Essays und Kommentare (1955-1965). Berlin: Edition Tiamat. S. 7–30, hier S. 9.

²⁴ Haury, Thomas (2002): „Antisemitismus nach Auschwitz“. In: ders.: Antisemitismus von links: kommunistische Ideologie, Nationalismus und Antizionismus in der frühen DDR. Hamburg: Hamburger Edition. S. 124.

²⁵ Haury 2002, S. 134.

²⁶ Vgl. hierzu Winter, Sebastian (2007): Arischer Antifaschismus und Schmidt, Antonia (2007): Der „Feuersturm“ als Vollwaschprogramm, beide in: Kittkritik (Hg.): Deutschlandwunder. Wunsch und Wahn in der postnazistischen Kultur. Berlin: Ventil-Verlag.

²⁷ Vgl. hierzu die Ausgabe 9 der Zeitschrift Phase 2, auch online unter: <http://www.phase-zwei.org/>.

²⁸ So beispielsweise in den Bemühungen des Bundes der Vertriebenen unter Erika Steinbach,

ein Zentrum für Vertriebene zu schaffen, indem „Opfer- und Täterrollen beliebig ausgetauscht werden“ – so die Kritik des Vizepräsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland, Salomon Korn, Vgl.

<http://www.zentralratjuden.de/de/article/812.html>.

²⁹ Haury 2002, S. 155.

³⁰ Vgl. Volkov, Shulamit (2000): Antisemitismus und Anti-Zionismus: Unterschiede und Parallelen. In: dies.: Antisemitismus als kultureller Code. 2. erw. Auflage. München: Beck. S. 76–87, hier S. 80.

³¹ Vgl. Haury 2002, S. 126.

³² Améry, Jean (1969): Der ehrbare Antisemitismus. In: Die Zeit vom 25.07.1969, zitiert nach <http://www.zeit.de/1969/30/der-ehrbare-antisemitismus> am 27.03.2012.

³³ Haury 2002, S. 131.

³⁴ Vgl. Sharansky, Natan: Antisemitismus in 3-D, abgerufen über <http://www.hagalil.com/antisemitismus/europa/sharansky.htm>, am 22.03.2012.

³⁵ Zum Antizionismus in internationalen Organisationen vgl.: Srulevitch, Andrew (2005): Israel und die UN, in: Initiative Antisemitismuskritik (Hrsg.): Israel in deutschen Wohnzimmern: Realität und antisemitische Wahrnehmungsmuster des Nahostkonflikts. Stuttgart: Ibidem-Verlag.

³⁶ Zum Begriff vgl. Kiefer, Michael (2010): Islamisierter Antisemitismus. In: Benz, Wolfgang (Hg.): Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart. Band 3. Begriffe, Theorien, Ideologien. Berlin/New York: De Gruyter. S. 133–136.

³⁷ Vgl. hierzu Küntzel, Matthias (2002): Djihaad und Judenhass. Über den neuen antisemitischen Krieg. Freiburg i. Br.: ca ira.

³⁸ Bundesministerium des Innern (Hg.) (2011): Antisemitismus in Deutschland. Erscheinungsformen, Bedingungen, Präventionsmaßnahmen. Berlin: Selbstverlag. S. 10.

³⁹ A.a.O., S. 11.

⁴⁰ Ebd.

⁴¹ Ebd.

⁴² A.a.O., S. 10.

⁴³ Mit Ausnahme des Antiziganismus, dazu instruktiv: End, Markus/Herold, Katrin/Robel, Yvonne (Hg.): Antiziganistische Zustände. Zur Kritik eines allgegenwärtigen Ressentiments. Münster: Unrast.

⁴⁴ Von Braun, Christina (2004): Einführung. In: Von Braun, Christina/Ziege, Eva-Maria (Hg.): Das ‚Bewegliche Vorurteil‘. Aspekte des internationalen Antisemitismus. Würzburg: Königshausen und Neumann. S. 11–42, hier S. 19.

⁴⁵ So formulierte Max Horkheimer 1946: „Bezeichnenderweise gibt es im Bereich der Soziologie oder der Sozialphilosophie keine Untersuchung, die mit der erhellenden Diskussion in Freuds *Moses* oder mit den psychoanalytischen Aufsätzen zum Antisemitismus, wie etwa demjenigen von Fenichel, vergleichbar wäre.“ (Horkheimer, Max (1993): Der soziologische Hintergrund des psychoanalytischen Forschungsansatzes. In: Ernst Simmel (Hg.): Antisemitismus. Frankfurt a. M: Fischer Taschenbuch Verlag. S. 23–34. S. 23ff).

⁴⁶ Fenichel, Otto (1993): Elemente einer psychoanalytischen Theorie des Antisemitismus. In: Ernst Simmel (Hg.): Antisemitismus. Frankfurt a. M: Fischer Taschenbuch Verlag. S. 35–57, hier S. 35.

⁴⁷ A.a.O., S. 45.

⁴⁸ Maciejewski, Franz (2004): Zur Grundschrift von Antijudaismus und Antisemitismus. Eine religionsgeschichtliche und ethnopschoanalytische Annäherung. In: Bergmann, Werner/Körte, Mona (Hg.): Antisemitismusforschung in den Wissenschaften. Berlin: Metropolis Verlag. S. 25–46, hier S. 46.

⁴⁹ Bspw. in Voegelin, Eric (2004): Die Neue Wissenschaft der Politik. München: Wilhelm Fink Verlag.

⁵⁰ Ley, Michael (2003): Kleine Geschichte des Antisemitismus. München: Wilhelm Fink Verlag.

⁵¹ Zum gnostischen und apokalyptischen Denken in der deutschen Geistesgeschichte vom Idealismus bis zum Nationalsozialismus: Vondung, Klaus (1988): Die Apokalypse in Deutschland. München: dtv; zu gnostischen Motiven im Nationalsozialismus: Strohm,

Harald (1997): Die Gnosis und der Nationalsozialismus. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

⁵² Sartre, Jean-Paul (1994): Überlegungen zur Judenfrage. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt. S. 14.

⁵³ A.a.O., S. 12.

⁵⁴ A.a.O., S. 28; Manichäismus leitet sich von Mani ab, dem Stifter einer der bedeutendsten gnostischen Sekten der Spätantike.

⁵⁵ A.a.O., S. 29.

⁵⁶ A.a.O., S. 33.

⁵⁷ A.a.O., S. 90.

⁵⁸ Auch wenn Sartre postuliert, dass „in einer klassenlosen und auf das kollektive Eigentum an den Arbeitswerkzeugen begründeten Gesellschaft, in der der Mensch, befreit von den Wahnvorstellungen der Vorzeit, sich endlich in *seiner* Unternehmung stürzen wird, die darin besteht, das Reich des Menschen anbrechen zu lassen, der Antisemitismus keinerlei Daseinsgrund mehr“ (A.a.O., S. 89) besitzt, begründet er diesen Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Antisemitismus nicht.

⁵⁹ Adorno, Theodor W. et. al. (1995): Einleitung, in: Adorno, Theodor W.: Studien zum autoritären Charakter. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

⁶⁰ Ebd.

⁶¹ A.a.O., S. 53.

⁶² A.a.O., S. 150.

⁶³ A.a.O., S. 109.

⁶⁴ Horkheimer, Max/Adorno, Theodor W. (2006): Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente. 16. Aufl. Frankfurt a. M.: Fischer Taschenbuch Verlag. S. 180.

⁶⁵ A.a.O., S. 196.

⁶⁶ Unter Halbbildung verstehen Horkheimer und Adorno das Begreifen des je eigenen beschränkten Wissens als umfassende Wahrheit, die nicht mehr hinterfragt werden muss.

⁶⁷ A.a.O., S. 213.

⁶⁸ Postone, Moishe (2005): Antisemitismus und Nationalsozialismus. In: Ders.: Deutschland, die Linke und der Holocaust. Politische Interventionen. Freiburg: Ca ira-Verlag. S.165–194, hier S. 169. Der Aufsatz ist auch im Internet abrufbar.

⁶⁹ A.a.O., S. 176.

⁷⁰ A.a.O., S. 183.

⁷¹ A.a.O., S. 184.

⁷² A.a.O., S. 186.

Inmitten von Zeiss und Salana: Überlegungen zum Antisemitismus als Schnittmenge zwischen völkischer Weltanschauung und nationalsozialistischer Ideologie am Beispiel des Stadtkreises Jena

> VON ANDREAS NEUMANN

Abstract

Die folgende Darstellung kontrastiert als historische Einführung die aktuellen soziologischen Befunde über Antisemitismus, sowohl dem latent vorhandenen in der Mitte der Gesellschaft als auch den der radikalen Rechten in Thüringen. Der Blick in die Vergangenheit soll der Gegenwart zur Orientierung verhelfen. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage nach den sozialen, kulturellen und politischen Trägerschichten des Antisemitismus in Vereinen, Verbänden und Parteien sowie innerhalb der Jenaer Universität (Salana) zur Zeit der Weimarer Republik. Auf welche Weise bot der Antisemitismus den nationalsozialistischen Akteuren und Akteurinnen Anknüpfungspunkte innerhalb dieser gesellschaftlichen Milieus? Wie war es ihnen möglich, sich in einer traditionsreichen Universitätsstadt mit ansässigem sozial engagiertem Vorzeigunternehmen und starker linker Arbeiterschaft als zunächst geduldeter und später etablierter Kreis in der gesellschaftlichen Mitte behaupten zu können? Die Analyse der Trägerschichten

und Schnittmengen bleibt exemplarisch: Der Autor möchte seine Ausführungen als Anregung für detaillierte und möglichst vergleichende Untersuchungen verstanden wissen.

Das janusköpfige Jena und die Frage nach den Bedingungen für den Aufstieg der NS-Bewegung

Das Thema des Beitrages berührt die Frage nach dem raschen gesellschaftlichen Aufstieg der NSDAP, der selbst den Akteurinnen und Akteuren der NS-Bewegung „staunenswert“ schien. Wie Hitler in einem Brief an ein in Amerika lebendes deutsches Ehepaar im Februar 1930 über die Entwicklungen in Thüringen berichtete, „hat sich [...] in der öffentlichen Meinung ein sehr großer Umschwung vollzogen. Es ist staunenswert, wie sich hier die vor wenigen Jahren noch selbstverständliche arrogante, hochnäsige oder dumme Ablehnung der Partei in eine erwartungsvolle Hoffnung verwandelt hat.“¹ Einige selbstgefällige Erklärungen für diesen Aufstieg liefert der oberste Parteichef in seinem Schreiben gleich mit, so habe man „eine langsame Säuberung des Verwaltungs- und Beamtenkörpers“ vornehmlich im Polizeiwesen vorgenommen, „einen gründlichen Unterbau geschaffen“ und mittels Teilnahme am Volksbegehren gegen den Young-Plan eine „Propagandawelle“ initiiert.² Diese Erklärung bleibt jedoch eine Konstruktion von oben. Die NSDAP war zwar eine straff hierarchische Organisation, deren Ortsgruppen und Landesverbände sich an die Maßgaben der Münchner Parteiführung zu halten hatten. Umgesetzt und akzeptiert werden mussten diese Eingaben jedoch von einer breiten Basis innerhalb der NS-Bewegung, deren Aufgabe wiederum darin bestand,

für Sympathien innerhalb der Bevölkerung zu werben. Aufgrund dieser Überlegungen beziehen sich die exemplarischen Ausführungen dieses Beitrages im Kern auf einen kleinen räumlichen Ausschnitt – den Stadtkreis Jena, der trotz oder gerade wegen seiner sozioökonomischen Sonderstellung in Thüringen für die Ausbreitung und Legitimation der NS-Bewegung in der Gesellschaft interessant ist.

Das moderne Bild Jenas als „eine Welt, die das wirkliche Deutschland zu sein [scheint] – das Deutschland der Ordnung und des Fleißes, der Sauberkeit und des Behagens, der Produktivität und Tüchtigkeit“³, wie es der amerikanische Publizist Hubert R. Knickerbocker 1932 entwarf, beleuchtet lediglich das Jena der Zeiss-Werke und Zeiss-Stiftung. Dieses „Jenaer Modell“ (John)⁴ eines „Kommunal-Kapitalismus“ (Knickerbocker)⁵ ermöglichte eine außerordentliche städtische Wohlfahrt, die vor allem der Zeiss-Arbeiterschaft, Zeiss-Pensionären und Zeiss-Pensionärinnen und öffentlichen Einrichtungen, wie der Universität, zugutekam.

Der Blick dieses Beitrages gilt jedoch dem anderen Jena – dem Jena, dessen Volkshaus Adolf Hitler zwischen 1925 und 1932 dreimal als Bühne diente, dem Jena, dessen Verband des NS-Studentenbundes seit 1932 eine „überwältigende Majorität an der Universität“⁶ stellte, dem Jena der national-konservativen Korporationen und Professorenschaft und vor allem gilt der Blick den Anfängen einer Ortsgruppe der Nationalsozialistinnen und Nationalsozialisten, die während der entscheidenden Wahlkämpfe zu Beginn der 1930er Jahre rege Aktivität entfaltete. An welchen weltanschaulichen Pool konnten die Akteurinnen und Akteure der NS-Bewegung anknüpfen? In welchen sozialen, kulturellen und politischen

Kreisen war Antisemitismus verbreitet und bot somit eine Schnittmenge zwischen den konkurrierenden Rechtsparteien und Verbänden? In einem ersten Exkurs werden zunächst Aussagen zur Qualität und sozioökonomischen Verbreitung moderner antisemitischer Denkweisen getroffen. Da allgemeingültige Rückschlüsse auf die antisemitische Weltanschauung und Ideologie innerhalb der völkischen, deutsch-nationalen und nationalsozialistischen Kreise in Jena aufgrund der knappen Quellenlage nur schwer möglich sind, lässt sich deren Ideengut anhand überregionaler Befunde zumindest indirekt charakterisieren. So bildet dieser erste Exkurs den Rahmen der weiteren Ausführungen. Auf eine explizite Bezugnahme auf soziologische Antisemitismustheorien wird dabei verzichtet, da diese an anderer Stelle der Broschüre thematisiert werden. Im Hauptteil des Beitrages erfolgt schließlich die Darstellung der völkischen, deutsch-nationalen und nationalsozialistischen Akteurinnen und Akteure in ihrem lokalen Kontext.

Antisemitismus als Schnittmenge zwischen völkischer Weltanschauung und nationalsozialistischer Ideologie

Völkische Weltanschauung und nationalsozialistische Ideologie stehen ideengeschichtlich in enger Verflechtung: Sie sind jedoch nicht identisch. So ermöglicht die Entwicklungsgeschichte der völkischen Weltanschauung keinen kausalen Bezug zwischen Wilhelminischer Zeit und Nationalsozialismus. Die dennoch vorhandenen Gemeinsamkeiten bestehen unter anderem im Nationalismus als einem Erbe des Wilhelminismus, in der Republik- und

Demokratiefeindschaft, im Standpunkt eines rassistischen und antisemitischen Volksprinzips und einem diffusen „Unbehagen an der Modernität“ (Ulbricht)⁷. Diese Gemeinsamkeiten erleichterten es den Nationalsozialistinnen und Nationalsozialisten als Sammlungsbewegung aufzutreten. Die Konservativen hingegen, in deren Reihen sich ebenfalls eine Anhängerschaft völkischer Weltanschauungen fand, vermochten es nicht, sich als Massenbewegung zu etablieren. Sie verloren zunehmend ihre Anhängerinnen und Anhänger an die neue, als dynamisch empfundene NS-Bewegung. Die NSDAP verstand es besser als ihre konservative Parteikonkurrenz, soziale Fragen in nationalistische Symbolpolitik aufzulösen und damit schichtübergreifende Sympathien zu gewinnen.⁸ Die Grundlagen der völkischen Weltanschauung sind in ihrer Charakteristik antisemitisch, antislawisch, antiromanisch, antiegalitär, ständisch und religiös im Sinne einer deutsch-christlichen oder pseudogermanischen „Rassereligion“.⁹ Der Begriff „völkische Bewegung“ bezieht sich auf ein Konvolut aus sehr verschiedenen Strömungen und Denkweisen. Diese Einstellungen waren vielfach der Nährboden und die Bedingung der Möglichkeit einer ideologisch gefestigten nationalsozialistischen Gesinnung. Vor allem das völkische Netzwerk Thüringens, welches aus Schulungseinrichtungen in Bad Berka, Neudietendorf und Mühlhausen, einer bündischen Jugend und einem Vereins- und Verlagswesen bestand, zu dem der umstrittene Eugen Diederichs Verlag in Jena gehörte, sorgte in Mitteldeutschland für eine rasche Verbreitung einer pseudoreligiösen, völkischen Weltanschauung.¹⁰

Die „Aufbauarbeit am Volkstum“, welche beispielsweise die „Deutsche Heimatschule“ in 45 Lehrgängen allein bis 1929 in Bad Berka leistete, gehört in das Umfeld dieses Netzwerkes. Die „Bildungsarbeit“ geschah dort unter der Prämisse einer antirepublikanischen und antisemitischen Schuldzuweisung: So sei „all unsere Not“ auf „die *planmäßige* [Hervorh. d. Verf.] Entwurzelung des deutschen Volkes aus seinem Heimatboden“ zurückzuführen. Als Drahtzieher galten dabei die Eliten des Staates, die deshalb schuldig seien, weil ihr „Bildungsgut sich nicht als wurzelecht erwiesen“ hätte.¹¹ Wer als Führungsschicht und Träger des humanistischen, weltbürgerlichen Bildungsideals galt, bleibt hier implizit, doch es kann kaum ein Zweifel darin bestehen, dass vor allem Jüdinnen und Juden und deren politische Vertretung in der Weimarer Republik gemeint waren.¹² Derartige Gedanken zur Verwurzelung des Volkes in „Blut und Boden“, gepaart mit manifesten antisemitischen Feindbildern, waren es, die später von der NS-Bewegung politisch transformiert und aktiviert werden konnten. Im Folgenden sollen die drei Kategorien „Moderne“, „Nationalismus“ und „Milieu“ als Bezugspunkte dienen, um das Phänomen des modernen Antisemitismus als Schnittmenge zwischen völkischer und nationalsozialistischer Bewegung näher zu charakterisieren.

Antisemitismus und Moderne

Der Antisemitismus verband sowohl die heterogen völkische als auch die vergleichsweise homogen nationalsozialistische Bewegung – ganz gleich, in welchem ideologischen Konkurrenzverhältnis beide standen.¹³ Er hat als „negative Leitidee der Moderne“

(Salzborn)¹⁴ seine mentalitätsgeschichtlichen Wurzeln im christlichen Antijudaismus des Mittelalters: Vor allem die Art und Weise, wie Jüdinnen und Juden für Phänomene verantwortlich gemacht wurden, die personelle Schuld kaum zulassen – unter anderem Krankheit, ökonomische Probleme, gesellschaftliche Konflikte –, änderte sich in ihrer Form bis in unsere Gegenwart kaum. Eine kulturgeschichtliche Betrachtung antisemitischer Stereotypen verdeutlicht die Wirkungsmacht von Mythen, Legenden und Verschwörungstheorien oder „macro belief systems“¹⁵. Waren es im Mittelalter Anschuldigungen des Gottesmordes, der Hostienschändung und Brunnenvergiftung, die Jüdinnen und Juden während der Kreuzzüge und Pestepidemien kollektiv trafen¹⁶, machten an der Schwelle zum 20. Jahrhundert die „Protokolle der Weisen von Zion“ „die Juden“ zum universal Bösen in einer modernisierten und säkularisierten Welt. Und noch heute gibt es Menschen, die etwa den jüdischen Staat Israel mit den als negativ empfundenen Begleiterscheinungen der Moderne personifizieren.¹⁷ Diese epochenübergreifende Ähnlichkeit von Stereotypen sagt jedoch noch nichts über die Qualität der Motive, Intentionen und Rechtfertigungen antisemitischer Verlautbarungen. Deshalb greift eine generelle Gleichsetzung zwischen mittelalterlich-christlichem Antijudaismus (oder traditionellem Antisemitismus) und modernem Antisemitismus zu kurz:¹⁸ Vielmehr wandelten sich bereits im Zuge der Ausformung einer bürgerlichen Gesellschaft im 18. und 19. Jahrhundert nicht allein die Wertvorstellungen der Menschen und ihr Verhältnis zum Staat – auch die Feindschaft gegen „die Juden“ muss in diese Modernisierung und

Säkularisierung einbezogen werden.¹⁹ Die klassischen antisemitischen Ausdrucksformen – die sich beispielsweise im Bereich der Sprache und religiösen Semantik manifestierten und somit auf verinnerlichte, reflexhaft auftretende und vorbereitete Mentalitäten langer Dauer zurückzuführen sind – blieben zwar bestehen, bildeten jedoch lediglich die Grundlage für eine umfassendere ideologische Vereinnahmung.²⁰ Voltaires Judenhass ist ein bekanntes Beispiel dieser Verquickung von Aufklärung und sich wandelnder antijüdischer Einstellung: So richtete sich seine Polemik im Grunde gegen das Christentum und spiegelte den aufgeklärten Wunsch nach einer Einschränkung der Institution „Kirche“ wider. Es gehört zur tiefen Ambivalenz der Aufklärung, dass sich neben dem kritischen Zeitgeist auch Formen einer modernen rationalisierten „Abwertung der Anderen“ etablierten.²¹ Rational sei hier jedoch nicht mit fundiert zu verwechseln: Die Antisemitinnen und Antisemiten schufen zwar rationalistische (Rasse-)Theorien, empirisch verifizierbar sind diese jedoch nicht, da es sich bei ihren Prämissen (Grundlagen) um „Pseudorealitäten jüdischer Existenz“ (Benz)²² handelt. Darauf verwies bereits Hannah Arendt und bemerkte 1958 in „Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft“, der Antisemitismus sei „von allen spezifischen Erfahrungen mit Juden [...] emanzipiert“²³. Es scheint, als sei in der Rationalisierung des Denkens und der instrumentellen Naturbeherrschung, also im Phänomen des Zivilisations- und Modernisierungsprozesses selbst, ein zutiefst inhumaner Zugriff auf den Menschen gegeben, der die totale (objektivierte) Ausgrenzung bis hin zur

Eliminierung bestimmter Teile einer Gesellschaft erst ermöglicht. Sowohl Teile der völkischen als auch der nationalsozialistischen Bewegung standen deshalb trotz ihrer antimodernistischen Attitüde nicht gänzlich außerhalb der Moderne: Insbesondere beim Nationalsozialismus handelte es sich vielmehr um ein System, welches eine starke Affinität zu allem technologisch Neuem aufwies. Erst die paradoxe Parallelität zwischen „technoider Funktionsprägung“ (Welzer), welche eine „Objektivierung des Selbst“ mit sich brachte und gegenaufklärerischer rassistisch-völkischer Tümelei ermöglichte einen beispiellosen „Verwaltungsmassenmord“ (Arendt) unter Nutzung der modernsten Technologien seiner Zeit.²⁴

Es bleibt umstritten, wann und wie sich der Antijudaismus zum modernen Antisemitismus wandelte und ob dieser nun rationalen oder irrationalen Denkmustern entsprang: Teile der historischen Antisemitismusforschung verbinden seine Geburtsstunde erst mit der Reichsgründung 1870/71, da die Feindschaft gegen Jüdinnen und Juden sich hier erstmals als politische Bewegung vom populären Ressentiment trennte. Der rationalisierte, seit der Aufklärung in gebildeten Kreisen virulente Antisemitismus und die klassischen irrationalen Ressentiments der breiten Masse erhielten nun den Charakter eines politisch-ideologischen Instruments in den Händen gesellschaftlicher Führungsschichten.²⁵ Die Herrschaftsstrategie „von oben“ näherte sich dem einstigen Ressentiment „von unten“.

Antisemitismus und Nationalismus

Gab es einen genuin deutschen Antisemitismus? Auch wenn antisemitisches Denken im gesamten europäischen Raum Verbreitung fand, gibt es zumindest im ideologischen Gehalt deutliche Differenzen. Diese werden sichtbar, wenn das Phänomen Antisemitismus im Licht des Nationalismus betrachtet wird. Als Beispiel genannt seien etwa die Unterschiede zwischen dem französischen „Staatsnationalismus“, dessen Ideal der Republik eine ideelle Trennung zwischen dem „wir und den anderen“ schuf, und dem deutschen „Kulturnationalismus“, der Exklusion auf Grundlage des Blutabstammungsprinzips betrieb.²⁶ Beide Varianten charakterisieren, wenngleich idealtypisch (modellhaft), zwei verschiedene Prinzipien, wie sich Individuen in einer modernen Gesellschaft auf einer Ebene des Überindividuellen gemeinsam identifizieren. Die erste Variante ist eine positive Form des Universalismus, die das Bekenntnis für gemeinsame Prinzipien etwa in Form einer Verfassung voraussetzt – die zweite Spielart hingegen ist negativ bestimmt: Wer hier in die Universalismen einer modernen Gesellschaft einbezogen wird, bestimmen scheinbar objektive Kriterien der ethnisch-kulturellen Abstammung. Auf diese Weise blieben „die Juden [...] über ein Jahrhundert Deutsche auf Bewährung [...]“. Das Partizipationsangebot an die Juden, das nie ohne Vorbehalt war, schlug in Aggression und radikale Ausgrenzung um.²⁷

Antisemitismus gegen nicht assimilierte (angepasste) Jüdinnen und Juden und deutscher Nationalismus waren durch die Implikationen des Kulturnationalismus spätestens seit der Reichsgründung

umschlungen. War der Antisemitismus in den ersten Jahren nach der Reichsgründung noch eng mit der „sozialen Frage“ verbunden und diente in Form der „Judenfrage“ zur Abwehr des gesellschaftlich-industriellen Wandels, begann er, seines sozialen Feigenblattes entkleidet, gepaart mit völkischen und alldeutschen Ideen, seit etwa 1890 stärker an die Oberfläche zu drängen.²⁸ Um die Jahrhundertwende wurden die rasse-antisemitischen Gedanken Chamberlains und Gobineaus virulent: Kultur, Sprache und Geschichte der deutschen Nation bestimmten nun nicht mehr allein, wer zum deutschen Volk zählte, letzter Bezugspunkt war die Konstruktion der eigenen „Rasse“.²⁹ Der Nationenbegriff verlor zugunsten des rassischen Volksbegriffs an Bedeutung. Nationen gab es schließlich viele, doch das „Volk“ als übernationales Ordnungsmuster erlaubte sowohl die eigene hierarchische Höherstellung als auch den zunächst gedanklichen Zugriff auf die geografischen Räume anderer Nationen.³⁰ Getaufte oder assimilierte Jüdinnen und Juden, die sich selbst positiv auf die deutsche Nation bezogen, waren unter diesen rassistischen Vorzeichen nicht vor Antisemitismus geschützt – mehr noch, sie galten insbesondere den völkischen Kreisen in der Weimarer Republik als „fünfte Kolonne“, die im Namen einer jüdischen Weltverschwörung den „Dolchstoß“ gegen das Deutsche Reich führten. Derartige Denkweisen griff schließlich die nationalsozialistische Propaganda auf und machte sie zum Kern ihres ideologischen Weltbildes. Wenn es einen genuin deutschen Antisemitismus gegeben haben sollte, dann müssen seine Eigenarten eine enge Verflechtung mit völkischen Ausdrucksformen eingegangen sein. Die Feindschaft gegen ethnische

Minderheiten allein reicht dabei nicht aus, scheint dies doch ein Begleitphänomen zahlreicher Nationalismen zu sein. Spätestens mit dem Aufkommen der nationalsozialistischen Bewegung, deren „Erlösungsantisemitismus“ (Friedländer)³¹ sie vom europäischen Faschismus etwa in Italien unterscheidet, dürfte diese exklusive Bedingung jedoch erfüllt gewesen sein. Neben die Deutung eines „rassistischen-nationalen Antisemitismus“, der Jüdinnen und Juden aufgrund ihrer vermeintlich internationalistischen Gruppenzugehörigkeit ausgrenzt und sich auf biologistische Theorien (Vermischung von biologischen mit gesellschaftlichen Phänomenen) beruft, müssen weiterhin Fragen einer sozioökonomischen Judenfeindlichkeit und das Wechselspiel von Antisemitismus und Konfession treten.³²

Antisemitismus und Milieu

Wo kam es zu Wechselwirkungen zwischen modernem Antisemitismus, völkischem Affekt (irrationale Gemütsbewegung) und nationalsozialistischer Bewegung? Institutionellen Ausdruck fand der Antisemitismus als gesellschaftliches Phänomen bereits lange vor dem Ersten Weltkrieg durch diverse antisemitische Parteien und Verbände.³³ In diesem Milieu kam Ende der 1870er Jahre erstmals der Begriff „Anti-Semit“ als Selbstbezeichnung auf: Gemeint waren nicht etwa alle durch die Kultur Vorderasien bzw. Nordafrika geprägten Menschen, wie der Begriff „Semit“ zunächst nahelegt. Die Antisemitinnen und Antisemiten selbst legten größten Wert darauf, dass ihr Hass einzig gegen Jüdinnen und Juden gerichtet sei. Jede Aufweitung des

Begriffs „Antisemitismus“ relativiert somit dessen ideologischen Kerngedanken.³⁴ Unter diesen Gruppen konnten sich insbesondere die Verbände im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts gesellschaftlich etablieren; sie sind zugleich ein Indiz für die klein- und bildungsbürgerliche Verbreitung des Antisemitismus. Zu nennen sind etwa der Handwerkerbund, diverse Einzelhandelsverbände, der „Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband“, die deutschen Reformvereine und die „Vereine deutscher Studenten“. Sie alle verfügten über eine eigene milieuspezifische Publizistik zur Verbreitung ihres Gedankenguts.³⁵ Diese Organisationen verband das Interesse zur Abwehr des gesellschaftlich-industriellen Wandels, verkörpert durch die „Judenfrage“. Die genannten Gruppen waren besonders hart von der (zweiten) Industrialisierung und den sich verändernden gesellschaftlichen Begebenheiten betroffen. Ihre Weltanschauung reagierte damit „auf die krisenhafte Entwicklung der kapitalistischen Moderne.“³⁶ Darüber hinaus boten seit den 1890er Jahren Vereinigungen wie der „Alldeutsche Verband“ die Möglichkeit, allein mit dem nationalistischen Prädikat „alldeutsch“, das heißt mit reiner Symbolpolitik und ohne tiefere soziale Bezüge, antisemitische Ideen zu verbreiten.³⁷ Trotz der Verbreitung antisemitischer Denkweisen in Vereinen und Verbänden schaffte es die völkische Bewegung im Kaiserreich nicht, eine eigenständige Milieubildung als abgrenzbare Großgruppe abzuschließen. Grund hierfür war die Heterogenität der Weltanschauungen und das Fehlen eines gemeinsamen schichtübergreifenden materiellen Interesses. Erst im Zuge des

Ersten Weltkrieges erlangte die völkische Bewegung an Substanz und wird selbst als antisemitisches Milieu fassbar.³⁸ Die völkische Bewegung fand ihre Anhängerschaft während der Weimarer Republik, durch die Kriegsniederlage im Glauben bestärkt, ebenfalls vor allem im Klein- und Bildungsbürgertum. Es waren genau jene Gruppen, die bereits in Wilhelminischer Zeit den antisemitischen Einstellungen offen gegenüberstanden: die Handwerkerschaft, Kleinunternehmer und Kleinunternehmerinnen, mittelständische Bäuerinnen und Bauern, Studierende und so manch akademisch gebildeter „alter Herr“ sympathisierten sowohl mit den verklärenden Idealen der völkischen Weltanschauung als auch mit antisemitischen Einstellungen.³⁹

Der schnelle Aufstieg der NSDAP in Thüringen ist eng mit den Aktivitäten dieser völkischen Bewegung verbunden, die es seit dem Niedergang des Parteienantisemitismus Ende der 1890er Jahre verstand, antisemitische Weltanschauungen als „positiven Bestandteil der völkischen Überzeugung“ zu integrieren.⁴⁰ In dem 1920 gegründeten Land war das völkische Netzwerk bestens aufgestellt. Als „klein- und bildungsbürgerliche Subkultur“ konnte es sich hier in breiten Bevölkerungskreisen etablieren. Völkisches Denken gab es innerhalb der DNVP ebenso wie in der NSDAP.⁴¹ Es war sowohl an bürgerlich-konservative als auch rechtsradikale Wertevorstellungen und einen virulenten Antisemitismus anschlussfähig, wie nicht zuletzt die pragmatische Zusammenarbeit aus bürgerlich-konservativen Thüringer Ordnungsbund (TOB) und Vereinigte Völkische Liste (VVL) bzw. Völkisch-Sozialer Block im thüringischen Landesparlament 1924 zeigt. Der jüdische

Ministerkandidat der linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei (DDP) und Vater der Thüringer Landesverfassung Eduard Rosenthal wurde zugunsten eines antikommunistischen Konsens geopfert und konnte seinen Posten in der neu gebildeten Regierung nicht antreten.⁴² Nachdem der Einmarsch von Reichwehrtruppen am 9. November 1923 der kurzen sozialistischen Koalition aus SPD und KPD ein Ende setzte, schien eine Koalition aus bürgerlich-konservativen Lager und Sozialdemokratie, wie dies in Preußen möglich wurde, ausgeschlossen. Die Rechtsparteien konnten sich auf diese Weise als Mehrheitsbringer im III. Landesparlament präsentieren. Zudem bot der Landtag den rechtsradikalen Rednern ein prominentes Podium für ihre antisemitischen Hasstiraden.⁴³ Fatalerweise bestand nicht einmal aufseiten der linken Opposition ein Konsens in der Zurückweisung des Antisemitismus. Der KPD-Abgeordnete Tenner kommentierte die Absetzung Rosenthals mit den höhnischen Worten: „Der hat sich aus Geschäftsgründen taufen lassen, der Jude!“ Wie Raßloff in seiner Untersuchung zum „Antisemitismus auf parlamentarischer Bühne“ feststellt, war eine „Gleichsetzung von Juden mit kapitalistischen Schiebern und Ausbeutern“ auch durch die KPD nicht unüblich.⁴⁴ Bereits Thomas Haury wies in seiner Dissertation der KPD unter anderem in ihrer Wahlpropaganda die Verwendung von antisemitischen Stereotypen nach.⁴⁵ Antisemitismus als Mentalität der Mitte, und wenngleich in anderer Form innerhalb der radikalen Linken, trug in seiner „Brückenfunktion“ (Benz)⁴⁶ zur raschen Akzeptanz nationalsozialistischer Ideologie bei. Zwischen antisemitischer

Weltanschauung und NS-Ideologie schien eine enge Wechselwirkung zu bestehen, die es den Nationalsozialistinnen und Nationalsozialisten erleichterte, sich mit ihren Thesen in der Öffentlichkeit zu etablieren.⁴⁷

Weltanschauung und Ideologie von rechts: Trägergruppen des Antisemitismus im Stadtkreis Jena

Professoren- und Studierendenschaft als kulturelle Trägerschicht des Antisemitismus

Die „deutschen Ordinarienuniversitäten erwiesen sich nach 1918 im Kern als demokratieunfähig bzw. -unwillig.“⁴⁸ Die Professorenschaft fürchtete in den Krisenzeiten der Weimarer Republik Prestigeverlust und Konkurrenz. Dies führte dazu, dass große Teile des „akademischen Deutschlands“ sich rückwärtsgewandt konservativ, das heißt antidemokratisch und antirepublikanisch positionierten. In einem offenen Solidaritäts-Brief von 31 Jenaer Professoren – anlässlich einer Hausdurchsuchung bei Professor Ludwig Bernhard im Zusammenhang mit rechtsradikalen Putschplänen 1926 in Berlin – kommt diese Geisteshaltung bestens zum Ausdruck:

„Wir haben als deutsche Professoren mit tiefer Beschämung empfunden, was heute in Preußen möglich ist, das unter seinen Königen Jahrhunderte lang der stolze Hort der Freiheit und Gerechtigkeit war. Nachdrücklich müssen wir es aussprechen, daß uns Empörung darüber erfüllt, daß in einem Lande, in dem die *meineidigen Hochverräter* [Hervorh. d. Verf.] von 1918 unangefochten geblieben sind, ein [...] vaterlandsliebender Mann [...] verdächtigt,

bespitzelt, schließlich in seinen vier Wänden belästigt wird.“⁴⁹

Das Schreiben wurde im Jenaer Volksblatt abgedruckt. Die Weimarer Demokratie, welche die bislang umfangreichsten verfassungsmäßigen Freiheiten in der deutschen Geschichte garantierte, wird darin von den Professoren – als angesehene kulturelle Eliten – in aller Öffentlichkeit als das eigentliche Problem denunziert.⁵⁰

Wenngleich konservative Positionen samt antisemitischer Einstellungen im Bildungsbürgertum weite Verbreitung fanden, gab es dennoch Professoren und Studierende, die dem klassischen Liberalismus eines Theodor Mommsen treu blieben. Ihr öffentliches Eintreten gegen Antisemitismus ließ jedoch an Leidenschaftlichkeit fehlen, die noch in den 1880er Jahren im Berliner Antisemitismusstreit zwischen dem späteren Nobelpreisträger Mommsen und dem Antisemiten Treitschke zu spüren war.⁵¹

Offene Sympathie zu den allzu rüde auftretenden Nationalsozialistinnen und Nationalsozialisten gab es – trotz Schnittmengen in den antisemitischen Einstellungen – unter der konservativen Professorenschaft während der Weimarer Republik kaum.⁵² Mit dem Erstarken der NSDAP auf Landesebene wagten sich jedoch die NS-Sympathisanten unter den Professoren und dem akademischen Mittelbau immer stärker aus ihrer Deckung. Eine kleine Anzahl von elf Hochschullehrern ging im Juli 1932 so weit, zur Reichstagswahl einen Unterstützungsauftrag für die NSDAP zu starten.⁵³

„Wir erwarten zuversichtlich von nationalsozialistischer Führung im Staate die Genesung unseres ganzen öffentlichen Lebens und die Rettung des deutschen Volkstums [...]“⁵⁴

Ähnlich verhielten sich vier Professoren, die sich für die NSDAP in Jena als Wahlvorsteher bzw. Stellvertreter im März und Juli 1932 zur Verfügung stellten: Zur Reichspräsidentenwahl im März waren dies der Ingenieur Otto Mackensen, der Zoologe Viktor Franz und der Dermatologe Bodo Spiethoff.⁵⁵ Zur Reichs- und Landtagswahl im Juli übermittelte die NS-Ortsgruppe dem Stadtvorstand erneut den Namen Prof. Spiethoffs und erstmals den des Chemikers und Pharmazeuten Professor Hans Kaufmann.⁵⁶ Zudem kandidierte der Mediziner und Privatdozent Gerhard Franzen auf Platz acht des NSDAP-Wahlvorschlags im gleichen Jahr für den Jenaer Stadtrat.⁵⁷

Prof. Franz und Prof. Spiethoff fanden sich später unter den Unterzeichnern des oben erwähnten Unterstützungsauftrages vom Juli 1932. Letzterer wohnte darüber hinaus bereits der Amtseinführung des „Rassekundlers“ Hans F. K. Günther 1930 gemeinsam mit Prof. Paul Schultze-Naumburg neben den NS-Parteigrößen Hitler und Göring bei. Prof. Schultze-Naumburg übernahm unter dem nationalsozialistischen Frick-Ministerium (Januar 1930 bis April 1931) die Leitung der „Staatlichen Hochschule für Kunst“. Zuvor hatte er getönt, moderne Kunst sei eine „Mißgeburt von Idioten und Dirnen“.⁵⁸ Die Wahlen vom 31. Juli 1932 mündeten schließlich in der ersten NSDAP-Landesregierung.

Die „Judenfrage“ als „zoologisches Exempel“: Antisemitismus als Gegenstand akademischer Lehrfreiheit

Im gleichen Jahr als Eduard Rosenthal seinen Ministerposten auf Druck der Völkischen räumen musste (1924), formulierte der Fraktionsführer des Völkisch-Sozialen Blocks und späterer NS-

Gauleiter in Thüringen, Artur Dinter, im Landesparlament im ersten Punkt des politischen Programms der vereinigten Rechtsparteien, Juden seien „aus allen „Regierungs- und Beamtenstellen [...] bedingungslos [zu] entfernen[en]“⁵⁹. Um keine Missverständnisse über die biologistische Prämisse dieser Forderung aufkommen zu lassen, präzisierte Dinter: „Unter ‚Jude‘ im gesetzlichen Sinne verstehen wir jeden Rassejuden, Sohn oder Enkel eines Rassejuden oder einer Rassejüdin, einerlei ob getauft oder nicht.“⁶⁰ Was 1924 der Prämisse „Rasse“ als „wissenschaftlichem“ Unterbau fehlte, lieferte ihr unterdessen die Jenaer Zoologie: Der sich zu seinem Alldeutschtum und Antisemitismus bekennende Jenaer Professor und Nachfolger Haeckels, Ludwig Plate, widmete „mehrere Stunden seiner Vorlesung dem Rassenproblem [...], darunter etwa 2 Stunden [...] [zur] Besprechung der Judenfrage.“⁶¹ Dabei schreckte er nicht davor zurück, den Jenaer Professorenkollegen Wilhelm Peters als Exempel seiner „rassekundlichen“ Ausschweifungen vorzuführen: Wenn er „das Wesen der jüdischen Rasse schildere“, so Plate in einem Rechtfertigungsschreiben an Rektor Gottlob Linck, nachdem sich der Betroffene Peters beschwert hatte, dann „[...] muss [es] mir überlassen bleiben, die Beispiele hierfür zu wählen, die mir bekannt sind, ganz gleichgültig, ob sie auch Universitätsmitglieder betreffen.“⁶² An anderer Stelle verteidigt er sich in gleicher Weise vor dem Rektor: „[...] [Da] wir Lehrfreiheit haben, so kann jeder Dozent alles erwähnen, was ihm durch seinen Stoff geboten erscheint [...].“⁶³ Die „Aufklärung“ der Studierenden über „höchst schädliche Rasseneigentümlichkeiten“ stehe über der Wahrung von

Persönlichkeitsrechten.⁶⁴ Die hier erwähnten Studierenden zeigten tatsächlich ein reges Interesse an Plates Polemik, seine „Besprechung der Judenfrage“ war „abnorm stark besucht“.⁶⁵ Bereits ein Jahr zuvor hatte sich Plate ein Dienststrafverfahren eingehandelt. In einer Vorlesung über Vererbungslehre 1923 ließ er seine Ansichten zu politischen Zeitfragen mit sozialdarwinistischen Urteilen zusammenfließen: Die Revolution von 1918/19 sei Ursache „unseres Unglücks“, die Sozialdemokratie wiederum eine jüdische Erfindung und was die Juden selbst anginge, könnten diese gar nicht umhin, international zu denken und seien somit der „Pfahl in unserem Fleisch“.⁶⁶ Ein Dienststrafverfahren initiierte daraufhin Plates Fachkollege, Widersacher und Oberregierungsrat unter dem sozialistischen Volksbildungsminister Greil, Prof. Julius Schaxel. In beiden genannten Fällen argumentierte Plate zu seiner Verteidigung, es sei zum einen seine „erzieherische Pflicht“, die Studierenden aufzuklären, zum anderen gewährleiste ihm die Lehrfreiheit, sich in wissenschaftlichen Fragen frei zu äußern; Fachfremde könnten seine Ausführungen ohnehin nicht beurteilen. Die Dienststrafkammer, die Plate daraufhin im ersten Fall von 1923 frei sprach, bestand unter anderem aus dem Leiter der Jenaer Kinderklinik Jussuf Ibrahim, der sich während der NS-Zeit aufgrund seiner Verstrickungen in die sogenannte „Kinder-Euthanasie“ (Tötung von Kindern mit Behinderung) kompromittierte.⁶⁷ Auch die Untersuchungsführer des zweiten Verfahrens von 1924 kamen zu dem Schluss, „dass er [Anm.: Plate] nie die Absicht gehabt habe, Herrn Professor Peters zu beleidigen.“⁶⁸

Nach Plates erstem Freispruch 1923 forderte Schaxel bereits eine radikale personelle Erneuerung der Universität. Mit seiner Kritik blieb er jedoch gemeinsam mit einer Handvoll demokratisch-republikanischer Kollegen und Kolleginnen, darunter die Pädagogik-Professorin Anna Siemsen, Außenseiter innerhalb der Salana.⁶⁹ Er hatte sich bereits als Oberregierungsrat im Rahmen seiner liberalen Zulassungspolitik für ausländische Studierende unbeliebt gemacht.⁷⁰ Aus seinem Moskauer Exil schrieb er 1935, er habe „den Umtrieben in Deutschland, [...] schon vor zehn und zwanzig Jahren aktiven Widerstand entgegengesetzt“⁷¹. Sein kritischer Geist konnte nicht verkraften, dass auch das „Land seiner Sehnsucht“ – die Sowjetunion – alles andere als jene Verheißungen erfüllte, die Schaxel mit dem Kommunismus verband: Der „rote Professor“ kam dort unter bislang ungeklärten Umständen ums Leben.⁷² Schaxels Widersacher Plate war indes nicht nur Antisemit. Sowohl die Demokratie als auch die Republik lehnte er als Gesellschaftsmodell gleichermaßen ab. Mit dieser rechtsradikalen Weltanschauung war er im akademischen Umfeld keinesfalls ein Außenseiter: „Seine Ansichten waren sicher nicht in allen Punkten mehrheits-, in vielen aber anschlussfähig.“⁷³ Plate war also eine extreme Spitze, die aus der Mitte einer mehrheitlich-konservativen Professorenschaft herausragte und somit bestens in deren Basis integriert zu sein schien.

Das Beispiel zeigt, dass es sowohl an Abwehrbereitschaft als auch Problembewusstsein beim Thema Antisemitismus mangelte. Zwar gab es eine öffentlich geführte Debatte über die Thesen Plates, welche sich im „Jenaer Volksblatt“, der sozialdemokratischen

Zeitung „Das Volk“ und der „Jenaischen Zeitung“ ereignete, von einem großen Aufschrei kann jedoch nicht die Rede sein.⁷⁴ Noch im gleichen Jahr, als der „Fall Plate“ erneut Aufmerksamkeit erregte, stieg dieser zum Dekan der Philosophischen Fakultät auf.⁷⁵

Im Juli 1925 sprang dem Dekan Plate die NSDAP im Landtag bei, nachdem dieser in seinem Rechtsfertigungsschreiben im Juli 1924 an Rektor Linck bereits angekündigt hatte, es lasse „sich wohl gar nicht vermeiden [...], dass sich auch der Landtag in nächster Zeit mit diesem Fragekomplex beschäftigt“.⁷⁶ Die NSDAP stellte, ganz im Sinne Plates, der sich von „ausländischen Juden“ innerhalb der Universität verfolgt glaubte, einen vorerst erfolglosen Antrag auf Schließung der Universität Jena für eben jene Gruppe jüdischer Studierender.⁷⁷ Dennoch sympathisierte Prof. Plate nicht öffentlich mit der NSDAP. Er gehörte als Jenaer Ortsgruppenführer des „Alldeutschen Verbandes“ einer konservativen und antisemitischen Vereinigung an, dessen Mitgliederhöchstzahl 1922 die 50.000 überschritten hatte und deren Ziel es war, das „deutsche Kaisertum“ und die „deutsche Wehrmacht“ wieder zu errichten. Passend zu Plates biologistischen Ansichten sah das Grundsatzprogramm der Alldeutschen, die „Bamberger Erklärung“ von 1919, eine „planmäßige rassische Höherentwicklung des deutschen Volkes durch Auslese“ vor.⁷⁸

Die Salana als Zentrum der Rasseforschung

Abwehrbereitschaft vonseiten akademischer Kreise war einige Jahre später bei der Berufung des „Rasseforschers“ Hans F. R. Günther 1930 zum ordentlichen Professor weitaus

stärker zu spüren. Der Antisemitismus Günthers schien dabei jedoch eine eher marginale Rolle zu spielen. Das Innen- und Volksbildungsministerium stand nach der Wahl zum V. Landtag im Dezember 1929 unter Leitung des Hitler-Verhehrs und radikalen Antisemiten Wilhelm Frick. Erneut hatten die konservativen Parteien zur Verhinderung von Neuwahlen und einer potenziellen linken Regierung auf die Zusammenarbeit mit der radikalen Rechten gesetzt. Die Koalition mit der NSDAP im Landtag machte 1930 die Berufung Günthers in Jena möglich. Der „Legalist des Unrechtsstaates“ Frick nutzte seine kurze Zeit als Minister, bis zu einem erfolgreichen Misstrauensantrag der SPD im April 1931, nicht nur zur strukturellen und personellen Umgestaltung der Thüringer Polizei – Jena besaß 1930 die erste Polizeifachschaft der NS-Bewegung.⁷⁹ Auch die Beeinflussung der Bildungs- und Kulturpolitik stand auf seiner Agenda. Er veranlasste die Einführung sogenannter „Schulgebete“, welche den Zöglingen das Bekenntnis zum Glauben an „Volkstum und Vaterland“ abnötigte;⁸⁰ eine zweite Bekanntmachung richtete sich gegen die „fremdrassigen Einflüsse“ der „Negerkultur“ – gemeint waren Jazzaufführungen und zeitgenössische Tänze, die laut Fricks Verlautbarung „dem deutschen Kulturempfinden ins Gesicht schlagen“.⁸¹ Was Senat und Rektor indes während der Berufung Günthers durch Minister Frick in einer öffentlichen Erklärung zur Kritik veranlasste, war keineswegs getragen von einer expliziten Zurückweisung von Antisemitismus und biologistischer Rassenkunde: Die „eingezogenen Erkundigungen“ der Universität besagten, „daß [Günther] eine menschlich schätzenswerte Persönlichkeit ist.“⁸²

Vielmehr schien die eigenmächtige Errichtung eines Rasselehrstuhles durch das Volksbildungsministerium, welches mit seinem Vorgehen die Selbstverwaltung der Universität infrage stellte, das vordergründige Problem zu sein. Die „mangelnde fachliche Eignung“ und „wissenschaftliche Originalleistung“ des Schriftstellers Günther taugte lediglich als Argument, um seine Berufung auf vorhandene Lehrstühle im Bereich Vorgeschichte oder Philosophie zu verhindern.⁸³

An den Intentionen hinter der Berufung Günthers konnte unterdessen kein Zweifel bestehen. Das Parteiorgan „Der Nationalsozialist“ verkündete kurz darauf:

„Günthers Werke zeigen [...] die große Wende in unserer biologischen Anschauung an und bedeuten die erste naturwissenschaftliche Begründung für die Erkenntnisse von Rasse und Volkstum [...]“⁸⁴, zudem sei es wichtig zu wissen, „daß innerhalb aller Rassen und Völker sich gesunde, hochwertige von ungesunden, minderwertigen Erbstämmen unterscheiden lassen.“

An den rassistischen Zielen dieser Politik, welche sich mit denen der Alldeutschen deckten, konnte keine Illusion bestehen: Es ging darum, zu wissen, „welche Erbstämme innerhalb eines Volkes möglichst kinderreich werden“ und „welchen man im Gegenzug ein Recht auf Kinderlosigkeit zusprechen sollte.“⁸⁵ Das euphemistisch benannte „Recht auf Kinderlosigkeit“ meint nichts anderes als den staatlich angeordneten Vollzug von Zwangssterilisationen. Die Intention einer Trennung von „hochwertigem“ und „minderwertigem“ Leben zeichnete sowohl den Weg in die Euthanasie als auch in den Massenmord der Shoa vor – enthält sie doch implizit die perfide Idee zur Vernichtung all jener Menschen, die als „ungesund“ und „schädlich“ stigmatisiert wurden. Das, was Harald

Welzer als „nationalsozialistische Moral“ bezeichnet, die zur Legitimation für die Täterinnen und Täter des späteren Massenmordes diente, und nach der einfachen Formel „wir oder die anderen“ funktionierte, findet in diesem Denken seinen Ursprung: „[...] eine Gruppe von Gesellschaftsmitgliedern [wird] sukzessive aus dem ‚Universum der allgemeinen Verbindlichkeiten‘ ausgeschlossen [...]“.⁸⁶

Student und Nationaler Widerstand – Die Salana als Heimstätte einer regressiven Studierendenschaft

„Das politische Denken und Verhalten der Studenten unterschied sich nicht grundsätzlich von dem ihrer Hochschullehrer.“⁸⁷ Im Gegensatz zu den Professoren verhielten diese sich jedoch „radikaler und aktivistischer“. Politische Bestrebungen zielten darauf, eine „geistige Revision“ der Weltkriegsergebnisse herbeizuführen: Es galt, der „Kriegsschuldfrage“ entgegenzutreten und die eigene „Begabung in den Dienst nachträglicher Sinnstiftung des Krieges zu stellen“.⁸⁸ Hierfür schien die geistige Aufrüstung allein nicht auszureichen: „Leibesübungen“ und „Wehrsport“ gehörten selbstverständlich zum studentischen Betätigungsfeld.⁸⁹ Seit 1924 verpflichtete gar ein Minister-Erlass jeden „reichsdeutschen Studenten“ zum Nachweis von wöchentlich einer Stunde „Leibesübungen“ während mindestens zweier Semester.⁹⁰ Doch in den harmlos klingenden Turnvereinigungen, von denen es auch linksgerichtete gegeben hat, ging es nicht immer ausschließlich um die Ertüchtigung des Leibes oder Erhaltung der „Wehrbereitschaft“. Ein radikaler Kern der Studierendenschaft unter Führung des seit Sommer 1923 immatrikulierten

Landwirtschafts- und Staatswissenschaftsstudenten Walter Stein betätigte sich seit Juli 1924 im „Völkischen Turnverein“.⁹¹ 1937 äußerte sich der frühere Postinspektor und NS-Ortsgruppenleiter Armin Schmidt – nun in seiner Funktion als Jenaer Oberbürgermeister: „Bei dem völkischen Turnverein Jena handelte es sich um eine Neugründung, die sich aus dem Verbot der NSDAP in den Jahren 1923/24 als notwendig zur Aufrechterhaltung des völkischen Gedankens und der Ziele der Partei erwiesen hatte. Der 1. Vorsitzende des Völkischen Turnvereins, Walter Stein, war schon SA Mann gewesen. Man kann den völkischen Turnverein deshalb auch als Keimzelle der Jenaer SA ansehen.“⁹² Als Walter Stein im Dezember 1924 bei der Stadtverwaltung um die Erlaubnis zur Nutzung der städtischen Turnhalle bat, hieß es in der Satzung des Vereins:⁹³ „[Der Verein] erstrebt körperliche Ertüchtigung der völkischen Jugend durch Turnen, Sport und Spiele. Der Verein ist parteipolitisch und konfessionell neutral.“⁹⁴ Der dritte Absatz schien die Verantwortlichen der Stadtverwaltung, welche die Turnhallennutzung schließlich genehmigten, nicht zu stören: „Mitglied des Vereins kann jeder werden, der deutschblütig ist und gewillt ist, die völkische Weltanschauung restlos zu vertreten.“⁹⁵ Mit der parteipolitischen Neutralität war es ohnehin nicht weit her: Die Eigenschaft „unpolitisch“ galt als Chiffre für die Ablehnung der Weimarer Demokratie. Wie aus einem Polizeibericht des Gemeindevorstandes an das Thüringische Ministerium des Innern vom 29. Juni 1925 hervorgeht, verfügte der Verein über bis zu 80 Mitglieder, die in der Westschule trainierten.⁹⁶ Etwa zur gleichen Zeit gründete sich die NS-Hochschulgruppe mit etwa 16 Mitgliedern, welche 1926 im

Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund (NSDStB) aufging.⁹⁷ Die Organisation trat vor allem mit „tatkraftiger Propaganda“ in die Öffentlichkeit. Laut NS-Parteizeitung „Der Nationalsozialist“ veranstaltete der NSDStB im November 1928 eine „glänzend besuchte“ Veranstaltung, auf der Hauptmann a. D. und NSDAP-Abgeordnete Loeper aus Dessau scharf mit dem nationalliberalen Politiker Stresemann ins Gericht ging, dem er einen „Ausverkauf“ Deutschlands an das „Weltkapital“ vorwarf. Zudem habe sich die Vorkriegsregierung falsch verhalten, weil sie es „nicht verstand, dem deutschen Volke Raum und Brot zu verschaffen“. Neben diesen unmissverständlichen Anspielungen auf die nationalsozialistische Lebensraumpolitik und das als jüdisch identifizierte „Weltkapital“ heißt es im Artikel weiter, der NS-Studentenbund sei die „weitaus stärkste politische Hochschulgruppe in Jena“.⁹⁸ Nun läge es auf der Hand, dies für übertriebene Propaganda der Nationalsozialisten zu halten. Die Ergebnisse der Wahlen zum Allgemeinen Studentenausschuss (AStA) von 1931 und 1932 sprechen jedoch diesbezüglich eine deutliche Sprache: Lagen im Jahr 1930/31 noch vier Wahlvorschläge vor, wurden im Folgejahr nur noch zwei eingereicht: „Die Korporationen hatten auf eine eigene Liste verzichtet, da genügend Korporationsstudenten auf Liste 1 aufgestellt waren“, so die Erklärung in der national-konservativen Jenaischen Zeitung. Bei Liste eins handelte es sich um den „Nationale[n] Block – Deutschland erwache“ – einer Koalition aus NS-Studierendenbündlern, Mitgliedern des alldeutsch geprägten und zunehmend antirepublikanischen Wehrverbandes „Stahlhelm“ und Jenaer Korporationsstudenten. Zusammen

erhielt die radikale Rechte 1.831 Stimmen von einer Gesamtstudierendenanzahl von 2.773. Damit besetzten sie zehn von zwölf Sitzen des AStA-Gremiums (davon fielen fünf Sitze auf Korporationsstudenten). Auf Listenplatz zwei der „Republikanischen Studenten“ entfielen gerade einmal 279 Stimmen – 91 Stimmen weniger als im Vorjahr.⁹⁹ Dieser Erfolg ist auf ein „Übereinkommen“ zwischen den mitgliedsstarken Korporationen, dem mit circa 60 Mitgliedern im Jahr 1932/33 personell schwachen, jedoch äußerst aktivistischen NSDStB und der Hochschulgruppe des „Stahlhelms“ zurückzuführen. Zwei Jahre vor dem Aufstellen einer gemeinsamen Liste erlangte der NSDStB lediglich zwei Sitze im AStA. 1930/31 begann die Zusammenarbeit mit der Stahlhelm-Hochschulgruppe, welche ihnen einen weiteren Sitz einbrachte. Die rechten Korporationen trieben durch den Verzicht einer eigenen Liste 1931/32 schließlich die überwiegende Mehrheit der Jenaer Studierendenschaft in die Reihen der Nationalsozialisten und Nationalsozialistinnen.¹⁰⁰ Damit trugen sie, ohne es zu ahnen, aktiv zu ihrer eigenen Selbstauflösung bei. Bereits kurz nach der Wahl bereuten die Jenaischen Burschenschaften ihren Entschluss, da sie sich vom NSDStB bei der Aufstellung der Kandidaten übergangen glaubten. Dies waren jedoch personelle und machtpolitische Abwägungen und keinesfalls ein Ausdruck kategorialer Ablehnung nationalsozialistischer Ideologie.¹⁰¹ 1935 wurden die Burschenschaften schließlich gänzlich dem NSDStB angegliedert. Dies war keineswegs die erste Zusammenarbeit zwischen den rechtsradikalen Gruppen der Studentenschaft Jenas. Bereits im November 1929 gründete sich der

„Widerstandsblock nationaler Studenten“, eine „Interessengemeinschaft“ aus Jungstahlhelm, NSDStB, Vertretern der Jugendbewegung und der „Vertreterschaft von 1911“. Letztere vereinigte wiederum unter anderem die sechs Jenaer Landsmannschaften, fünf Corps, vier Turnerschaften und die drei Burschenschaften Arminia, Germania und Teutonia (Deutsche Burschenschaft). Der „Widerstandsblock“ trat im Jahr 1930 mit zwei Veranstaltungen in die Jenaer Öffentlichkeit. Den Auftakt machte im Januar der Stahlhelm-Anhänger Eduard Stadtler aus Berlin. Er sprach vor 650 Zuhörerinnen und Zuhörern zum Thema „Student und nationaler Widerstand“. Ziel war es, für das Volksbegehren gegen den Young-Plan zu werben.¹⁰² Mit gleicher Intention veranstaltete die rechtsradikale studentische „Koalition“ am 23. März eine Kundgebung auf dem Marktplatz. „Auf der ernste[n] und würdige[n] Kundgebung“ (Jenaische Zeitung) sprach der Vorsitzende des Widerstandsblocks Döring vor 180 bis 200 Teilnehmenden. Auch hier ließ die übliche Anspielung auf das „internationale Finanzkapital“ nicht lang auf sich warten: „[...] begierig steht die Weltbörse bereit, mit deutschen Tributschuldtiteln handeln und spekulieren zu können.“¹⁰³ Auf das Attribut „jüdisch“ konnte in diesen Kreisen verzichtet werden. Es bestand für die Zuhörerschaft kein Zweifel darin, wer und was mit „Weltbörse“ gemeint war: „die Juden“ und eine vermeintlich internationale „jüdische Verschwörung“. Eine besondere Obsession bezüglich „der Juden“ offenbarten im gleichen Jahr die „Burschenschaftlichen Blätter“: Für Empörung sorgte dort der mit 4,36 % angegebene Anteil von „Israeliten“ an deutschen Hochschulen. Dabei stand mitnichten die Religionszugehörigkeit in der Kritik, wie der Autor betonte, handelt

es sich „nur um eine konfessionelle Statistik [...] die getauften Rassejuden [sind] natürlich nicht mitgezählt. Sie würden noch gut das doppelte ergeben. Es wird Zeit, daß der ‚numerus clausus‘ als Schutz für deutschblütige Studierende eingeführt wird.“¹⁰⁴ Damit positionierte sich ein bedeutendes Organ der „Deutschen Burschenschaft“ klar in Richtung eines biologistisch unterfütterten modernen Antisemitismus.¹⁰⁵ Auf dem „Eisenacher Burschentag“ 1920 hatten sich die Burschenschaften ohnehin bereits eindeutig auf den „Rassenstandpunkt“ festgelegt, der lediglich die Aufnahme „deutsche[r] Studenten arischer Abstammung“ beinhaltete.¹⁰⁶

Soziale und politische Trägerschichten des Antisemitismus in Jena

Soziale Bezugsräume vaterländischer Gesinnung: Das Milieu der völkischen und deutschnationalen Vereine und Verbände in Jena

Nicht nur die Studierendenschaft Jenas war tief vom Eindruck des vergangenen Krieges geprägt. In ganz Deutschland etablierten sich „Wehrverbände“, um Kriegsteilnehmenden ein Weiterleben militärischer Ordnungsprinzipien im zivilen Leben zu ermöglichen. Diese Verbände zeichneten sich nicht nur durch sozialen Zusammenhalt bzw. Kameradschaft aus, wie dies etwa die amerikanischen Veteranen-Organisationen taten. In den „Wehrverbänden“ entwickelten sich eigene „staats- und sozialpolitische Konzeptionen“ sowohl linker als auch rechtsradikaler Natur.¹⁰⁷ Der paramilitärische Charakter trug darüber hinaus den Zug stets abrufbereiter

Aggression, welche das Gewaltmonopol der Republik untergrub. Neben dem „Wehrwolf“, der dem Nationalsozialismus am nächsten stand, galt der „Stahlhelm“ als rechtskonservativer Wehrverband. In Mittel- und Ostdeutschland war er besonders stark aufgestellt und orientierte sich bis 1926 zunächst an der nationalliberalen Politik der DVP, später tendierte er eher zur nationalkonservativen DNVP. Zwischen circa einem Drittel der DNVP-Reichstagsabgeordneten und dem Wehrbund bestand 1928 eine Personalunion. Ihm gehörten auf lokaler Ebene vor allem Vertreterinnen und Vertreter des Kleinbürgertums und Teile der rechten Arbeiterschaft an. Ab 1928 wurde zeitweilig versucht, mit der Losung „Hinein in den Staat“ eigene politische Akzente zu setzen. Seit 1926 etablierte sich in der Organisation endgültig eine antirepublikanische Stoßrichtung, die eine überregionale Zusammenarbeit mit NSDAP, DNVP und „Alldeutschem Verband“ im Rahmen des „Volksentscheids“ gegen den Young-Plan 1928/29 ermöglichte. Der Wehrbund verfügte mit dem Jungstahlhelm über ein Organ zur ideologischen Beeinflussung der Jugend: In den Schulungen wurden auch rassistische und völkische Ideen verbreitet, die Anknüpfungspunkte zur nationalsozialistischen Ideologie zuließen.¹⁰⁸ Hierzu passt, dass sich Mitglieder der Jenaer Stahlhelm-Hochschulgruppe 1930, am Vorabend der Antrittsvorlesung Günthers, ganz offiziell unter den 1.500 Fackelträgern fanden, die den Weg des Rasseforschers ins Stadtzentrum säumten.¹⁰⁹ Jena verfügte neben der Hochschulgruppe über eine umtriebige Kameradschaft des „Stahlhelms“. Das KPD-Organ „Neue Zeitung“ bezeichnete neben

den Stützpunkten in Weimar und dem Schleizer Gebiet unter anderem Jena als eine „Hauptstütze“ der Organisation in Thüringen.¹¹⁰ Ähnlich dem „Widerstandsblock nationaler Studenten“ gab es Ende der 1920er Jahre außerhalb der Universität eine lokale Zusammenarbeit zwischen den „Vaterländischen Verbänden Jenas“: Der Stahlhelm, DNVP, NSDAP, „Alldeutscher Verband“, „Bund Königin Luise“ und „Deutschbund“ veranstalteten im März 1930 im großen Volkshaussaal eine von 800 bis 900 Teilnehmerinnen und Teilnehmern besuchte, gemeinsame öffentliche Kundgebung gegen den Young-Plan.¹¹¹ Dies stellte zugleich eine lokale Vorwegnahme des im Oktober 1931 beschlossenen antidemokratischen Bündnisses der Rechtsparteien und Verbände „Harzburger Front“ dar.¹¹² Eine ähnliche Rolle wie die Wehrbünde spielten die Militär- und Kriegervereine. Sie sorgten bereits vor dem Ersten Weltkrieg für ein militärisches Durchdringen der Gesellschaft und Aufrechterhalten nationaler Hochgefühle in Anlehnung an die Reichsgründung von 1871. Ein überregionaler Dachverband fast aller Kriegervereine war der „Kyffhäuser-Bund“. Zwischen 1920 und 1938 bewegte sich die Zahl der dort assoziierten Vereine auf 30.000, mit einer durchschnittlichen Mitgliederzahl von 2,3 Millionen.¹¹³ Nach außen gab sich der Bund loyal zur Republik, konnte jedoch die tatsächlichen Positionen seiner einzelnen Mitgliedsvereine kaum kontrollieren. In die Öffentlichkeit traten sie zumeist mit Denkmalsweihen, Reichsgründungsfeiern oder Kundgebungen vor Kriegerdenkmälern. Nicht wenige Inschriften dieser steinernen Zeugnisse verbinden das Gedenken an die Toten mit der implizit aggressiven Aufforderung, das Schicksal

der „Gefallenen“ des Ersten Weltkrieges möge nicht umsonst gewesen sein. Zu einem Klima der Versöhnung trugen diese doppeldeutigen Inschriften kaum bei. Inoffiziell stand der „Kyffhäuser-Bund“ dem Stahlhelm und den konservativen (antirepublikanischen) Rechtsparteien von DVP und DNVP nahe. Ganz offiziell intonierte der Vorstand im Mai 1930 die Forderungen zum „Kampf gegen die Kriegsschuldlüge“, „Kampf zur Erhaltung des Wehrwillens“, „Eintreten für den großdeutschen Gedanken“, „Kampf gegen den Kommunismus“ und zur „Revision des Versailler Vertrages“.¹¹⁴

Auch in Jena war ein solcher „Krieger und Militärverein“ aktiv. Der „Kamerad Rechtsanwalt Späte“ formulierte dort im Januar 1930 im Rahmen einer Reichsgründungsfeier die Forderung, „gegen die Kriegsschuldlüge Stellung“ zu beziehen. Die Jena'sche Zeitung kommentierte zudem, dass Späte „seine Ausführungen mit einwandfreien Tatsachen ergänzte“ und damit „hat [er] wohl manchen, der bisher nicht ganz überzeugt war, auf die Seite des Kyffhäuserbundes geführt [...]“.¹¹⁵ Sicher zog der Rechtsanwalt Erich Späte seine Zuhörerschaft nicht einzig auf die Seite des Kyffhäuserbundes, denn er war neben seinem Engagement im Kriegerverein ein aktives Mitglied der Jenaer NSDAP-Ortsgruppe. So sprach er im Juli desselben Jahres auf einer NS-Veranstaltung zum Thema „Nationalsozialistische Landwirte und Landwirtschaftskammern“.¹¹⁶ Bereits im Jahr 1925 war er im Vorstand der NS-Ortsgruppe;¹¹⁷ 1929 befand er sich zur Landtagswahl auf Listenplatz 24 der NSDAP;¹¹⁸ 1932 kandidierte er auf Platz neun des NS-Wahlvorschlages zur Stadtratswahl.¹¹⁹

Die Ortsgruppe der NSDAP ging aus einer Reihe von Vorläuferorganisationen hervor.

In ihnen bestanden bereits ähnliche Doppelmitgliedschaften wie im Falle des Militärvereins. So versuchte etwa der Deutschvölkische Verein Jena, die „verschiedenen Bevölkerungsschichten für [seine] Ideenwelt ‚aufzulockern‘.“¹²⁰ Er wurde 1922 im Zuge des Republikenschutzgesetzes verboten. Im Verlauf dieser Verbotsphase zielten die radikalen völkischen Kräfte auf eine Strategie der Unterwanderung. Dies betraf 1924 den Jenaer Ortsverband des „Jungdeutschen Ordens“ (Jungdo). Dieser stand in einem Konkurrenzverhältnis zur NSDAP: Zwar bezweckten diese Kreise eine militariserte „Volksgemeinschaft“, für welche sie beispielsweise auf einem „Staatsbürgerabend“ im März 1930 in Jena warben, lehnten jedoch sowohl das parlamentarische Parteiensystem als auch „Bolschewismus und Faschismus“ ausdrücklich ab.¹²¹ Der Jungdo war, wie der Stahlhelm, ein militärischer Verband, der zeitweilig über 200.000 Mitglieder verfügte. Gegen Ende der 1920er Jahre nahmen diese Zahlen jedoch stark ab, sodass eine Abwanderung zu anderen rechtsradikalen Vereinigungen anzunehmen ist.¹²² Im Gegensatz zu sonstigen Wehrverbänden setzte sich der Jungdo für ein Militärbündnis mit Frankreich gegen die Sowjetunion ein. Am strukturellen Antisemitismus (Vermutung personeller Kräfte hinter den anonymen Mechanismen kapitalistischer Wirtschaftsweise) dieser Vereinigung kann unterdessen kaum ein Zweifel bestehen. Im „Jungdeutschen Manifest“ heißt es: „In allen modernen Republiken wird die Macht in Wirklichkeit durch einzelne geldmächtige Gruppen ausgeübt [...]“.¹²³ Stahlhelm, Wehrwolf, Krieger- und Militärverein, Völkischer Turnverein, Deutschvölkischer Verein und Jungdeutscher Orden sind Beispiele für

jenen Bereich, welcher als sozialer Bezugsraum einer vaterländischen Gesinnung beschrieben werden kann. In diese Aufzählung lassen sich die konservativen Korporationen ebenso einreihen wie der bereits genannte „Aldeutsche Verband“, dessen Jenaer Ortsgruppe unter der Leitung des bekennenden Antisemiten Professor Ludwig Plate stand.

Auch die Publizistik und das Zeitungswesen spielt in ihrer weltanschaulichen Bestätigungsfunktion eine kaum zu unterschätzende Rolle. Die national-konservative Jenaische Zeitung druckte beispielsweise 1929 einen kurzen Bericht über einen Vortrag zum Thema „Rasse und Begabung“. Der Autor attestierte dem selbst ernannten „Rassenbiologen“ Karl Hempel:

„Bezüglich einiger Gebiete mit denen sich Berichterstatte selbst beschäftigt hat (z.B. Rassenkunde, Probleme der Rassenmischung), hatte man den Eindruck, daß der Vortragende sich auf wissenschaftlichen Grunde bewegte und gute Gedanken entwickelte [...]“¹²⁴

Die hier beschriebenen vaterländischen Bezugsräume prägten die Weltanschauung der sich dort assoziierenden Menschen. Das vorherrschende System aus Symbolen, Sprache und Festakten hatte einen starken Einfluss auf jene Elemente, die dem Individuum als Maßstab der eigenen Werte dienen. Sie alle einte eine affektgeladene und geradezu irrationale Hingabe für die eigene Nation – nicht für die Republik oder Demokratie, sondern Nation im Sinne eines Deutschen Reiches, sei es nun wilhelminischer oder faschistischer Prägung. Der 11. August oder 9. November, beides symbolträchtige Jahrestage der Weimarer Republik, galten in diesen Kreisen nichts im Vergleich zur Reichsgründung von 1871. Die rasche Legitimation und

Akzeptanz, dies meint noch nicht Sympathie oder Zustimmung, welche die nationalsozialistische Ideologie unter den Menschen erlangte, ist kaum erklärbar ohne Betrachtung des tiefen weltanschaulichen Grundes, aus dem die Grundzüge ihrer Ideen entsprangen.

Die sozialräumliche Ausbreitung der NSDAP im Stadtkreis Jena

Als „Inkubationszellen“ (Stutz)¹²⁵ der späteren NSDAP-Ortsgruppe lassen sich der Deutsche Volksbund Jena und der bereits genannte Deutschvölkische Verein identifizieren. Zudem gab es Sympathien im antisemitischen Flügel der DNVP. Während der NSDAP-Verbotszeit 1923/24 bediente sich die NS-Anhängerschaft im Rahmen ihrer gegenaufklärerischen Aktivitäten einem Element der bürgerlichen Öffentlichkeit, welches in bester Tradition zur Aufklärung stand: In klandestinen Lesezirkeln kursierte nationalsozialistisches Schriftgut.¹²⁶ Die NS-Ortsgruppe selbst trat im März 1924 im „Kulmbacher Bierhaus“ in der Zwätzengasse ins Leben – hatte anfangs eine stark fluktuierende Mitgliederzahl, die sich bei 300 Personen stabilisierte. Schon bald gab es innerparteiliche Grabenkämpfe, die in Jena, anders als auf Landesparteebene, nicht in einer Konsolidierung mündeten: 1925 zerbrach die Ortsgruppe.¹²⁷ Es scheint, als habe die Person des Thüringer Gauleiters Artur Dinter mit seiner religiös-völkischen Tümelei, die später zu seinem Parteiausschluss führte, stark polarisiert.¹²⁸ Laut Bericht des Stadtdirektors an den Nachrichtendienst des Thüringischen Ministeriums des Innern habe eine „Spaltung stattgefunden“. Es gäbe nun eine Dinter treue Gruppe, die sich „Alte NSDAP“ nenne und unter Führung Armin Schmidts stehe und eine NSDAP-

Ortsgruppe unter dem Kaufmann Rudolf Weber.¹²⁹ Der Gauleitung scheinen die Vorgänge nur vage bekannt gewesen zu sein, denn die Parteizeitung berichtete, in Jena gäbe es Hinweise auf Gründung einer „wilden SA“ durch den Studenten Walter Stein und einer unbefugten Ortsgruppengründung Armin Schmidts.¹³⁰

Bis zur offiziellen Neugründung der Ortsgruppe im Jahr 1928 gab es dennoch mindestens vier Veranstaltungen von Nationalsozialistinnen und Nationalsozialisten in Jena. Zwei davon ereigneten sich 1926 im Burgkellersaal und waren stark antisemitisch aufgeladen. Der Nürnberger NS-Stadtrat Holz sprach vor etwa 100 Parteigenossen und Parteigenossinnen sowie Sympathisierenden im Juli von „sadistischen jüdischen Ritualen“ und forderte die Abschaffung der „jüdischen Zinsknechtschaft“. „Der Betrug am schaffenden deutschen Volke“ lautete der Titel einer zweiten Zusammenkunft im November, die ebenfalls von etwa 100 Teilnehmenden frequentiert wurde.¹³¹ Im Vergleich zum Aktionismus der Jahre nach 1928/29 blieben diese Ereignisse eine kaum ins Gewicht fallende Episode. Innerhalb weniger Jahre steigerte sich die zeitliche Abfolge der Propagandaveranstaltungen. Im Juli 1929 lag Jena im „Ranking“ der Ortsgruppentätigkeit auf Platz fünf und damit vor den Städten Erfurt, Gera und Eisenach – übertroffen lediglich von Weimar, Gotha, Apolda und Altenburg.¹³² Je nach Zielgruppe und erwarteter Besucherzahl wählten die Verantwortlichen für diese Aktivitäten entweder das Hotel Stern, den Nollendorfer Hof, den Burgkeller oder den großen Volkshaussaal. Bei der Auswahl ihrer Veranstaltungen gingen sie oftmals zielgruppenorientiert

vor. Vorträge wie „Der Bluttausch des Bolschewismus“ richteten sich sowohl an Bildungsbürger und -bürgerinnen, die ihren Antikommunismus bestätigt wissen wollten, als auch zur Abschreckung an die linke Arbeiterschaft, welche sich oft als Zeichen des Protests oder zum Widerspruch im Publikum befand.¹³³ Reden, wie die unter dem Titel „Nationalsozialismus und Bauerntum“, sprachen gezielt Landwirte aus der Umgebung Jenas an; zum Teil traten diese selbst als Referenten auf: Der Landwirt Peukert etwa sprach 1930 über den „Siegeszug der Nationalsozialisten“.¹³⁴ Bei Arbeitslosen sollten, vor allem während der Krise 1931/1932, Vorträge zu den Themen „Arbeitslos wer trägt die Schuld?“, „Hitler schafft Arbeit und Brot“ oder „Arbeitsbeschaffung kommunalpolitische Aufgabe im nationalsozialistischen Sinne“ Interesse wecken.¹³⁵ Durch „Versammlung des Gastwirtgewerbes“ oder das Besprechen von „Handwerker und Mittelstandsfragen“ wurde die Stammklientel der Kleingewerbetreibenden angesprochen. Der Drogist Cornelius Behrents hielt 1932 gemeinsam mit dem Rechtsanwalt Dr. Frank aus München vor 1600 Menschen im großen Volkshaussaal einen Vortrag zum Thema „Mittelstand als Säule der Volkswirtschaft“.¹³⁶ Jüdinnen und Juden hatten zu diesen Veranstaltungen von Beginn an „keinen Zutritt“, wie den Anzeigen der NSDAP-Ortsgruppe in der Jenaischen Zeitung zu entnehmen ist.¹³⁷ Die Besucherzahlen dieser Veranstaltung in direkten Bezug zur Sympathie für den Nationalsozialismus in der Bevölkerung zu bringen, birgt Risiken. Zum einen befanden sich gerade in der Anfangszeit häufig linke Arbeiterinnen und Arbeiter unter den Zuhörerenden, zum anderen liegen für nur 31 der 65 recherchierten „öffentlichen Versammlungen“

Besucherzahlen vor.¹³⁸ Gerade die milieuspezifischen Veranstaltungen verzerren das Ergebnis zusätzlich. Die Versammlungen des Gastwirtgewerbes oder der Landwirte etwa hatten gar nicht das Ziel, möglichst viele Teilnehmende aus verschiedenen Gesellschaftsschichten zu erreichen. So schwanken die Zahlen zwischen 70 (Versammlung des Gastwirtgewerbes) und 3.000 im großen Volkshaussaal. Eine deutliche Tendenz zur verstärkten Nutzung des Volkshauses zeichnete sich seit 1930 ab, sie erreichte 1932 mit etwa 18 Veranstaltungen ihren Höhepunkt.¹³⁹ Parteigrößen wie Hitler und Goebbels erzielten hier maximale Besucherzahlen; bekannte Persönlichkeiten der Landesebene wie Marschler und Sauckel zogen zumindest etwa halb so viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer an (circa 1500). Die Zeiss-Stiftung stellte das Volkshaus der NSDAP stets zur Verfügung: Die dortigen Verantwortlichen schienen sie als „normale Vereinigung“ innerhalb der lokalen Parteienlandschaft anerkannt zu haben.¹⁴⁰

Die Ortsgruppe setzte mit ihrer Propaganda in jenen Milieus an, in denen deren Mitglieder selbst verkehrten. Nach eigener Aussage handelte es sich bei den Gründungsmitgliedern um eine „verschworene Gemeinschaft armer Teufel“. Dies verdeutlicht, dass es sich hauptsächlich um Vertreterinnen und Vertreter prekärer Gruppen handelte. Neben Handwerkern und Kleingewerbetreibenden betraf dies mittlere Beamte, Gastwirte und freie Künstler. Intellektuelle unterstützten trotz weitverbreiteter rechter Ansichten die Ortsgruppe bis auf die beschriebenen Ausnahmen kaum. Dies änderte sich erst, als abzusehen war, dass die Nationalsozialistinnen und Nationalsozialisten dauerhaft die

politische Macht bekleiden würden – also spätestens im März 1933.¹⁴¹ Ab circa 1930 fächerte sich die Ortsgruppe in mehrere Bezirke auf, es gab nun eine Ortsgruppe Mitte unter der Leitung des Bäckermeisters Oskar Blüthner und weitere Ortsgruppen in Jena-Nord, -Ost, -Süd, -West und Winzerla.¹⁴² Die Nationalsozialistinnen und Nationalsozialisten veröffentlichten in unregelmäßigen Abständen Listen zum Erfolg ihrer Ortsgruppenarbeit. Im Juli 1931 nahm Jena beim Vergleich des Verhältnisses zwischen Einwohner- und Parteimitgliederzahl mit Rang zwölf von 22 Thüringer Städten eine Position im Mittelfeld ein.¹⁴³ Im Mai 1932 bewegte sich Jena mit Platz 35 von 55 vor den Städten Erfurt, Eisenach und Suhl. In absoluten Zahlen ausgedrückt befand sich Jena damit an fünfter Stelle hinter Gera, Erfurt, Gotha und Weimar.¹⁴⁴

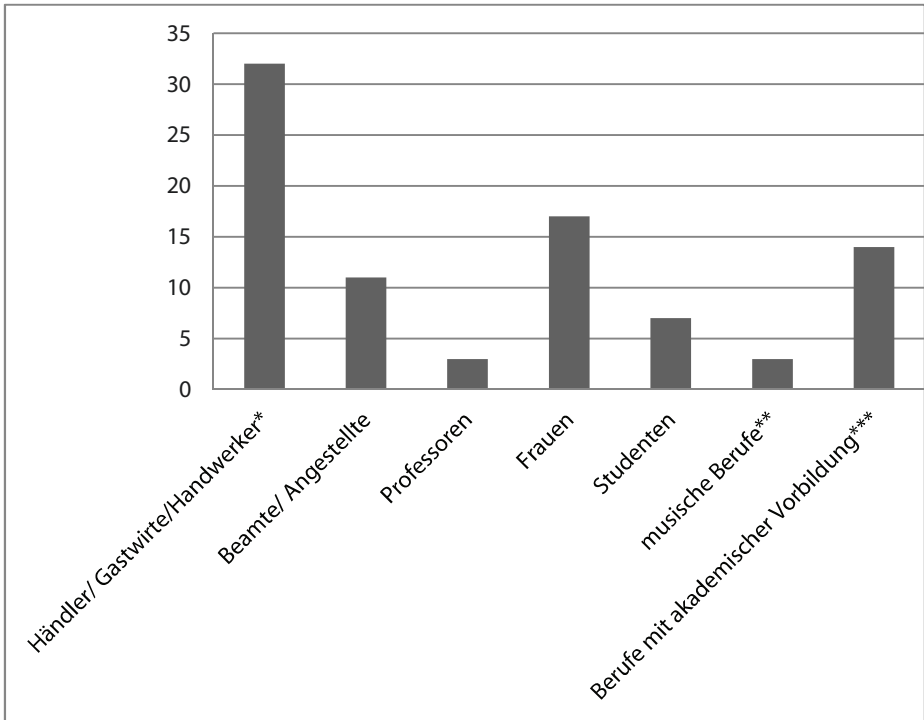
Die sozialräumliche Ausbreitung der NSDAP in Jena geschah laut Stadthistoriker Rüdiger Stutz in Form „wellenartiger“ Zugewinne. Diese lassen sich an den Wahlergebnissen der NSDAP in den verschiedenen Stadtteilen rekonstruieren: Ausgehend vom Stadtkern, in dem ein großer Anteil von etwa 21 Prozent Dienstleistende sowie Händlerinnen und Händler wohnte, erfolgte die Verbreitung in die westvorstädtischen Stimmbezirke, die einen signifikant hohen Anteil von Rentnern und Rentnerinnen, Witwen (23,5 Prozent) und Beamten (19,1 Prozent) aufwiesen. Auch der Stadtrand war betroffen: Dort wohnten etwa 16 Prozent unselbstständige Handwerker und 29,7 Prozent Arbeiterinnen und Arbeiter, davon waren jedoch die wenigsten bei den großen Industriebetrieben angestellt. Diese Saison- und Gelegenheitskräfte waren

von der Wirtschaftskrise weitaus stärker betroffen als die Zeiss-Arbeiterschaft.¹⁴⁵ Die Krise bedeutete zugleich einen Wendepunkt in der Ortsgruppenarbeit. Die Nationalsozialistinnen und Nationalsozialisten versuchten sich in dieser Zeit im Aufbau eines sozialen Netzwerks. Es etablierten sich Kindergruppen, Hitlerjugend, Versuche einer Betriebszellenorganisation, Suppenküchen und sogar eine SA-Kapelle.¹⁴⁶ Das geschaffene Netzwerk schien innerhalb seiner Bezugsräume zu funktionieren und wurde in dieser Form offenbar von der bürgerlichen Mehrheitsbevölkerung akzeptiert bzw. geduldet. Aus ihrer ideologischen Zugehörigkeit machten Jenaer Gewerbetreibende keinen Hehl: Im „Nationalsozialist“ druckten sie ab 1932 mehrfach Listen von NSDAP-treuen Gastwirtschaften, Handwerkern und Geschäften. Dies betraf 19 Handelsgeschäfte, zehn Handwerksunternehmen und fünf Gastwirtschaften bzw. Hotels.¹⁴⁷ Die Wirtschaftskrise wirkte sich hier besonders stark aus, da die Umsatzeinbrüche bei Zeiss – zwischen 1930/31 und 1932 betrugen sie etwa 28,6 Prozent – und Schott eine Verschlechterung der Kaufkraft in der Bevölkerung bewirkten.¹⁴⁸ Jene Praxis eines „sozialen Auffangnetzes“, die sozialdemokratische und kommunistische Organisationen ihren Mitgliedern zumindest in den Industriehochburgen boten, fand sich nun auch bei den Nationalsozialistinnen und Nationalsozialisten. Dort, wo sich die Menschen in bereits festen sozialen Strukturen bewegten, waren sie kaum empfänglich für die Werbung der NSDAP. Gefährlich wurde es, wenn diese Netzwerke nicht funktionierten oder gänzlich fehlten.¹⁴⁹ Dies betraf vor allem

die ländlichen Gebiete im Thüringer Wald (Industriedörfer) ohne traditionelle Industriearbeiterklientel.¹⁵⁰ In Jena erzielte die NSDAP kaum Rekrutierungserfolge bei der organisierten Arbeiterschaft. Die Stimmanteile der linken Wählerinnen und Wähler blieb bis März 1933 auf einem recht stabilen hohen Niveau und konnten zur Reichstagswahl im November 1932 sogar an frühere Ergebnisse anknüpfen. Dies deckt sich mit dem Ausgang der Jenaer Stadtratswahlen, hier brachen die Stimmen vor allem im Lager der „Bürgerlichen“ ein. Bei den Zahlen für Thüringen zeigt sich eine kontinuierliche Abfalltendenz der linken Wählerstimmen. Das demokratisch-republikanische Umfeld konnte hingegen, wie die Arbeiterparteien, ihre Wählerklientel in Jena fest an sich binden.

Abbildungen und Tabellen

Abbildung 1: Sozialstruktur der Ortsgruppen im Stadtkreis Jena im März 1932¹⁵¹



- abgeleitet aus einer Liste der NS-OG Jena zum Aufstellen der Wahlvorsteher und Stellvertreter an den Stadtvorstand zur Reichspräsidentenwahl¹⁵²

- sonstige Berufe bzw. keine Angabe der Berufsgruppe = 26 Personen

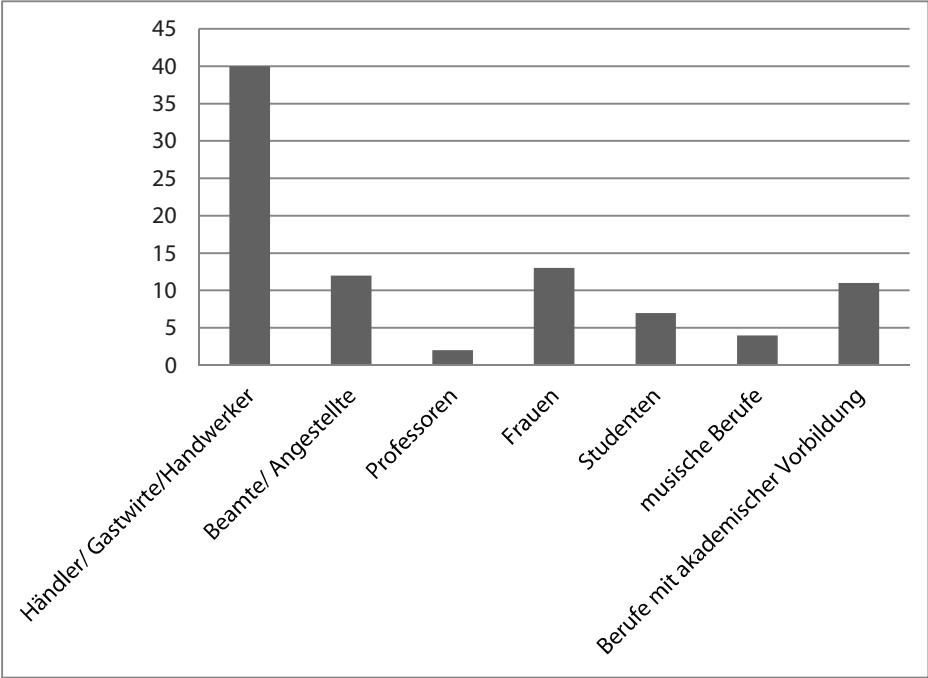
Gesamtanzahl der Personen = 115

* ein Molkerei- und ein Wäschereibesitzer, ein Fabrikant, die Übrigen sind Kleingewerbetreibende und Handwerker

** Bildhauer, Kunstmaler, Kammersänger

*** u.a. zwei Ärzte, ein Oberarzt, ein Apotheker, zwei Rechtsanwälte, ein Ingenieur, ein Lehrer, ein Studienrat

Abbildung 2: Sozialstruktur der Ortsgruppen im Stadtkreis Jena im Juli 1932



- abgeleitet aus einer Liste der NS-OG Jena zum Aufstellen der Wahlvorsteher und Stellvertreter an den Stadtvorstand zur Reichspräsidentenwahl¹⁵³

- sonstige Berufe bzw. keine Angabe der Berufsgruppe = 36 Personen, Gesamtanzahl der Personen = 125

Abbildung 3: Anzahl der nationalsozialistischen Veranstaltungen¹⁵⁴

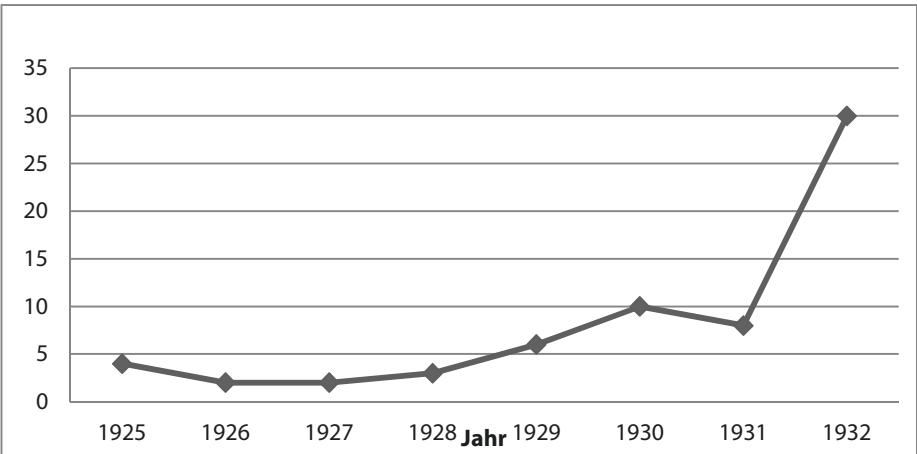


Abbildung 4: Anzahl der nationalsozialistischen Veranstaltungen pro Quartal 1932/33

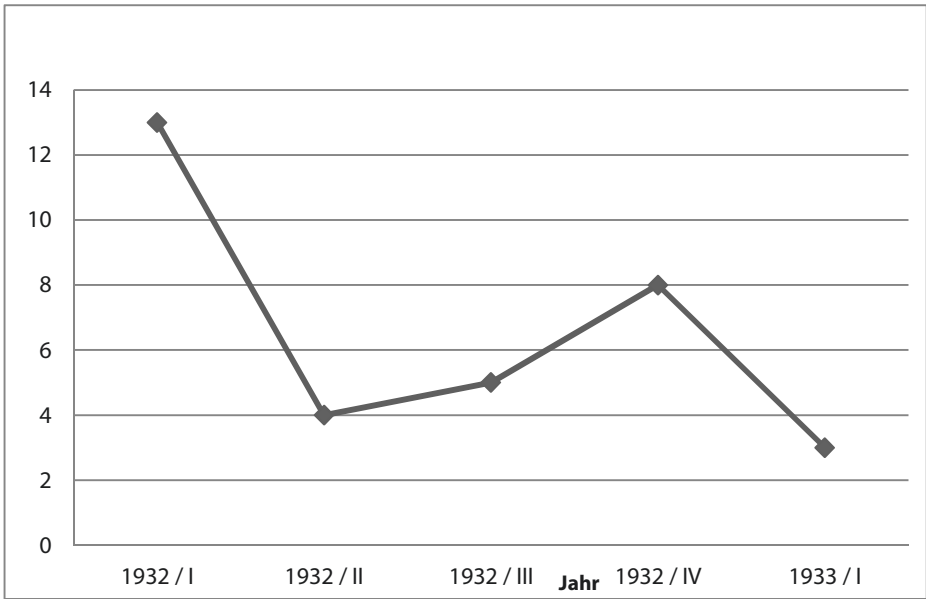


Abbildung 5: Orte der Parteiveranstaltungen in Jena pro Quartal 1932/33

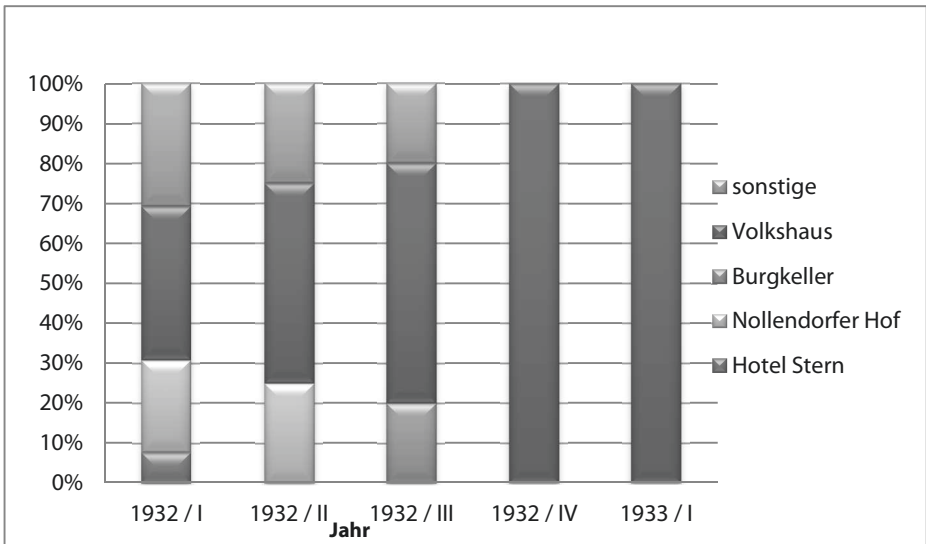


Tabelle 1: Landtags- und Reichstagswahlen – Stimmen der SPD und KPD im Stadtkreis Jena und Gesamtthüringen im Vergleich¹⁵⁵

Wahlergebnisse in Prozent (SPD = VSDP / USPD)	SPD (Jena)	KPD (Jena)	gesamt* (Jena)	SPD (Thür.)	KPD (Thür.)	gesamt* (Thür.)
II. Landtag (Sept. 1921)	33,3 / 4,0	13,7	51	22,8 / 16,4	10,9	50,1
III. Landtag (Febr. 1924)	28,7 / 3,1	15,1	46,2	23,1 / 0,8	18,4	42,3
IV. Landtag (Jan. 1927)	31,6	16,6	48,2	31,6	14,1	45,7
V. Landtag (Dez. 1929)	32,4	12,2	44,6	32,3	10,7	43
Reichstagswahl (Sept. 1930)	36,2	15,0	51,2	31,1	15,2	46,3
Reichstagswahl (Juli 1932)	28,8	17,7	46,5	23,9	16,5	40,4
VI. Landtag (Juli 1932)	29,5	17,8	47,3	24,3	16,1	40,4
Reichstagswahl (Nov. 1932)	27,4	21,2	48,6	23,1	19,6	42,7
Reichstagswahl (März 1933)	25,9	18,3	44,2	20,6	15,3	35,9

* Stimmen der KPD und SPD zusammengerechnet

Tabelle 2: Landtags- und Reichstagswahlen – Stimmen u.a. der konservativen DNVP und rechtsradikalen NSDAP im Stadtkreis Jena und Gesamtthüringen im Vergleich¹⁵⁶

Wahlergebnisse in Prozent	Jena	Thüringen
III. Landtag (Febr. 1924)	8,6 (VVL)*	9,3 (VVL)*
IV. Landtag (Jan. 1927)	2,6 (NSDAP) / 1,0 (DVFB)**	3,4 (NSDAP) / 1,1 (DVFB)
V. Landtag (Dez. 1929)	8,5 (NSDAP) / 7,0 (DNVP)	11,3 (NSDAP) / 4,0 (DNVP)
Reichstagswahl (Sept. 1930)	12,2 (NSDAP) / 3,7 (DNVP)	19,5 (NSDAP) / 3,2 (DNVP)
Reichstagswahl (Juli 1932)	31,5 (NSDAP) / 6,6 (DNVP)	43,9 (NSDAP) / 4,0 (DNVP)
VI. Landtag (Juli 1932)	30,7 (NSDAP) / 5,8 (DNVP)	42,5 (NSDAP) / 1,4 (DNVP)
Reichstagswahl (Nov. 1932)	24,0 (NSDAP) / 10,4 (DNVP)	37,8 (NSDAP) / 6,1 (DNVP)
Reichstagswahl (März 1933)	33,4 (NSDAP) / 10,0 (KFSWR)***	47,6 (NSDAP) / 5,2 (KFSWR)

* Stimmen der Vereinigten Völkischen Liste

** Stimmen für die Deutschvölkische Freiheitsbewegung

*** Kampffront Schwarz-Weiß-Rot

Tabelle 3: Die Ergebnisse der Jenaer Stadtratswahlen¹⁵⁷

Stadtrats -sitze / Stimmen	Bürger- liche	SPD	KPD	DDP/ Z*/ DSP**	NSDAP	DNVP	gesamt***
Stadtrats -wahl (Febr. 1925)	14 10280	10 6872	6 4370	5 3159	-	-	24974
Stadtrats -wahl (Dez. 1928)	14 9864	11 8171	5 3657	4 3181	1 731	-	25604
Stadtrats -wahl (Dez. 1932)	5 3508	9 7478	8 6368	3 2838	8 6475	2 1893	29417

* 1928 = „Demokraten“

** DSP = ab 1930 Deutsche Staatspartei

*** Der Bevölkerungszuwachs von 1925 (52312) bis 1930 (59139) betrug etwa 15%.¹⁵⁸

Tabelle 4: Stimmen für die Reichspräsidentenwahl 1932 im Stadtkreis Jena

Abstimmungsergebnisse der Reichspräsidentenwahl am 13. März 1932 im Stadtkreis Jena ¹⁵⁹		Abstimmungsergebnisse des zweiten Wahlganges der Reichspräsidentenwahl vom 10. April 1932 im Stadtkreis Jena ¹⁶⁰	
Kandidat	Stimmen	Kandidat	Stimmen
Theodor Duesterberg	2518	Paul von Hindenburg	22021
Paul von Hindenburg	20893	Adolf Hitler	9135
Adolf Hitler	6927	Ernst Thälmann	4685
Ernst Thälmann	6454		
Gustav Adolf Winter	27		
Wahlbeteiligung: 88,1 Prozent (36.822 gültige Stimmen)		Wahlbeteiligung: 86,8 Prozent (36.5841 gültige Stimmen)	

Schlussbetrachtung: Die schleichende Legitimation der NS-Ideologie

Die in diesem Beitrag beschriebenen sozialen, politischen und kulturellen Trägerschichten vereinte ein Unbehagen an der Moderne, in dessen antidemokratischer Tradition noch heute das Denken der sogenannten „Neuen Rechten“ steht.¹⁶¹ Das Unbehagen entsprang einem durch die Wirtschaftskrise beschleunigten Transformationsprozess traditioneller Wirtschafts- und Lebensformen vor allem des Handwerks und des Kleinunternehmertums. Es wundert daher kaum, dass ausgerechnet diese sozialen Trägergruppen auch in Jena eine überdurchschnittlich hohe Affinität zur NS-Bewegung entwickelten. Diese Affinität entsprang einer Sehnsucht nach Reduktion von Komplexität. Statt in einer modernen und komplexen Gesellschaft Entscheidungen unter Unsicherheit treffen zu müssen, lag der Griff nach einfachen Lösungsangeboten näher: So bieten:

„völkische und rassische Wahnvorstellungen [...] sehr reale, wenn auch sehr zerstörerische Auswege, den schier unübersehbaren Komplikationen und der fast unerträglichen Bürde einer allseitigen Verantwortlichkeit zu entgehen.“¹⁶²

Der völkische Nationalismus negierte als Weltanschauung den modernen Universalismus und damit das Ideal von der grundsätzlichen Gleichheit aller Menschen. In ihrer Reduktion auf das Volk als Schicksalsgemeinschaft wurde die Welt unter Ausblendung universalistischer Werte vermeintlich berechenbarer.

Zudem trug die akademische Überfüllung und der verlorene Weltkrieg auch in bildungsbürgerlichen Schichten dazu bei, sich als Opfer eines anonymen Weltsystems zu empfinden. Rettung versprach die Ideologie der „Volksgemeinschaft“. Die Imagination einer völkischen Gemeinschaft löste die drängenden gesellschaftlichen Probleme weitgehend unbewältigt in nationaler Symbolpolitik auf. An die Stelle der Glücksversprechen einer bürgerlichen Gesellschaft konnte somit der Aufruf zur totalen Hingabe für ein Volkskollektiv treten. Verbliebene Widersprüche und Spannungen entluden sich gegen den ideellen Gesamtvollsfeind: „den Juden“. Der Soziologe Norbert Elias fand hierfür treffende Worte:

„Entsprechend der elementaren Polarisierung der Gefühle stellte [das nationalsozialistische Programm] den absoluten Freunden die absoluten Feinde gegenüber, die man frei und bedingungslos hassen konnte [...].“¹⁶³

Somit bot vor allem der strukturelle Antisemitismus als Welterklärungsmodell, welches die Jüdinnen und Juden als heimliche Verursacher der negativen Begleiterscheinungen der Moderne identifiziert, eine ideale Schnittmenge zwischen den heterogenen völkischen Weltanschauungen und der NS-Ideologie.

Den Erfolg in Jena verdankte die NSDAP-Ortsgruppe einer „Selbstanpassung“ (Stutz)¹⁶⁴ an die örtliche Kultur, flankiert durch die parlamentarischen Erfolge auf Landesebene. Dies bewirkte eine schrittweise Legitimation der NSDAP und deren antisemitischer Ideologie zunächst bei innerstädtischen (Klein-)Gewerbetreibenden, später in den höheren Dienstklassen der Beamtenschaft

und, im Zuge des sozioökonomischen Einflussverlusts der Carl-Zeiss-Stiftung im Sommer 1933, auch bei der Facharbeiterschaft der Stadt. Nationalsozialistische Denkmuster dockten, durch die wirtschaftliche und gesellschaftliche Krise verstärkt, an kulturell tradierte mentale Dispositionen an: Kriegsschuldabwehr – gesteigerter Nationalismus, Autoritätshörigkeit – Demokratiefeindlichkeit, Denken in einfachen Kapitalzirkulationen – Antisemitismus als negatives Bezugsgruppenphänomen. Diese Einstellungen entsprachen zugleich den immer wiederkehrenden Elementen völkischer Weltanschauung, wie sie in den sozialen Bezugsräumen vaterländischer Gesinnung, also in Vereinen und Verbänden, anzutreffen waren. Die Jenaer Ortsgruppe der NSDAP transformierte und radikalisierte dieses Denken durch eine milieuspezifische Propaganda in Form von differenzierten Parteiveranstaltungen und dem Angebot eines lokalen sozialen Netzwerkes. Das könnte einen schrittweisen Abbau von Berührungsängsten bürgerlich-konservativer Kreise zur Folge gehabt haben. Das Verhalten einer rechtsoffenen Polizei, die sich wandelnde Innen- und Bildungspolitik (Installation nationalsozialistischer Beamter in der Exekutive und Begünstigung von dem Nationalsozialismus nahestehenden Akademikerinnen und Akademikern) sowie das Versagen demokratischer Kräfte zur Bekämpfung der NS-Bewegung beschleunigten diesen regressiven Prozess, welcher in einem völligen Bruch mit den zivilisatorischen Normen moderner Vergesellschaftung enden sollte.

Abkürzungsverzeichnis

AStA – Allgemeiner Studentenausschuss
 DDP – Deutsche Demokratische Partei
 DNVP – Deutschnationale Volkspartei
 DSP – Deutsche Staatspartei
 DVFB – Deutschvölkische Freiheitsbewegung
 DVP – Deutsche Volkspartei
 Jungo – Jungdeutscher Orden
 KFSWR – Kampffront Schwarz-Weiß-Rot
 KPD – Kommunistische Partei Deutschlands
 NSDAP – Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
 NSDStB – Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund
 SPD – Sozialdemokratische Partei Deutschlands
 TOB – Thüringer Ordnungsbund
 VVL – Vereinigte Völkische Liste

Abkürzungen der Archive

StAJ – Stadtarchiv Jena
 ThHStA – Thüringer Hauptstaatsarchiv Weimar
 UAJ – Universitätsarchiv Jena

¹ Dickmann, Fritz: Die Regierungsbildung in Thüringen als Modell der Machtergreifung. Ein Brief Hitlers aus dem Jahre 1930, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 4 (1966), S. 461.

² Ebd., S. 462ff. Anm.: Der Begriff „Young-Plan“ bezieht sich auf eine in Paris 1929 vereinbarte Regelung deutscher Reparationen. Er sah Geldzahlungen in Form von Devisen bis zum Jahr 1988 vor, wurde jedoch bereits im Juli 1932 von der Konferenz von Lausanne aufgehoben.

³ Knickerbocker, Hubert Renfro: Deutschland so oder so? Berlin 1932, S. 46.

⁴ Vgl. John, Jürgen / Flitner, Andreas: Das „Jenaer Modell“. Ernst Abbes Kulturpolitik, in: Alma mater Jenensis 4 (1992), S. 6.

⁵ Vgl. Knickerbocker 1932, S. 55.

⁶ Ebd., S. 57.

⁷ Ulbricht, Justus H.: Kulturrevolution von rechts, in: Gunter Mai (Hg.): Thüringen im Nationalsozialismus, Weimar 1995, S. 30.

⁸ Vgl. Peukert, Detlev J. K.: Rechtsradikalismus in historischer Perspektive, in: Detlev J. K. Peukert/ Frank Bajohr (Hg.): Rechtsradikalismus in Deutschland. Zwei historische Beiträge, Hamburg 1990, S. 13–23. Anm.: Hier findet sich auch eine begriffliche Unterscheidung zwischen Konservatismus und Rechtsradikalismus.

⁹ Vgl. Puschner, Uwe: Weltanschauung und Religion – Religion und Weltanschauung. Ideologie und Form völkischer Religion, in: Zeitenblicke 5 (2006), Abs. 7. Anm.: Der Begriff „Rassereligion“ beschreibt die biologistische Verbindung aus „Blut und Glauben“. Demnach kann nur deutsch fühlen und sittlich handeln, der deutschen Blutes ist.

¹⁰ Vgl. Ulbricht 1995, S. 32–37; Hoßfeld, Uwe/ John, Jürgen/ Lemuth, Oliver u.a.: „Kämpferische Wissenschaft“. Zum Profilwandel der Jenaer Universität im Nationalsozialismus, in: Dies. u.a. (Hg.): „Im Dienst an Volk und Vaterland“. Jenaer Universität in der NS-Zeit, Köln 2005, S. 35. Anm.: Zu nennen seien weiterhin die Bewegung der Artamanen, die mittels Artamanen-Lehrgängen in Bad Berka gestützt wurde, der Verlag und die Buchhandlung „Urquell“ und zahlreiche vaterländische Vereine und Gesellschaften, deren größter der „Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund“ 1922 zeitweilig als Auffangbecken für die zu dieser Zeit verbotene NSDAP galt. Zum Begriff der „Pseudoreligion“ vgl. Arendt, Hannah: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, Frankfurt a. M. 1958, S. 353.

¹¹ Jenaische Zeitung Nr. 15, 23. Januar 1930, S. 5.

¹² Anm.: Zur Verbindung eines völkisch-oppositionellen Nationalismus mit modernem Antisemitismus vgl. Arendt 1958, S. 346f.

¹³ Anm.: Noch einmal sei vor dem Trugschluss einer monokausalen Erklärung zwischen

Antisemitismus als kognitiver Disposition und Antisemitismus als Antriebsfaktor zum Judenmord gewarnt. Dies würde zu der trivialen These Goldhagens führen – jüdische Menschen seien vernichtet worden, weil das kognitive Setting der Deutschen eine Vernichtung intendierte. Konstruktive Beiträge zum Verständnis der Goldhagen-Kontroverse finden sich u. a. bei Wehler, Hans-Ulrich: Wie ein Stachel im Fleisch, in: Julius H. Schoeps (Hg.): Ein Volk von Mördern? Die Dokumentation zur Goldhagen-Kontroverse um die Rolle der Deutschen im Holocaust, Hamburg ²1996, S.193–209; Haury, Thomas: Goldhagen gegen rechts verteidigen und von links kritisieren. Die deutsche Linke in der Goldhagen-Debatte, in: Johannes Heil/ Reiner Erb: Geschichtswissenschaft und Öffentlichkeit. Der Streit um Daniel J. Goldhagen, Frankfurt a. M. 1998, S. 235–258.

¹⁴ Vgl. Salzborn, Samuel: Antisemitismus als negative Leitidee der Moderne. Sozialwissenschaftliche Theorien im Vergleich, Frankfurt a. M. 2010, S. 18.

¹⁵ Vgl. Gräfe, Thomas: Antisemitismus in Deutschland 1815–1918, Norderstedt ²2010, S. 113; Mohr, Hubert: Remarks on ‚The Jew‘ as a social Myth and some theoretical Reflections on Anti-Semitism, in: Hubert Cancik/ Uwe Puschner (Hg.): Antisemitismus, Paganismus, Völkische Religion, München 2004, S. 3.

¹⁶ Zum allgemeinen Überblick vgl. Jung, Martin H.: Christen und Juden. Die Geschichte ihrer Beziehungen. Ein Forschungsbericht, in: Aschkenas. Zeitschrift für Geschichte und Kultur der Juden 2 (2006), S.367–405; vgl. Friedrich, Martin: Vom christlichen Antijudaismus zum modernen Antisemitismus. Die Auseinandersetzung um Assimilation, Emanzipation und Mission der Juden um die Wende zum 19. Jahrhundert, in: ZKG 3 (1991), S.319–347. Zu den weltlichen und religiösen Rechtsverhältnissen der Juden im Mittelalter vgl. Battenberg, Friedrich: Des Kaisers Kammerknechte. Gedanken zur rechtlich-sozialen Situation der Juden in Spätmittelalter und Früher Neuzeit, in: HZ 245 (1987), S.545–599; Cohen, Mark R.: Under Crescent and Cross. The Jews in the Middle Ages, Princeton 1994.

¹⁷ Vgl. u.a. Ben-Itto, Hadassa: „Die Protokolle der

Weisen von Zion“. Anatomie einer Fälschung, Berlin 1998. Anm.: Als aktuelles Beispiel ist die islamistische Hamas zu nennen, die sich in ihrer Charta von 1988 auf die Protokolle beruft.

¹⁸ Anm.: Zwischen bewusster Ideologie und vorbewusster Mentalität bestehen qualitative Unterschiede, wenngleich beide Phänomene wechselseitige Bezüge aufweisen. Dem Bild einer anthropologischen Konstante und damit von einer keine Epochengrenzen kennenden weiten Begrifflichkeit des Antisemitismus wird hier nicht entsprochen! Es scheint jedoch durchaus möglich, dass Elemente eines vormodernen Judenhasses parallel zu modernen Formen weiter existierten.

¹⁹ Vgl. Hoffmann, Christhard: Christlicher Antijudaismus und moderner Antisemitismus. Zusammenhänge und Differenzen als Problem der historischen Antisemitismusforschung, in: Siegele-Wenschkewitz (Hg.): Christlicher Antijudaismus und Antisemitismus, Frankfurt a. M. 1994, S. 293–317. Anm.: Hoffmann vertritt eine „Entlehnungsthese“, welche die Elemente des modernen Antisemitismus als säkularisierte Formen des Antijudaismus betrachtet.

²⁰ Vgl. Greive, Hermann: Zur multikausalen Bedingtheit des modernen Antisemitismus, in: Judaica 40 (1984), S. 133–144. Anm.: Greive, in der Tradition der Annale-Schule stehend, vertritt hier eine „Kontinuitätsthese“.

²¹ Vgl. Maccoby, Hyam: Antisemitism and Modernity. Innovation and continuity, New York 2006, S. 52f.

²² Benz, Wolfgang: Was ist Antisemitismus, München 2004, S. 234.

²³ Arendt 1958, S. 365.

²⁴ Vgl. Welzer, Harald: Männer der Praxis. Zur Soziologie des Verwaltungsmassenmordes, in: Ders. (Hg.): NS und Moderne, Frankfurt a. M. 1993, S. 105–127. Anm.: Das von Jeffrey Herf entwickelte Modell einer „reaktionären Moderne“ als einflussreicher Teil deutscher Nationalidentität beschreibt ein Paradox zwischen kultureller Irrationalität bei gleichzeitiger Nutzung moderner Technologien. Zwischen „Kultur und Technik“ (Blut, Gefühl, Gemeinschaft, Produktivität) einerseits bestand ein grundlegender

Antagonismus zu den als amerikanisch oder bolschewistisch interpretierten Denkfiguren auf Grundlage von „Zivilisation und Wirtschaft“ (Geld, Verstand, Gesellschaft, Finanzkapital). Auf diese Weise wird jedoch der Antisemitismus gerade nicht als Resultat rationalen Denkens begriffen, sondern als Teil einer irrationalen Nationalkultur. (Vgl. Herf, Jeffrey: Reactionary modernism: technology, culture, and politics in Weimar and the Third Reich, Cambridge 1996, S.226).

²⁵ Vgl. Gräfe ²2010, S. 19; vgl. Best, Renate: Nationalismus und Antisemitismus in Deutschland. Annäherung von zwei Disziplinen in der Historiographie, in: Hubert Cancik/ Uwe Puschner (Hg.): Antisemitismus, Paganismus, Völkische Religion, München 2004, 2004, S. 91.

²⁶ Vgl. Best 2004, S. 84.

²⁷ Jeismann, Michael: Der letzte Feind. Die Nation, die Juden und der negative Universalismus, in: Ders./ Peter Alter/ Claus-Ekkehard Bärsch (Hg.): Die Konstruktion der Nation gegen die Juden, München 1999, S. 179.

²⁸ Bergmann, Werner: Völkischer Antisemitismus, in: Uwe Puschner/ Walter Schmitz/ Justus H. Ulbricht (Hg.): Handbuch zur „Völkischen Bewegung“ 1871–1918, München 1996, S. 454.

²⁹ Nipperdey, Thomas/ Rürup, Reinhard: Art. Antisemitismus, in: Otto Brunner/ Werner Conze/ Reinhart Koselleck (Hg.): Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Stuttgart ⁴1972, S. 149.

³⁰ Vgl. Ziege, Eva-Maria: Mythische Kohärenz. Diskursanalyse des völkischen Antisemitismus, Konstanz 2002, S. 38.

³¹ Vgl. Friedländer, Saul: Die Jahre der Vernichtung. Das Dritte Reich und die Juden 1939–1945, München 2006, S. 16–19.

³² Vgl. Holz, Klaus: Nationaler Antisemitismus. Wissenssoziologie einer Weltanschauung, Hamburg 2001; vgl. Gräfe ²2010, S. 97f.

³³ Vgl. Ziege 2002, S. 29.

³⁴ Vgl. Brumlik, Micha: Antisemitismus. Die rassistische Form des Judenhasses, in: Claus Melter/ Paul Miecheril (Hg.): Rassismuskritik Bd. 1. Rassismustheorie und -forschung,

Schwalbach ²2011, S. 102.

³⁵ Vgl. Berding, Helmut: *Moderner Antisemitismus in Deutschland*, Frankfurt a. M. 1988, S. 86–151.

³⁶ Brumlik ²2011, S. 103.

³⁷ Vgl. Bergmann 1996, S. 456.

³⁸ Breuer, Stefan: *Die Völkischen in Deutschland*, Darmstadt 2008, S. 144.

³⁹ Vgl. Ulbricht 1995, S. 34, 47f.

⁴⁰ Bergmann 1996, S. 459.

⁴¹ Vgl. Breuer 2008, S. 183ff., 236ff.

⁴² Vgl. Tracey, Donald: *Der Aufstieg der NSDAP bis 1930*, in: Mai (Hg.) 1995, S. 53. Anm.: Wie Rassloff kommentiert, übten die bürgerlichen Parteien bei der antisemitischen Polemik der radikalen Rechten im Landtag „häufig vornehme Zurückhaltung“. Lediglich die DDP und SPD schienen sich am Antisemitismus explizit zu stören. (Vgl. Raßloff, Steffen: *Antisemitismus auf parlamentarischer Bühne. Die „jüdische Frage“ im Thüringer Landtag 1920–1933*, in: Harald Mittelsdorf (Hg.): *Zwischen Mitgestaltung und Ausgrenzung. Jüdische Abgeordnete und jüdisches Leben als Thema in Thüringer Parlamenten (= Schriften zur Geschichte des Parlamentarismus in Thüringen 26)*, 2007, S. 377f).

⁴³ Vgl. Raßloff 2007, S. 361ff.

⁴⁴ Ebd., S. 362f; 358.

⁴⁵ Vgl. Haury, Thomas: *Antisemitismus von links. Kommunistische Ideologie, Nationalismus und Antizionismus in der frühen DDR*, Hamburg 2002, S. 253–292.

⁴⁶ Benz 2004, S. 10.

⁴⁷ Vgl. Ulbricht 1995, S. 47.

⁴⁸ Hoßfeld/ John/ Lemuth 2005, S. 29. Anm.: Die Bezeichnung „Ordinariusuniversität“ bezieht sich auf die deutsche Hochschultradition, die sich von der Struktur anglo-amerikanischer Universitäten deutlich unterscheidet. Unter „Ordinarius“ ist der Lehrstuhlinhaber zu verstehen, welcher vor der Reorganisation der deutschen Hochschulen nach 1945 hohe Machtbefugnisse besaß. Im Zuge der Hochschulreform und unter dem öffentlichen Druck der 68er kam es zu einer Reduzierung der Machtfülle von Lehrstuhlinhabern bzw. zur Installation transparenterer und

demokratischerer Strukturen. (Vgl. Rüegg, Walter: *Themen, Probleme, Erkenntnisse*, in: Ders. (Hg.): *Geschichte der Universität in Europa Bd. 4. Vom Zweiten Weltkrieg bis zum Ende des 20. Jahrhunderts*, München 2010, S.21–46).

⁴⁹ UAJ, BA 954, Bl. 1.

⁵⁰ Vgl. Blanke, Hermann-Josef (Hg.): *Deutsche Verfassungen*, Paderborn 2003, S. 37–42, S. 247–276.

⁵¹ Vgl. Walter Boehlich (Hg.): *Der Berliner Antisemitismusstreit*, Frankfurt a. M. 1965.

⁵² Vgl. Hoßfeld/ John/ Lemuth 2005, S. 43. Anm.: Zudem bestand eine deutliche Differenz in den nationalen Zielsetzungen beider politischer Strömungen. (Vgl. Peukert 1990, S. 14.)

⁵³ Vgl. Alma Mater Jenensis 1983, S. 286; vgl. Stutz 1995, S. 138.

⁵⁴ *Völkischer Beobachter*, 29.7.1932.

⁵⁵ Vgl. StAJ, D I k 2, Bl. 31ff.

⁵⁶ Vgl. StAJ, D I k 4, unpaginiert; vgl. Stutz 1995, S. 132; Schulz, Eberhart: *rote Fahne – braune Hemden. Arbeiterbewegung und Faschismus in Jena 1929 bis 1933*, S. 56.

⁵⁷ Vgl. *Das Volk*, 25. November 1932. Titel: Stadtratswahl 1932. Anm.: Zu den Personen Spiethoff und Franzen vgl. Zimmermann, Susanne: *Die Medizinische Fakultät der Universität Jena während der Zeit des Nationalsozialismus (= Monographien zur Geschichte der Biowissenschaften und Medizin Bd. 2)*, Berlin 2000, S. 65–67.

⁵⁸ Koch, Herbert: *Geschichte der Stadt Jena*, unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1966, Jena 1996, S. 351.

⁵⁹ *Der Deutsche Aar*, 15. März 1924, Beilage Bl.1.

⁶⁰ Ebd.

⁶¹ UAJ, BA 951, Bl. 4v. Anm.: Zur Selbstzuschreibung des „Alldeutschtums und Antisemitismus“ Plates siehe UAJ, BA 951 Bl. 3v; Hoßfeld/ John/ Lemuth 2005, S. 36.

⁶² UAJ, BA 951, Bl. 2r.

⁶³ UAJ, BA 951, Bl. 15v.

⁶⁴ UAJ, BA 951, Bl. 2r, 2v.

⁶⁵ UAJ, BA 951, Bl. 4v.

⁶⁶ UAJ, BA 950, Bl. 1r–3r.

⁶⁷ Vgl. Renner, Renate/ Zimmermann, Susanne: *Der Jenaer Kinderarzt Jussuf Ibrahim und die*

Tötung behinderter Kinder während des Nationalsozialismus, in: Uwe Hoßfeld/ Jürgen John/ Oliver Lemuth u.a. (Hg.): „Kämpferische Wissenschaft“. Studien zur Universität Jena im Nationalsozialismus, Köln 2003, S. 437–451.

⁶⁸ UAJ, BA 951, Bl. 28v.

⁶⁹ Vgl. Koch 1966, S. 345; vgl. Schulz, Eberhart: Verfolgung und Vernichtung. Rassenwahn und Antisemitismus in Jena 1933 bis 1945, S. 15.

⁷⁰ Vgl. John, Jürgen/ Stutz, Rüdiger: Die Jenaer Universität 1918–1945, in: Senatskommission zur Aufarbeitung der Jenaer Universitätsgeschichte im 20. Jahrhundert (Hg.): Traditionen – Brüche – Wandlungen. Die Universität Jena 1850–1995, Weimar 2009, S. 355f.

⁷¹ UAJ, BA 967, Bl. 9.

⁷² Koch schreibt von einem Selbstmord Schaxels (vgl. Koch 1966, S. 347). Neueste Erkenntnisse lassen diese Darstellung fragwürdig erscheinen. Vieles spricht dafür, dass er ein Opfer der stalinistischen „Säuberung“ wurde.

⁷³ John/ Stutz 2009, S. 343.

⁷⁴ Vgl. u.a. Jenaer Volksblatt 28.07.1923; vgl. Jenaische Zeitung 4.12.1923; vgl. Das Volk 11.12.1923.

⁷⁵ John/ Stutz 2009, S. 341.

⁷⁶ UAJ, BA 951, Bl. 3r.

⁷⁷ Vgl. Rassloff 2007, S. 370; vgl. John/ Stutz 2009, S. 358.

⁷⁸ Vgl. Hartwig, Edgar: Art. Alld deutscher Verband, in: Dieter Fricke (Hg.): Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland Bd. 1, Leipzig 1983, S. 35; vgl. Arendt 1958, S. 362.

⁷⁹ Vgl. Stutz 1995, S.138.

⁸⁰ Vgl. Der Nationalsozialist, Folge 17, vierte April-Folge 1930. Titel: „Ein deutsches Schulgebet in den Thüringer Schulen“.

⁸¹ Der Nationalsozialist, Folge 16, dritte April-Folge 1930. Titel: „Eine Bekanntmachung Dr. Fricks in Thüringen. Kampf der Negerkultur!“

⁸² Der Nationalsozialist, Folge 26, achte Mai-Folge 1930. Titel: „Universität Jena gegen Dr. Günther“

⁸³ Ebd.

⁸⁴ Der Nationalsozialist, Folge 22, fünfte Mai-

Folge 1930. Titel: „Dr. Günther nach Jena berufen!“

⁸⁵ Ebd.

⁸⁶ Vgl. Welzer, Harald: Täter. Wie aus ganz normalen Menschen Massenmörder werden, Frankfurt a. M. 2005, S.63.

⁸⁷ John/ Stutz 2009, S.407.

⁸⁸ Hoßfeld/ John/ Lemuth u.a. 2005, S.31.

⁸⁹ John/ Stutz 2009, S.407.

⁹⁰ Vgl. Fincke, Erich (Hg.): Jenaer Studentenhandbuch. Führer für die Studierenden der Universität Jena 1932/33, Jena 1932, S.152; vgl. Erich Pohl/ Erich Daniel/ Georg Kalauch (Hg.): Jenaer Universitätskalender, Jena 1929, S.138f.

⁹¹ Vgl. Thüringische Landesuniversität (Hg.): Personalverzeichnis für das Winterhalbjahr 1925, Jena 1925, S.59.

⁹² StAJ, D I b 9, Bl.84.

⁹³ StAJ, D I b 9, Bl.80.

⁹⁴ StAJ, D I b 9, Bl.81.

⁹⁵ Ebd.

⁹⁶ ThHStA, Mdl Abt. P 161, Bl.40. Anm.: Im Bericht wird Stein nicht als Vorsitzender des „Völkischen Turnvereins“, sondern einer Ortsgruppe der Organisation „Frontbann“ geführt. Es ist jedoch eine Identität beider Vereinigungen anzunehmen. Evtl. zeigt sich hier eine Ablehnung des NSDAP Gauleiters Artur Dinters innerhalb der 1925 gespaltenen NS-Ortsgruppe. Der „Frontbann“ stand 1925 unter Leitung des Rittmeisters von Helldorff, dieser gehörte der Deutschvölkischen Freiheitsbewegung (DVFP) an – einer Konkurrenzpartei der NSDAP. (Vgl. Finker, Kurt: Art. Frontbann, in: Fricke (Hg.) Bd. 2 Leipzig 1984, S. 718).

⁹⁷ Vgl. John/ Stutz 2009, S.409. Anm.: Es gab unter den politischen Korporationen vor allem zu Beginn der Weimarer Republik auch linke Gruppen, deren Bedeutung sich jedoch immer weiter verringerte.

⁹⁸ Der Nationalsozialist, Folge 48, 1. Dezember 1928, Titel: „Hauptmann Loeper vor den Jenenser Studenten“.

⁹⁹ Vgl. Jenaische Zeitung, Nr. 42, 19. Februar 1932, S.4.

¹⁰⁰ Vgl. John/ Stutz 2009, S.409. Anm.: Es gab unter den politischen Korporationen vor allem zu Beginn der Weimarer Republik auch linke

Gruppen, deren Bedeutung sich jedoch immer weiter verringerte.

¹⁰¹ Vgl. Burschenschaftliche Blätter, März 1932, S.138-139; vgl. Burschenschaftliche Blätter, Juni 1932, S.204.

¹⁰² Jenaische Zeitung, Nr. 19, 23. Januar 1930, S.4.

¹⁰³ Jenaische Zeitung, Nr. 76, 24. März 1930, S.4; ThHStA, Mdl Abt. P 158, Bl.63.

¹⁰⁴ Der Nationalsozialist, Folge 12, fünfte März-Folge 1930. Titel: „Wie viele jüdische Studenten?“

¹⁰⁵ Siehe hierzu auch: Ströle-Bühler, Heike: Studentischer Antisemitismus in der Weimarer Republik. Eine Analyse der Burschenschaftlichen Blätter 1918 bis 1933 (= Europäische Hochschulschriften Reihe 3), Frankfurt a. M. 1991.

¹⁰⁶ Vgl. John/ Stutz 2009, S.301.

¹⁰⁷ Berghahn, Volker R.: Der Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten 1918–1935, Düsseldorf 1966, S.5–7.

¹⁰⁸ Vgl. Mahlke, Bernard: Art. Stahlhelm-Bund der Frontsoldaten 1918–1935, in: Fricke (Hg.) Bd. 4 1986, S. 145–158.

¹⁰⁹ Vgl. Stutz 1995, S. 132.

¹¹⁰ Neue Zeitung, 14.9.1929. Titel: „Zur Entwicklung der faschistischen Wehrverbände in Thüringen“.

¹¹¹ Jenaische Zeitung, Nr.36, 19. März 1930, S. 4.

¹¹² Vgl. Stutz 1995, S. 132.

¹¹³ Fricke, Dieter/ Bramke, Werner: Art. Kyffhäuser-Bund, in: Fricke (Hg.) Bd. 3 1985, S. 326.

¹¹⁴ Ebd., S. 340.

¹¹⁵ Jenaische Zeitung, Nr. 21, 25. Januar 1930, S. 4.

¹¹⁶ Vgl. Der Nationalsozialist, Folge 25, Achte Mai-Folge 1930.

¹¹⁷ ThHStA, Mdl Abt. P 161, Bl. 40.

¹¹⁸ Vgl. Der Nationalsozialist, Folge 46, Dritte November-Folge 1929.

Titel: „Nationalsozialistische Kandidaten für Thüringer Landtag“.

¹¹⁹ Vgl. Das Volk, 25. November 1932.

¹²⁰ Stutz 1995, S. 124.

¹²¹ Vgl. Jenaische Zeitung, Nr. 64, 17. März 1930, S. 4.

¹²² Vgl. Finker, Kurt: Art. Jungdeutscher Orden,

in: Fricke (Hg.) Bd. 3 Leipzig 1985, S. 138.

¹²³ Finker 1985, S. 143.

¹²⁴ Jenaische Zeitung, Nr. 259, 1. November 1929, S. 4.

¹²⁵ Stutz 1995, S. 123.

¹²⁶ Vgl. Stutz 1995, S. 123f.

¹²⁷ Ebd., S. 125.

¹²⁸ Anm.: Dinter gehörte zur Gruppe der „Kontagionisten“: In dessen überaus auflagestarkem Roman „Die Sünder wider das Blut“ argumentiert dieser spekulativ und affektiv und verweist darauf, dass bereits der einmalige Geschlechtsakt mit einem angeblich minderwertigen Menschen das Blut eines Ariers verseuchen könnte. Diese Denkmuster unterschieden sich von denen anderer Rassistinnen und Rassisten, welche vermeintlich rationale Gründe für ihren Antisemitismus anführten, indem sie etwa auf die Genetik verwiesen. (Vgl. Brumlik ²2011, S. 104; vgl. Ulbricht 1995, S. 46.)

¹²⁹ ThHStA, Mdl Abt. P 161, Bl. 40.

¹³⁰ ThHStA, Mdl Abt. P 161, Bl. 39.

¹³¹ ThHStA, Mdl Abt. P 162, Bl. 31–34; Bl. 148.

¹³² ThHStA, Mdl Abt. P 156, Bl. 217.

¹³³ ThHStA, Mdl Abt. P 163, Bl. 348;

vgl. Jenaische Zeitung, Nr.247, 21. Oktober 1925 (siehe „Eingesandte Mitteilungen“).

¹³⁴ Vgl. Der Nationalsozialist, Folge 25, Achte Mai-Folge 1930.

¹³⁵ ThHStA, Mdl Abt. P 164, Bl. 189; Ebd., Bl. 258.

¹³⁶ ThHStA, Mdl Abt. P 164, Bl. 58; ThHStA, Mdl Abt. P 164 Bl. 189; StAJ, D I n 28, unpaginiert; vgl. Stutz 1995, S. 129.

¹³⁷ Vgl. Jenaische Zeitung, Nr. 272, 19. November 1929.

¹³⁸ Anm.: Die Veranstaltungs- und Besucherzahlen ergeben sich aus den Recherchen in den Beständen des ThHStA (Mdl Abt. P 156-167), StAJ (D I n 28) und den Zeitungen „Das Volk“, „Jenaische Zeitung“ und „Der Nationalsozialist“.

¹³⁹ StAJ, D I n 28, Bd. 1, unpaginiert.

¹⁴⁰ StAJ, D I n 28, Bd. 1, unpaginiert.

¹⁴¹ Vgl. Stutz 1995, S. 125, 128f.

¹⁴² StAJ, D I b 9, Bl. 16.

¹⁴³ Der Nationalsozialist, Nr. 130, 15. Juli 1931.

¹⁴⁴ ThHStA, Mdl Abt. P 164, Bl. 165.

¹⁴⁵ Ebd., S. 131.

¹⁴⁶ Ebd., S. 133; vgl. Der Nationalsozialist, Nr.200, 4. Oktober 1931.

¹⁴⁷ Vgl. Der Nationalsozialist, Nr. 43, 20. Februar 1932; vgl. Der Nationalsozialist, Nr. 83, 9. April 1932.

¹⁴⁸ Vgl. Koch 1966, S. 358.

¹⁴⁹ Vgl. Walter, Franz: Von der roten zur braunen Hochburg: Wahlanalytische Überlegungen zur NSDAP in den beiden thüringischen Industrielandschaften, in: Mai (Hg.) 1995, S. 159, 163.

¹⁵⁰ Ebd., S. 160.

¹⁵¹ Abbildung 1 und 2 zeigen einen Ausschnitt der Grundgesamtheit aller Ortsgruppenmitglieder. Eine vollständige Liste ist nicht überliefert. Durch die hohe Gesamtzahl lässt sich am vorhandenen Material jedoch eine Tendenz ableiten, die eine Aussage zur Sozialstruktur zulässt.

¹⁵² SAJ, D I k 2 Bl. 31 ff.

¹⁵³ SAJ, D I k 4, unpaginiert.

¹⁵⁴ Die Abbildungen 3, 4 und 5 illustrieren das Ergebnis einer Recherche in den Polizeiakten des „Thüringischem Ministerium des Innern“ und den Zeitungen „Der Nationalsozialist“ und „Jenaischer Zeitung“. Da keine Gesamtliste aller Veranstaltungen vorliegt, liegt dieser Darstellung kein Anspruch auf Vollständigkeit zugrunde: Sie zeigt lediglich eine Tendenz.

¹⁵⁵ Vgl. Guido Dressel: 75 Jahre Freistaat Thüringen – Wahlen und Abstimmungsergebnisse 1920–1995 (= Quellen zur Geschichte Thüringens 4), Weimar 1995, S.22f., 32f., 64f., 86f., 92f., 108f., 114f., 120f., 134f.

¹⁵⁶ Ebd.

¹⁵⁷ Ebd., S. 48, 77, 126.

¹⁵⁸ Vgl. Koch 1966, S. 354.

¹⁵⁹ SAJ, D I k 2; vgl. Dressel 1995, S. 100.

¹⁶⁰ Ebd., S. 104.

¹⁶¹ Vgl. Ulbricht 1995, S. 30.

¹⁶² Arendt 1958, S. 358.

¹⁶³ Elias, Norbert: Über die Vorstellung, daß es einen Staat ohne strukturelle Konflikte geben könnte, in: Ders.: Die höfische Gesellschaft, Darmstadt und Neuwied ³1977, S. 412. Anm.: Dies soll nicht heißen, dass auch jede andere Minderheit den gleichen Status des Feindes als Ventil von Frustrationen haben konnte. Ohne

den virulenten modernen Antisemitismus als theoretischem Denkmodell, das sich in seiner Qualität vom bloßen Ressentiment unterscheidet und während der Wilhelminischen und Weimarer Jahre verbreitet wurde, hätte der Einfluss antisemitischer Ideologie wohl nicht so umfassend gewirkt (Vgl. Arendt 1958, S. 9–12). Zudem betont Friedländer, seien „die Juden“ in der Ideologie des Nationalsozialismus „die einzige Gruppe, die seit ihrem Eintritt in die Geschichte erbarmungslos Ränke schmiedete und Manöver unternahm, um die gesamte Menschheit zu unterjochen“. Diese unterstellte Aktivität machte den Unterschied zu anderen verfolgten Gruppen aus. (Vgl. Friedländer 2006, S. 17).

¹⁶⁴ Vgl. Stutz 1995, S. 127.

Antisemitismus in der DDR

> VON MATTHIAS QUENT

Antisemitismus und DDR-Gesellschaft werden in den letzten Jahren zunehmend wissenschaftlich und politisch neu betrachtet und -bewertet. Auch in der alten Bundesrepublik existierte ein bedrohliches Maß an Antisemitismus, wie sowohl ausführliche Einstellungsstudien und politische Kampagnen als auch antisemitische Morde belegen. Aufgrund der regionalen Vertiefung der vorliegenden Publikation auf das „neue“ Bundesland Thüringen wird an dieser Stelle lediglich die spezifische Entwicklung des Antisemitismus in der DDR nachgezeichnet.

Antifaschismus war für den SED-Staat nicht Ziel und Aufgabe, sondern eine mit der Staatsgründung 1949 erreichte Tatsache. Demnach hieß es in der DDR-Verfassung:

„Die Deutsche Demokratische Republik hat getreu den Interessen des Volkes und den internationalen Verpflichtungen auf ihrem Gebiet den deutschen Militarismus und Nazismus ausgerottet.“

Im Gegensatz zur Bundesrepublik habe der DDR-Sozialismus die Ursachen für Faschismus, Antisemitismus und Rassismus beseitigt. Nur wenige Jahre nach der Shoa und dem Ende des Zweiten Weltkrieg schloss die DDR dieses Kapitel der deutschen Geschichte ab und wollte mit den Verbrechen des Nationalsozialismus, der als krisenhafte Variation des Kapitalismus gesehen wurde, nichts mehr zu tun haben. Mit der Enteignung der Kapitalist(inn)en seien die Ursachen für den Faschismus im östlichen Teil Deutschlands eliminiert. Diese

staatliche Ideologie prägte den Umgang mit Alt- und Neonazis. Wie in Westdeutschland waren auch am Aufbau der DDR viele ehemalige NSDAP-Funktionäre in SED, NVA, den Blockparteien und allen Bereichen des öffentlichen Lebens eingebunden, wenn sie sich nur loyal gegenüber dem neuen Regime erwiesen. Die Existenz von Neonazis, die mit dem Ende der 1970er Jahre in den ostdeutschen Bezirken in Erscheinung traten, wurde offiziell geleugnet. Rassistische Gewalt wurde als jugendliches Rowdytum verharmlost. Neonazismus, Antisemitismus und Rassismus, so die Staatsdoktrin, waren ausschließlich Probleme der Gesellschaft des Klassenfeindes jenseits des „antifaschistischen Schutzwalls“. Dieses Verständnis prägte auch den offiziellen Umgang mit der Shoa, den überlebenden Jüdinnen und Juden und Israel. Die geplante Vernichtung der europäischen Jüdinnen und Juden war für das SED-Regime nur ein Verbrechen der Nationalsozialist(inn)en unter vielen. Wichtiger war für sie die Verfolgung der Kommunist(inn)en, die sie in ihrer Erinnerungspolitik zur Legitimation des sozialistischen Herrschaftsanspruchs nutzte. Im offiziellen Diskurs wurden Antisemitismus und Rassismus gleichgesetzt. Beides galt als kapitalistisches Instrument, um die Arbeiterschaft zu spalten und vom Klassenkampf abzuhalten. Das deutsche Volk war in der Lesart der SED lediglich von den Nationalsozialist(inn)en verführt und in die Irre geleitet wurden und erlangte mit dem Systemwechsel und der am 10. März 1948 für abgeschlossen erklärten Entnazifizierung in der sowjetischen Besatzungszone und der Staatsgründung der DDR am 7. Oktober 1949 eine weitgehende Amnestie. Dieser Logik folgend waren mit dem

vorübergehenden Ende des Kapitalismus in den ostdeutschen Bezirken auch Antisemitismus, Rassismus und Nazismus Geschichte. Eine spezifisch deutsche Beziehung zwischen Deutschen und Juden wurde mit derselben Argumentation negiert und als „heuchlerisches Gerede“ denunziert. Ein „schuldbeladenes Gewissen“ sei „für die DDR (...) längst gegenstandslos geworden“.¹

Judenverfolgung in der frühen DDR

Nach der Staatsgründung war die sozialistische DDR zunächst als Rückkehrland für viele Emigrantinnen und Emigranten attraktiver als die bürgerliche Bundesrepublik, auch für zahlreiche prominente jüdische Schriftsteller(innen) und Politiker(innen). Mit den stalinistischen Säuberungen 1952 bis zu seinem Tod im März 1953 verschlechterte sich die Situation auch für die ostdeutschen Jüdinnen und Juden eklatant. Mit dem Prager Schauprozess 1952 gegen den als „Verschwörer“ angeklagten Rudolf Slánsky und weitere 13 Beschuldigte, unter denen sich elf Juden befanden, begann eine Welle der Verfolgung und Demütigung für die Jüdinnen und Juden in der DDR. Es wurden Räume der jüdischen Gemeinden durchsucht und zahlreiche Menschen jüdischen Glaubens verhaftet. Einem Beschluss des Zentralkomitees der SED folgend sollten sie, nach dem Vorbild des Slánsky-Prozesses, als „Werkzeuge der internationalen Finanzoligarchie“ präsentiert und als „Agenten der jüdischen Weltverschwörung“ verurteilt werden.² Repräsentant(inn)en der jüdischen Gemeinden wurden unter Druck gesetzt: Sie sollten Loyalitätserklärungen gegenüber der

DDR abgegeben, in denen sie unter anderem Zionismus und Faschismus gleichsetzen sollten. In der Folge flüchtete – wieder einmal in der Geschichte – ein wesentlicher Teil der hier lebenden Jüdinnen und Juden aus einem deutschen Staat. Nach 1953 war die Zahl der in der DDR lebenden Menschen jüdischen Glaubens verschwindend gering und nahm weiter ab. Gleichwohl gab es auch einige prominente SED-Politiker(innen) mit jüdischer Abstammung, wie Klaus Gysi, den Staatssekretär für Kirchenfragen.³

Das wohl bekannteste Beispiel der damaligen antisemitischen Propagandawelle in der DDR ist der Fall des ehemaligen Mitglieds im Politbüro und ZK der SED, Paul Merker. Dieser und andere wichtige Parteifunktionäre wurden beschuldigt, an der „Ausplünderung Deutschlands“ und der „Verschiebung von deutschem Volksvermögen“ zugunsten amerikanischer und „jüdischer Monopolkapitalisten“ gearbeitet zu haben. Betroffen vom Schicksal der Jüdinnen und Juden hatte Merker zuvor als einziges Mitglied des ZK die Gründung eines jüdischen Nationalstaates, die Rückgabe „arisierten“ Eigentums sowie Entschädigungszahlungen befürwortet. In klassisch antisemitischem Jargon wurde ihm deswegen von der SED die Ausplünderung des „schaffenden deutschen Volkes“ zugunsten „jüdischer Monopolkapitalisten“ unterstellt. Im März 1955 wurde Merker vom Obersten Gericht der DDR zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt, weil er „zionistische Tendenzen“ vertreten und „die Entschädigung der jüdischen Kapitalisten“ propagiert habe. Zudem ließ die SED die Kaderakten aller Parteimitglieder mit jüdischer

Abstammung überprüfen. In der Folge wurden jüdische Angestellte in den Stadt- und Bezirksverwaltungen gekündigt. Mit dem Tod des sowjetischen Diktators Josef Stalin am 5. März 1952 verbesserte sich in der DDR die Situation für die wenigen verbliebenden Jüdinnen und Juden. Sie wurden als „Opfer des Faschismus“ anerkannt und erhielten Pensionszahlungen.

Sozialistischer Antizionismus

Entschädigungszahlungen leistete die DDR jedoch nicht, schon gar nicht an den jungen Staat Israel. Während die Sowjetunion zunächst durchaus Sympathien für den israelischen Staat hegte und diesen am 16. Mai 1948 offiziell anerkannte, akzeptierte die DDR die Existenz des jüdischen Staates nie. Im Herbst desselben Jahres distanzierte sich die Sowjetunion zunehmend und stellte sich an die Seite der arabischen Staaten. Stärker als alle anderen Ostblockstaaten unterstützte die DDR den palästinensischen Kampf gegen Israel politisch, diplomatisch, finanziell und militärisch. Da sich Israel den westlichen Mächten zuwandte, wurde es im Kalten Krieg zur Zielscheibe der Propaganda der sozialistischen Blockstaaten. In den staatlich kontrollierten Medien wurde Israel denunziert und dämonisiert, auch durch gezielte Lügen: So verbreitete etwa die Zeitung „Neues Deutschland“ (ND), Israel würde als Kugelschreiber und Spielzeug getarnte Bomben über Ägypten abwerfen, um Kinder zu töten. Außerdem würde Israel die massenhafte Sterilisierung von Arabern planen. Vergleiche der israelischen Politik mit den Verbrechen des Nationalsozialismus fehlten in dieser antisemitischen Rhetorik nicht. 1982 titelte das ND: „Israel betreibt die Endlösung der Palästina-Frage“.⁴

Dementsprechend sprach der als „Nazi-Jäger“ bekannt gewordene Shoa-Überlebende Simon Wiesenthal ein vernichtendes Urteil über die DDR-Medien: „Wenn man in den Kommentaren der DDR-Blätter das Wort ‚Israeli‘ durch ‚Jude‘ sowie ‚fortschrittliche Kräfte‘ durch ‚Nationalsozialismus‘ ersetzte, glaubte man plötzlich eine Vorlage aus Goebbels Propagandaministerium vor sich zu haben.“⁵

Antisemitische Tendenzen in der Bevölkerung

Nicht nur die antizionistische Staatsdoktrin der DDR erwies sich real als Antisemitismus. Seit 1949 wurden – wie auch in der BRD – Schändungen jüdischer Friedhöfe auf dem Staatsgebiet der DDR bekannt. Beispielsweise wurden bereits Ende 1949/Anfang 1950 Übergriffe und Zerstörungen am jüdischen Friedhof in Berlin-Weißensee berichtet. Zwischen 1954 und 1988 sind offiziell insgesamt 30 Friedhofsschändungen bekannt geworden. Im späteren Thüringen wurden unter anderem in Schleusingen (1956) und in Mühlhausen (1988) jüdische Grabsteine geschändet.⁶ Dabei handelt es sich nur um die registrierten Fälle – die tatsächliche Zahl dürfte wesentlich höher sein.

Über die politischen Einstellungen der DDR-Bevölkerung liegen nur wenig repräsentative Daten vor. Kurz nach der ersten Volkskammerwahl am 18. März 1990 führten Ost-Berliner Sozialwissenschaftler eine Befragung durch, die erstmals Daten zur Verbreitung von Stereotypen unter den DDR-Bürgerinnen und -Bürgern lieferten.⁷ Diesen Informationen nach stimmten 19 Prozent der Befragten der Aussage zu, „Nicht nur unsere Umwelt, sondern auch unsere Rasse muß rein erhalten werden“.

Über 16 Prozent waren der Ansicht, „Der Einfluß von Juden und Freimaurern auf unser Land ist auch heute noch groß“, wobei junge Befragte eher zustimmten als ältere.

Als methodisch fragwürdig, aber dennoch repräsentativ beschreibt Siegler⁸ eine Umfrage der Universität Erlangen-Nürnberg im Auftrag der Zeitschrift „Tribüne“ auf dem Gebiet der DDR. Demnach glaubte über 15 Prozent der DDR-Schülerschaft an die Existenz von Fehlern, „die den Juden im Blut lägen“. Jede/r zehnt/e DDR-Bürger/-in war sich sicher, dass man „Juden am Aussehen erkennen“ könne, noch etwas höher war der Glaube daran, dass „Juden mehr mit Tricks arbeiten als andere“. Ein Viertel der befragten Schülerinnen und Schüler und knapp 16 Prozent der Wohnbevölkerung wollten „nicht so gern“ mit Israelis zu tun haben.

Späte Reue

Antisemitismus konnte auch auf dem ehemaligen Gebiet des heutigen Thüringens in der DDR als Staatsdoktrin in der Flucht vor der eigenen Verantwortung und den Orientierungen und Vorurteilen der Bevölkerung ungehindert gedeihen – überdeckt durch die Legitimationslüge eines geläuterten Volkes und einer antifaschistischen Nation. Daran ändert auch nicht, dass sich die Fraktionen der ersten frei gewählten Volkskammer der DDR in einer gemeinsamen Erklärung am 12. April 1990 ausdrücklich zur Mitverantwortung der DDR für die Verbrechen im Nationalsozialismus bekannten. Darüber hinaus enthielt die Erklärung eine Entschuldigung:

„Wir bitten die Juden in aller Welt um Verzeihung für Heuchelei und Feindseligkeit der offiziellen DDR-Politik gegenüber dem

Staat Israel und für die Verfolgung und Entwürdigung jüdischer Mitbürger auch nach 1945 in unserem Lande.“

¹ Vgl. Haury, Thomas: Antisemitismus in der DDR, <http://www.bpb.de/politik/extremismus/antisemitismus/37957/antisemitismus-in-der-ddr?p=all>, eingesehen am 12.04.2012.

² Vgl. Weiss, Konrad: Antisemitismus und Israelfeindschaft in der DDR, http://www.compass-infodienst.de/Konrad_Weiss__Antisemitismus_und_Israelfeindschaft_in_der_DDR.1452.0.html, eingesehen am 12.05.2012.

³ Vgl. Brenner, Michael: Nach dem Holocaust. Juden in Deutschland 1945–1950, München, 1995, S. 199ff.

⁴ Vgl. Haury, Thomas: Antisemitismus in der DDR.

⁵ Vgl. Siegler, Bernd: Auferstanden aus Ruinen... Rechtsextremismus in der DDR, Berlin, 1991, S. 125.

⁶ Vgl. Mertens, Lothar: Davidstern unter Hammer und Zirkel. Die Jüdischen Gemeinden in der SBZ/DDR und ihre Behandlung durch Partei und Staat 1945–1990, Hildesheim 1997, S. 263 f.

⁷ Köderitzsch, Peter/Müller, Leo A., Rechtsextremismus in der DDR, Göttingen, 1990, S. 85.

⁸ Vgl. Siegler, 1991, S. 136.

Zur Virulenz antisemitischer Einstellungen

> VON MATTHIAS QUENT

Im Januar 2012 machte die Veröffentlichung des Antisemitismusberichts des Deutschen Bundestags Schlagzeilen mit dem Befund, dass etwa jede/r fünfte Deutsche latent antisemitisch eingestellt ist. Der herausgebende Expertenkreis verzichtet auf eine eigene Erhebung und beruft sich auf die Langzeitstudie des Bielefelder Forschungsprojektes zu „Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“, um die Verbreitung und Entwicklung des Antisemitismus in Deutschland zu illustrieren. Dem folgend lassen sich seit dem Zweiten Weltkrieg zwei Wellen der Zunahme antisemitischer Orientierungen beobachten, nachdem diese seit den späten 1950er Jahren zunächst kontinuierlich abnahmen. Der erste Anstieg zwischen 1980 und der Mitte der 1990er Jahre wird vor allem mit dem Erstarken des Rechtsextremismus in Deutschland in Verbindung gebracht. Die zweite Welle seit dem Jahr 2000 wird auf die Verschärfung des Nahostkonflikts und den Beginn der zweiten Intifada zurückgeführt.¹ Die Bielefelder Forschergruppe um Wilhelm Heitmeyer stellt die empirischen Zusammenhänge zwischen antiisraelischen und offen antijüdischen Einstellungen heraus: Wer die israelische und nationalsozialistische Politik gleichsetzt, wer Israel einen Vernichtungskrieg gegen die Palästinenserinnen und Palästinenser führen sieht und Verständnis dafür äußert, dass Jüdinnen und Juden

allgemein wegen der israelischen Politik in Haftung genommen werden, der neigt gleichzeitig häufiger dazu, an einen zu großen jüdischen Einfluss zu glauben, Jüdinnen und Juden Mitschuld an ihren Verfolgungen zu geben und die Aussage zu teilen, dass sie Vorteile aus dem Holocaust ziehen würden. Eine 2004 von der Uni Bielefeld durchgeführte Befragung ergab sehr hohe Zustimmungswerte zu nicht antisemitisch unterfütterten, israelkritischen Statements von über 80 Prozent. Dabei zeigte sich, dass die Mehrheit derer, die eine solche „neutrale“ Kritik teilt, gleichzeitig auch anderen, offen antisemitischen Aussagen zustimmt. Sie kommen zu dem Schluss, dass Israelkritik ohne Antisemitismus durchaus nachweisbar ist. Wesentlich häufiger wird die Kritik am Staat Israel jedoch mit antisemitischen Untertönen unterfüttert.² Die Betrachtungen zum Antisemitismus im Rahmen der Studien zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit kamen zu dem Ergebnis, dass Zusammenhänge mit anderen Bereichen des Syndroms existieren, vor allem bezüglich Ausländerfeindlichkeit und Homophobie.³ Antisemitische Einstellungen werden als Bestandteil des Rechtsextremismussyndroms im Thüringen Monitor seit 2001 regelmäßig erhoben. Im Rahmen der Erforschung der politischen Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger wird die Zustimmung zu der Aussage „Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns“ abgefragt. Die Zustimmungswerte schwanken im Zeitverlauf zwischen neun und fünfzehn Prozent; die durchschnittliche Zustimmung von 2001 bis 2011 beträgt zwölf Prozent.⁴ Dies entspricht auch den Ergebnissen der

Jenaer Erhebung, die im Folgenden näher vorgestellt werden.

Ergebnisse der Jenaer Erhebung

Die Erhebung wurde als Computer Assisted Telephone Interview (CATI) im Rahmen eines Forschungsprojektes an der Friedrich-Schiller-Universität Jena im Herbst 2009 unter der Leitung von Dr. Michael Edinger durchgeführt.⁵ An der bundesweiten Repräsentativerhebung nahmen 2.000 wahlberechtigte Personen teil. Davon stammen 410 aus Hessen und 500 aus Thüringen. Aus beiden Bundesländern konnten so im Rahmen einer Vertiefungserhebung zusätzliche Informationen zu den Befragten gewonnen werden – einschließlich einer regionalen Zuordnung auf Kreisebene. Durch die Umsetzung zwölffacher Quotierungen in der Hauptbefragung, welche sich auf das Geschlecht, das Alter sowie die Ost- bzw. West-Herkunft der Befragten beziehen, spiegelt die Stichprobe die soziodemografische Situation in Deutschland wider. Die Gewichtung der Hauptbefragung hinsichtlich des formalen Bildungsabschlusses des Befragten garantiert die Repräsentativität hinsichtlich dieses Merkmals.

Antisemitismus in den Bundesländern

Aus Gründen der statistischen Gewichtung ist die Vertiefungserhebung in Hessen und Thüringen nicht in die Betrachtung der Bundesländer eingeflossen, weshalb die Prozentwerte hier nicht mit den Werten ab Abbildung 1 übereinstimmen. Innerhalb der Bundesländer variieren die Fallzahlen stark. Während im Stadtstaat Bremen überhaupt nur ein Dutzend Menschen die

Fragen zum Antisemitismus beantworteten, liegen aus den großen Bundesländern wie Baden-Württemberg, Bayern und Nordrhein-Westfalen mit mehreren Hundert Fallzahlen belastbare Daten zugrunde. Eine Repräsentativität der Länder ist nicht durchgängig gegeben, dennoch liefern die Zahlen zumindest Anhaltspunkte für etwaige regionale Differenzen (vgl. Tabelle 1). Um antisemitische Tendenzen abzufragen, wurde die Zustimmung oder Ablehnung von zwei Aussagen erhoben. Das erste, deutlich härtere Item, welches bereits in einigen Studien verwendet wurde, lautet: „Die Juden haben etwas Eigentümliches an sich und passen nicht zu uns“. Mit dieser Pauschalisierung über „die Juden“ sollen klassisch-latente antisemitische Stereotype der Distanzierung gegenüber Jüdinnen und Juden und der sozialen Konstruktion eines bestimmten Bildes von einer ganzen Religionsgemeinschaft in der Bevölkerung gemessen werden. Bundesweit stimmen elf Prozent der Wahlberechtigten dieser Aussage eher oder vollkommen zu, ein bedeutsamer Unterschied zwischen alten und neuen Bundesländern ist nicht festzustellen. Besonders hohe Zustimmungswerte weisen Brandenburg (17,8 Prozent), Rheinland-Pfalz (16,2 Prozent) und Bayern (14,2 Prozent) auf. Unterdurchschnittlich fällt die Zustimmung in Berlin (2,5 Prozent), Nordrhein-Westfalen (8,4 Prozent) und Niedersachsen (8,7 Prozent) aus.

Erwartungsgemäß stimmen die Befragten der subtileren Aussage „Ziel der Juden ist, finanzielle Vorteile aus der deutschen Vergangenheit zu ziehen“ wesentlich häufiger zu. Mit diesem Item sollen Tendenzen zum sekundären Antisemitismus erhoben werden. Dieser betrifft Meinungen, die eine Täter-Opfer-

Verschiebung implizieren und hinter Erinnerungen und Mahnungen an die Shoa wirtschaftliche Interessen von Jüdinnen und Juden wittern, wobei der Satz bereits antisemitische Züge trägt – aufgrund der pauschalisierenden Aussage zu „den Juden“.

Am häufigsten findet diese Meinung in Hessen (39 Prozent), Bayern (36,3 Prozent) und Rheinland-Pfalz (28,4 Prozent) Zustimmung. Insgesamt stimmt der

Aussage fast jede/r Dritte aus den alten Bundesländern teilweise oder ganz zu (29,4 Prozent). In den neuen Bundesländern ist es jede/r Fünfte (19,9 Prozent).

Auffällig ist, dass die Zahl derer, welche die Antwort verweigern, im Vergleich zum ersten Item vor allem in Ostdeutschland um zehn Prozent wesentlich höher ist als in Westdeutschland.

Tabelle 1: Antisemitismus in den Bundesländern (in Prozent)

Bundesland	Den Juden geht es heute vor allem darum, ihre finanziellen Vorteile aus der deutschen Vergangenheit zu ziehen. (in Klammern: Fallzahl N)	Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns. (in Klammern: Fallzahl N)
Baden-Württemberg	26,5 (200)	11,3 (231)
Bayern	36,3 (328)	14,2 (352)
Berlin	14,5 (76)	2,5 (81)
Brandenburg	22,9 (70)	17,8 (73)
Bremen*	0 (12)	7,7 (13)
Hamburg*	7,7 (26)	4,3 (23)
Hessen	39 (105)	9,5 (105)
Mecklenburg-Vorpommern*	24,3 (37)	9,8 (41)
Niedersachsen	31 (116)	8,7 (127)
Nordrhein-Westfalen	28,2 (347)	8,4 (356)
Rheinland-Pfalz	28,4 (88)	16,2 (99)
Saarland*	25 (12)	23,1 (13)
Sachsen	18,3 (115)	11,1 (126)
Sachsen-Anhalt	18 (50)	8,8 (57)
Schleswig-Holstein	23,1 (78)	11,5 (78)
Thüringen	20,4 (54)	11,5 (61)
BRD Gesamt	27,5 (1714)	11 (1836)
Ostdeutschland	19,9 (810)	11,5 (928)
Westdeutschland	29,4 (868)	11 (889)

* geringe Fallzahlen

Vergleich unterschiedlicher sozio-ökonomischer Regionen in Hessen und Thüringen

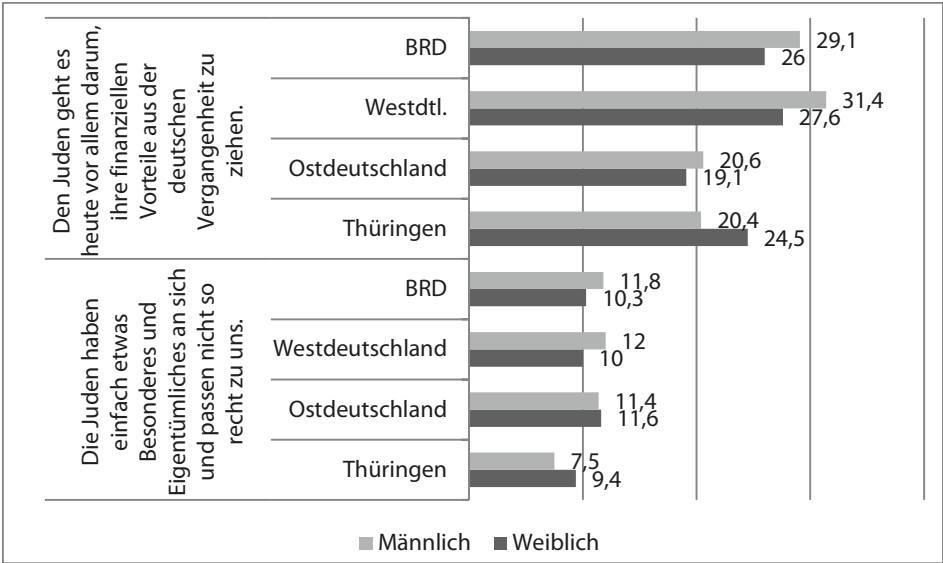
Antisemitismus ist eines von sechs Teildimensionen des Einstellungssyndroms Rechtsextremismus, ohne dass beides miteinander deterministisch verknüpft ist. Mit dem vorliegenden Datenmaterial habe ich nachweisen können, dass mikroregionale, sozioökonomische Faktoren auf Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte (bspw. Entwicklung der Arbeitslosenquote) signifikanten Einfluss auf die Verbreitung rechtsextremer Einstellungen nehmen.⁶ Was für das Syndrom Rechtsextremismus gilt, trifft nicht auf jedes seiner Bestandteile zu: Mit dem statistischen Verfahren der Mehrebenenanalyse zeigte sich, dass der lokale sozio-ökonomische Kontext für die Virulenz antisemitischer Orientierungen keine statistisch bedeutsame Relevanz

besitzt. Im Rahmen der Vertiefungserhebung in Hessen und Thüringen konnten die Kreise anhand ihrer objektiven sozioökonomischen Entwicklung gruppiert werden. Auch hier drückt sich die relativ ausgeglichene Verteilung aus. Antisemitische Einstellungen werden sowohl in aufstrebenden und abdriftenden Regionen von 7,4 Prozent der Befragten geteilt. Am niedrigsten ist die Unterstützung antisemitischer Aussagen in den gleichbleibenden Regionen Thüringens, die höchsten Werte sind in den gleichbleibenden Regionen Hessens zu finden.

Fokus: Thüringen

Hinsichtlich des Geschlechtes der Befragten und deren Affinität zu antisemitischen Orientierungen lassen sich keine signifikanten Unterschiede feststellen (vgl. Abbildung 1).

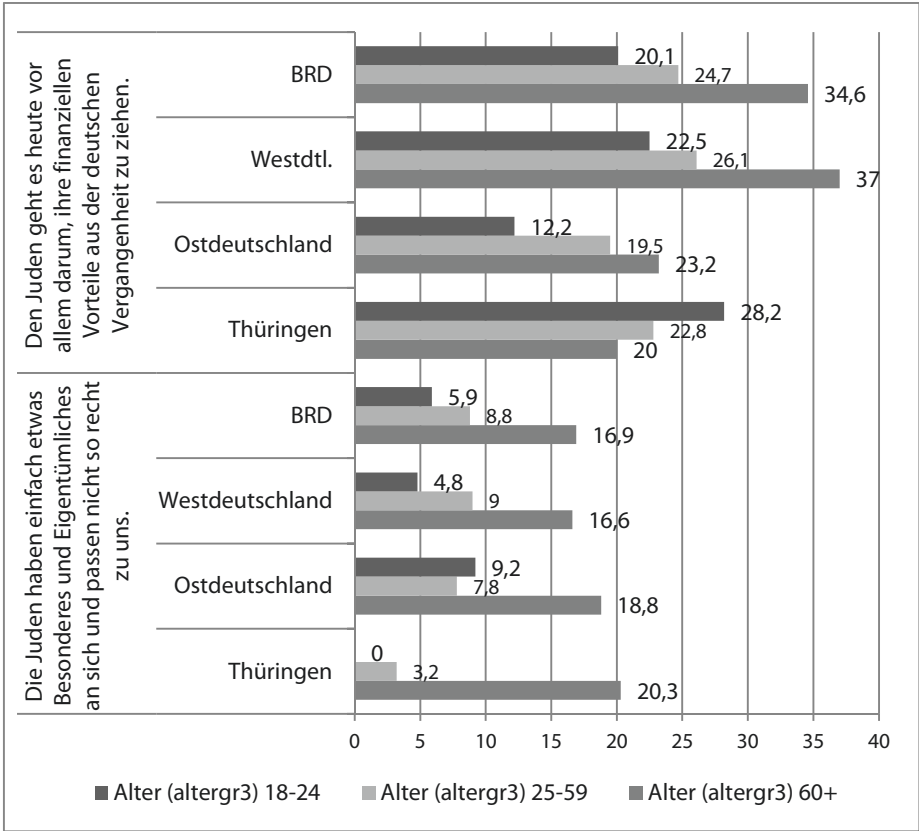
Abbildung 1: Antisemitismus und Geschlecht (in Prozent)



Auffällig ist lediglich, dass im Gegensatz zu den anderen Regionalkategorien in Thüringen Frauen etwas häufiger sowohl dem klassischen als auch dem sekundären Antisemitismus zustimmen. Deutliche Differenzen offenbart der Vergleich nach Altersgruppen (vgl. Abbildung 2). Fast überall stimmen Befragte über 60 Jahren antisemitischen Statements wesentlich häufiger zu als ihre jüngeren Mitbürgerinnen und Mitbürger. Dieser Trend findet sich auch in den

Analysen zum Antisemitismus im Bielefelder Forschungsprojekt zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. Im Vergleich zu älteren Kohorten denken in Thüringen mehr 18–24-Jährige, dass es Ziel der Juden sei, finanzielle Vorteile aus der deutschen Vergangenheit zu ziehen. Keine/r der Befragten aus dieser Gruppe meint, „Juden haben etwas Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns“. ⁷

Abbildung 2: Antisemitismus nach Altersgruppen (in Prozent)



Der Blick auf die Verbreitung antisemitischer Orientierungen nach dem höchsten erreichten formalen Bildungsabschluss der Befragten bestätigt die Ergebnisse bisheriger Studien (vgl. Abbildung 3). Je höher gebildet, desto geringer ist die Anfälligkeit für antisemitische (und andere rechtsextremistische) Einstellungen. Dabei sind vor allem strukturelle Einflüsse auf das Individuum ausschlaggebend, die mit entsprechenden Schulformen assoziiert sind und sich im formalen

Bildungsgrad widerspiegeln, wie beispielsweise der soziale, familiäre und sozioökonomische Hintergrund der Familie.
 Im Rahmen des Survey wurde zudem erhoben, welcher Partei die Befragten über eine längere Zeit zuneigen. Es zeigt sich, dass Antisemitismus bei den Sympathisantinnen und Sympathisanten aller politischen Parteien verbreitet ist – wenn auch in stark unterschiedlicher Quantität (vgl. Abbildung 4).

Abbildung 3: Antisemitismus nach formalem Bildungsgrad (in Prozent)

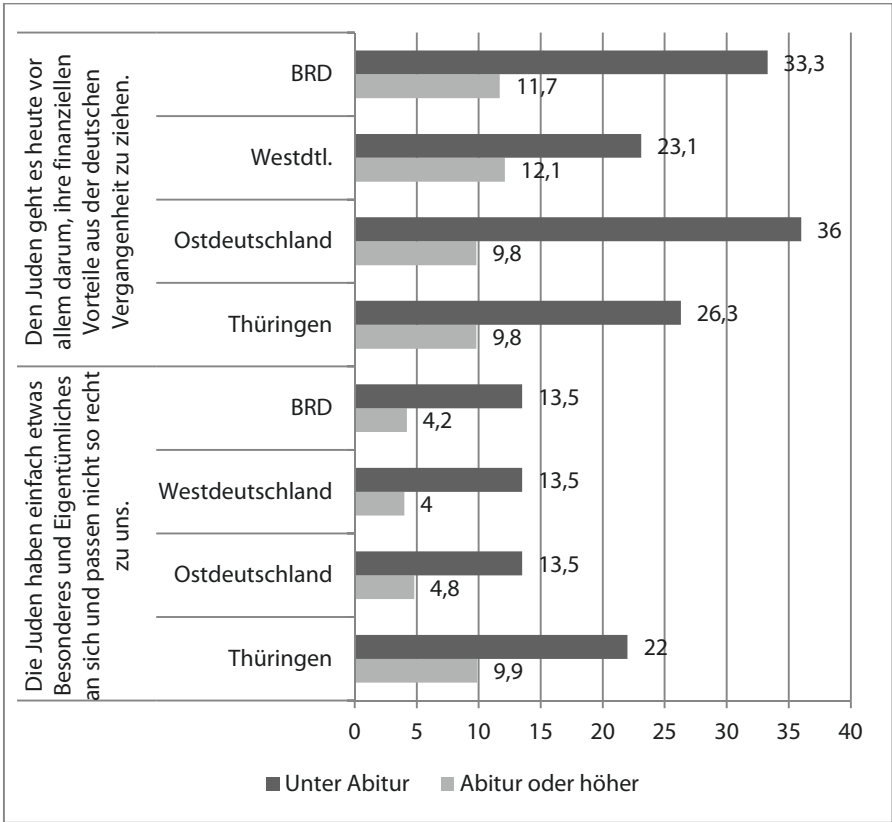
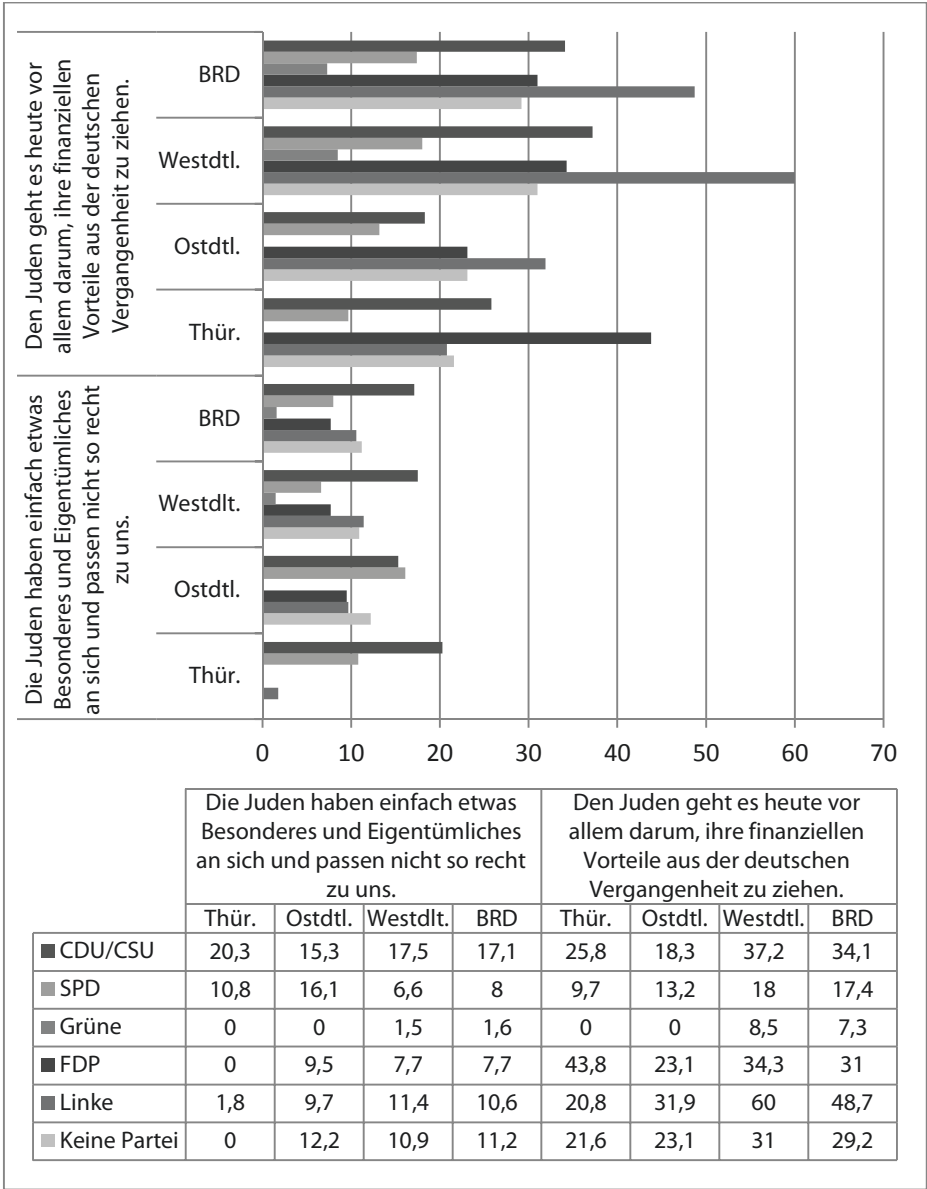


Abbildung 4: Antisemitismus nach Parteineigung (in Prozent)



Nicht für alle Regionen und Parteien liegt eine ausreichende Zahl an Parteiprüferinnen und -prüfern vor, um seriöse Zahlen nennen zu können. Diese werden i.d.R. mit „0“ ausgewiesen. Im Fall der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist die Zahl der hier erfassten Sympathisantinnen und Sympathisanten in Thüringen für belastbare Angaben zwar zu gering, dies trifft aber nicht für Ostdeutschland generell zu: In diesem Fall stimmte tatsächlich keine/r der Befragten einer der antisemitischen Aussagen ganz oder teilweise zu. Auch in den alten Bundesländern und im deutschlandweiten Sample erwiesen sich Personen, die BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zugeneigt sind, als am wenigsten anfällig gegenüber antisemitischen Positionen. Diese Tendenz beobachteten bereits Zick und Küpper (2011). Hinsichtlich der anderen demokratischen Parteien ist das Bild differenzierter. Während Sympathisantinnen und Sympathisanten der Linkspartei in Thüringen am seltensten zum klassischen Antisemitismus (1,8 Prozent) neigen, stimmen diese in Ost- und Westdeutschland am häufigsten dem sekundär-antisemitischen Item zu: 60 Prozent der westdeutschen Linkspartei-Anhängerschaft unterstützt die entsprechende Aussage, bundesweit ist es fast jede/r Zweite. Im Vergleich zu den anderen Parteien – aber auch zum Gesamt-sample – stimmen Befragte, die der CDU zugeneigt sind, überdurchschnittlich oft der Aussage zu „Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns“. Es zeigt sich, dass Antisemitismus unter den Unterstützenden aller im Bundestag vertretenen Parteien verbreitet ist. Die Ablehnung von Jüdinnen und Juden ist somit nach wie vor kein alleiniges Thema

der extremen Rechten. Lediglich die Anhängerschaft von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zeigt sich gegen antisemitische Ressentiments in hohem Maße immun. Für die konservative CDU/CSU und die Partei DIE LINKE sollte die Distanzierung von solchen Positionen im Rahmen des Meinungsbildungsprozesses ihrer Sympathisantinnen und Sympathisanten von besonderer Bedeutung sein.

Fazit

Hinsichtlich der Virulenz antisemitischer Einstellungen ist Thüringen im Vergleich mit den anderen Bundesländern im Mittelfeld zu verorten. Die Vertiefungserhebung im Freistaat lässt dennoch einige Spezifika erkennen. So stimmen im Gegensatz zum Bundestrend in Thüringen Frauen häufiger antisemitischen Aussagen zu als Männer. Ältere Menschen aus Thüringen und Ostdeutschland neigen deutlich seltener zu sekundär-antisemitischen Tendenzen als gleichaltrige Westdeutsche. In Thüringen zeigen dagegen junge Erwachsene bis 24 Jahre überdurchschnittliche Zustimmungswerte. Befragte aus Thüringen mit einer Neigung zur Linkspartei stimmen antisemitischen Statements wesentlich seltener zu als jene aus dem ost-, west- und gesamtdeutschen Sample. Für die Aussage, Ziel der Juden sei es, finanzielle Vorteile aus der deutschen Vergangenheit zu ziehen, trifft dies auch auf die Sympathisantinnen und Sympathisanten von CDU und SPD zu.

Es besteht im Freistaat kein Anlass für einen spezifischen Alarmismus. So erschreckend die Zustimmungswerte zum Antisemitismus in Thüringen und Deutschland sind, so kontinuierlich sind

sie bisher. Mit dieser erschreckenden Normalität sollte man sich nicht abfinden, sondern langfristige Aufklärungs- und Präventionsarbeit etablieren. Insbesondere die hohen Zustimmungswerte zum sekundären Antisemitismus (vgl. Beitrag von Peter Schulz in dieser Broschüre) geben Anlass, Antisemitismus als Problem auch in der (schulischen) Bildungsarbeit nicht zu historisieren, sondern vor dem Hintergrund seiner aktuellen Ausdrucksformen zu beleuchten.

¹ Vgl. Bundesministerium des Inneren (Hrsg.): Antisemitismus in Deutschland.

Erscheinungsformen, Bedingungen, Präventionsansätze, Berlin, 2012, S. 58.

² Vgl. Zick, Andreas/Küpper, Beate: Antisemitische Mentalitäten. Bericht über Ergebnisse des Forschungsprojekts Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland und Europa, Berlin, 2011.

³ Ebd., S. 9.

⁴ Schmitt, Karl/Wolff, Jürgen H.: Politische Kultur im Freistaat Thüringen. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2011, Jena, 2011, S. 76.

⁵ „Links- und rechtsextreme Einstellungen – Strukturen, Ursachen und Konsequenzen im innerdeutschen Ost-West-Vergleich und im Vergleich der Länder Thüringen und Hessen“, gefördert durch das Thüringer Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur (Förderkennzeichen B514–09031, Förderzeitraum 2009/2010).

⁶ Vgl. Quent, Matthias: Mehrebenenanalyse rechtsextremer Einstellungen: Ursachen und Verbreitung in unterschiedlichen sozioökonomischen Regionen Hessens und Thüringens, Magdeburg, 2012.

⁷ Mit N=45 Fällen ist diese Gruppe gegenüber den 25–59-Jährigen (N=286) und den über 60-Jährigen (N=167) in Thüringen deutlich kleiner.

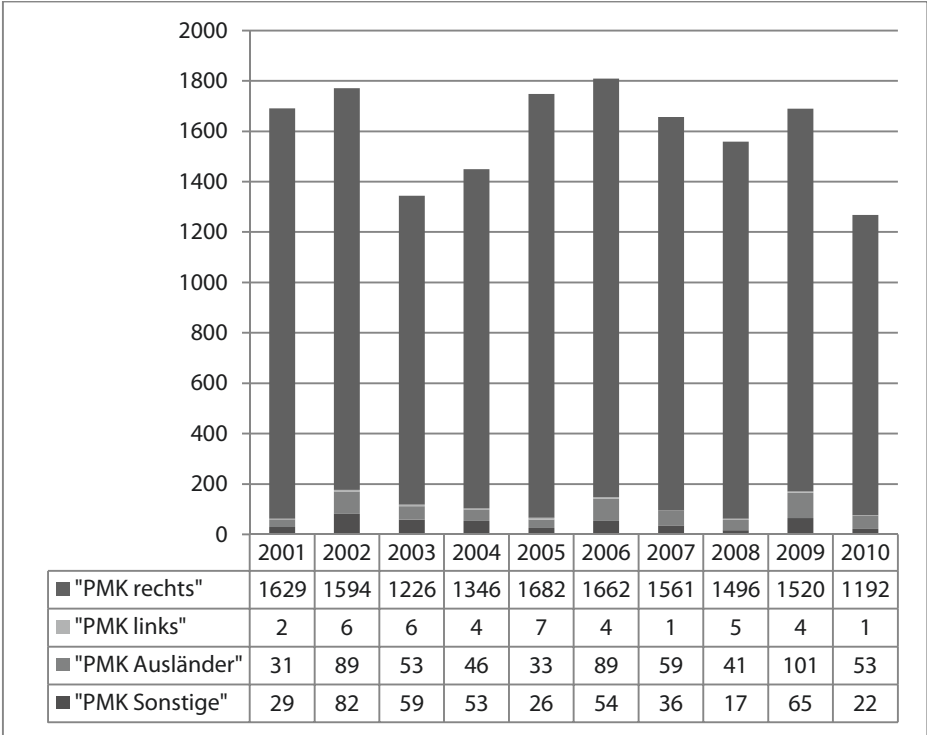
Aktionen von rechts außen: Antisemitische Straftaten in Thüringen

>Von Matthias Quent

Im behördlichen Sprachgebrauch werden antisemitisch motivierte Straftaten als Hasskriminalität definiert, die aus einer antijüdischen Haltung heraus begangen werden. Statistisch werden alle rechtswidrigen Handlungen unabhängig von der Strafmündigkeit und/oder Schuldfähigkeit des/der jeweiligen Täters/Täterin erfasst. Dazu zählen bspw. Pöbeleien gegen Jüdinnen und Juden,

Brandanschläge auf Synagogen, Schändungen von Friedhöfen und Sachbeschädigungen an Gedenkstätten oder Stolpersteinen. In der polizeilichen Statistik werden nur jene Straftaten erfasst, die den Behörden auch bekannt geworden sind: Die Dunkelziffer dürfte wesentlich höher liegen. Für die Bewertung einer Tat als „antisemitisch“ ist nach dem im Jahr 2001 bundesweit eingeführten Verfahren zur Erhebung der politisch motivierten Kriminalität (PMK) allein die Motivation der Täterin/des Täters entscheidend. Der übergroße Teil antisemitischer Straftaten fällt in den Phänomenbereich rechtmotivierter Taten (vgl. Abbildung 1).

Abbildung 1: Antisemitische Straftaten in Deutschland



Nach einer Hochphase antisemitischer Straftaten zu Beginn des Jahrtausends (2002: 1.771) war 2003 und 2004 zunächst ein Rückgang zu verzeichnen, um 2006 mit 1.809 Fällen einen neuen Rekord zu erreichen. Seitdem werden tendenziell wieder weniger Fälle registriert (Tiefpunkt 2010: 1.268). In den Zahlen eingeschlossen sind antisemitische Gewalttaten, die zwischen 28 (2001) und 64 (2007) Fällen variieren. Dem unabhängigen Expertenkreis Antisemitismus zufolge haben sich vor allem Friedhofsschändungen quantitativ erhöht: Allein zwischen 2000 und 2008 wurden 471 Straftaten gegen jüdische Friedhöfe oder Grabsteine registriert¹. Für Aufmerksamkeit sorgte bundesweit vor allem der Sprengstoffanschlag auf das Grab des ehemaligen Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, Heinz Galinski, 1998 in Berlin. 2003 wurde die rechtsextreme „Kameradschaft Süd“ ausgehoben, die einen Sprengstoffanschlag auf die Grundsteinlegung des neuen jüdischen Kulturzentrums am 9. November 2003 in München vorbereitet hatte.

Antisemitische Straftaten in Thüringen

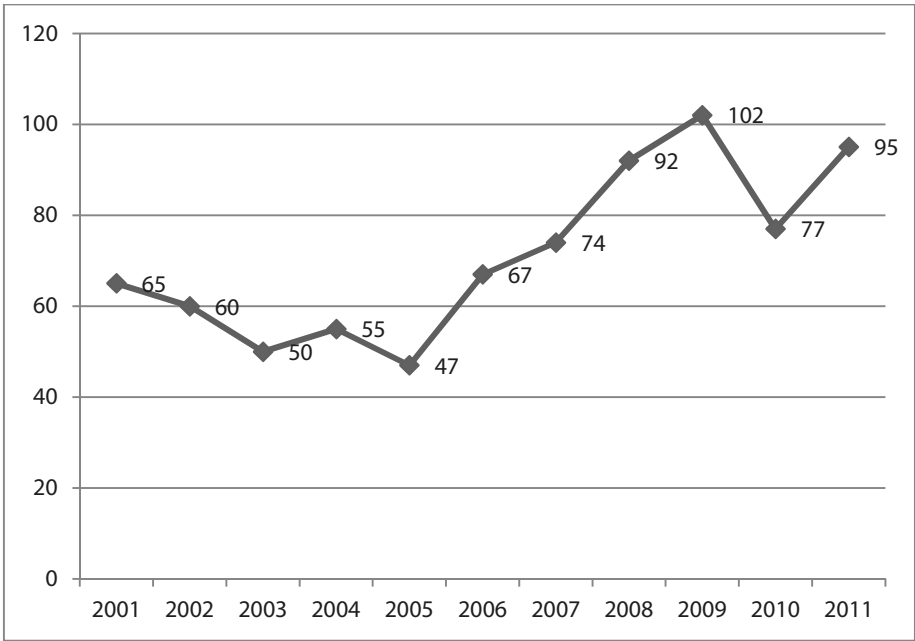
Auch die wenigen jüdischen Einrichtungen sowie Gedenkstätten an die Opfer des Nationalsozialismus in Thüringen mussten immer wieder als Ziel für antisemitische Aktionen erhalten. Aktivitäten mit abgetrennten Schweinsköpfen tragen dabei einen besonders beleidigenden antijüdischen Symbolwert, da orthodoxe Jüdinnen und Juden kein Schweinefleisch verzehren. Der ehemals führende Thüringer Neonazis und frühere Verbindungs-Mann des Landesamtes für Verfassungsschutz, Thomas Dienel, hat bereits im Juli 1992

Schweinskopfhälften in den Vorgarten der jüdischen Landesgemeinde in Erfurt geworfen. Auf beigefügten Zetteln stand: „Dieses Schwein Galinski ist endlich tot. Noch mehr Juden müssen es sein“ und „Jedes Schwein muß mal sterben wie Du Galinski“. Im November 2008 wurden jüdische Friedhöfe in Gotha und Erfurt mit Schweineköpfen und einer blutähnlichen Flüssigkeit geschändet, dazu wurde ein Transparent mit der Aufschrift „6 Millionen Lüge“ angebracht. In Thüringen wurden im September 2010 die letzten Schändungen jüdischer Gedenkstätten mit Schweinsköpfen an der Gedenkstätte „Bernhard Prager Haus“ in Apolda bekannt. Zweimal hatten Unbekannte an dem Haus Schweineköpfe abgelegt. 2011 war zum wiederholten Mal ein Gedenkpvillon auf dem Nordhäuser Ehrenfriedhof, der die Erinnerung wach halten soll an die Menschen, die im nahe gelegenen Konzentrationslager Mittelbau Dora durch den nationalsozialistischen Terror zu Tode kamen, großflächig beschmiert worden. Unter anderem wurde in den Parolen die Shoa mit der Situation der Palästinenserinnen und Palästinenser gleichgesetzt sowie die Slogans „Juden raus“, „Nie wieder Israel“ und SS-Runen angebracht. Bei einer weiteren Heimsuchung durch Antisemitinnen und Antisemiten wurden Einrichtungsgegenstände zerstört. Im Frühjahr 2010 beschädigten Unbekannte auf dem jüdischen Friedhof in Heiligenstadt Grabstätten und stießen Grabsteine um. In Gera wurde im selben Jahr das Denkmal für die einstige Synagoge geschändet und wiederholt Stolpersteine entwendet, die an das Schicksal vor dem Nationalsozialismus in Gera lebender Jüdinnen und Juden erinnern. Im Vergleich zum Beginn der einheitlichen Erfassung der politisch

motivierten Kriminalität in Thüringen 2001 hat die Gesamtzahl registrierter antisemitischer Straftaten deutlich zugenommen.² Seit 2006 lässt sich dabei ein kontinuierlicher Zuwachs erkennen (Ausnahme 2010, vgl. Abbildung 2). Zuletzt wurden 2011 95 Straftaten

polizeilich bekannt. Die Verteilung auf die Landkreise geht aus Tabelle 1 hervor. Beim Großteil der Straftaten handelt es sich um Volksverhetzungen (§ 130 StGB), Gewalttaten sind dagegen erfreulicherweise selten.

Abbildung 2: Antisemitische Straftaten in Thüringen



Quelle: eigene Darstellung auf Datengrundlage des Thüringer LKA

Tabelle 1: Antisemitische Straftaten in den Thüringer Landkreisen

	2007	2008	2009	2010	2011
antisemitische Straftaten	74 ³	92 ⁴	102	77	95
davon Gewalttaten	4	2	4	2	1
Anteil in %	5,4	2,2	3,9	2,6	1,1
Aufklärung absolut	48	44	53	43	49
Aufklärung in %	64,9	47,8	52,0	55,8	51,6
Anzahl der Tatverdächtigen	89	104	117	85	97
Verteilung auf Landkreise:					
antisemitische Straftaten gesamt	74	92	102	77	95
davon					
Landkreis Altenburger Land	3	2	5	1	10
Landkreis Eichsfeld	2	1	3	2	2
Landkreis Gotha	12	6	7	7	14
Landkreis Greiz	2	1	8	1	0
Landkreis Hildburghausen	0	5	2	1	2
Ilm-Kreis	4	9	7	6	6
Kyffhäuserkreis	0	1	2	4	5
Landkreis Nordhausen	2	3	11	1	9
Saale-Holzland-Kreis	0	3	2	1	1
Saale-Orla-Kreis	0	0	0	1	3
Landkreis Saalfeld-Rudolstadt	3	10	5	6	1
Landkreis Schmalkalden-Meiningen	3	2	2	5	9
Landkreis Sömmerda	2	2	4	2	2
Landkreis Sonneberg	0	1	4	3	4
Unstrut-Hainich-Kreis	2	0	0	0	0
Wartburgkreis	3	3	1	1	2
Landkreis Weimarer Land	4	4	2	7	1
Stadt Eisenach	1	2	3	4	3
Stadt Erfurt	15	17	16	9	8
Stadt Gera	6	9	5	3	5
Stadt Jena	5	5	8	7	5
Stadt Suhl	0	4	1	1	1
Stadt Weimar	5	2	4	4	1

Quelle: LKA Thüringen

Antisemitische Straftaten in Jena

Nach der zufälligen Entdeckung des aus Jena stammenden „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU) im November 2011 wurde mit der Aufarbeitung zahlreicher rechtsextremer Aktivitäten der 1990er Jahre begonnen. Dazu zählte unter anderem ein vom Rechtsterroristen Uwe Böhnhardt im April 1996 aufgehängter Puppentorso mit gelben Judensternen an der Autobahn 4 bei Jena, an der auch eine Bombenattrappe deponiert war. Bereits im November 1995 war in Jena eine ähnliche Puppe angezündet worden. Ebenfalls 1996 wurde die Gedenkstätte an den 1944 ermordeten Widerstandskämpfer Magnus Poser u.a. mit Hakenkreuzen und antijüdischen Parolen beschmiert. Am Jahrestag der Reichspogromnacht und des Mauerfalls am 9. November 1997 meldeten Neonazis in Jena eine Versammlung unter dem Motto „1989 Befreiung von den Besatzungsmächten. Jetzt Befreiung vom Frankfurter Immobilienspekulanten Ignatz Bubis“ an, welche verboten wurde. Auch in den vergangenen Jahren kam es in Jena immer wieder zu antisemitischen Straftaten (vgl. Tabelle 1). In diesen Handlungen drückt sich – in den allermeisten Fällen – eine rechte politische Gesinnung aus, wie die Verteilung auf die Phänomenbereiche der politisch motivierten Kriminalität verdeutlicht.

³ Im Freistaat Thüringen wurden im Jahr 2007 insgesamt 74 antisemitische Straftaten bekannt. 70 Fälle waren dem Phänomenbereich PMK-Rechts zuzuweisen. In einem Fall wurde das antisemitische Delikt im Phänomenbereich PMK-Ausländer registriert. In weiteren drei Fällen war keine eindeutige Zuordnung möglich, sodass die Sachverhalte im Phänomenbereich PMK-Sonstige/nicht zuzuordnen erfasst wurden.

⁴ Im Freistaat Thüringen wurden im Jahr 2008 insgesamt 92 antisemitische Straftaten bekannt. 91 Fälle waren dem Phänomenbereich PMK-Rechts zuzuweisen. In einem Fall war die Zuordnung des antisemitischen Delikts zum Phänomenbereichen PMK-Rechts, PMK-Links oder PMK-Ausländer nicht möglich, sodass der Sachverhalt im Phänomenbereich PMK-Sonstige/nicht zuzuordnen erfasst wurde.

¹ Vgl. Bundesministerium des Inneren (Hrsg.): Antisemitismus in Deutschland. Erscheinungsformen, Bedingungen, Präventionsansätze, Berlin, 2012, S. 40.

² Für die unkomplizierte Bereitstellung der Daten danke ich dem Thüringer Landeskriminalamt.

Antisemitismus von links

> VON MATTHIAS QUENT

Entgegen der proklamierten universellen Egalität der Menschen ist auch die politische Linke nicht frei von antijüdischen Vorurteilen, welche vor allem in Form des israelbezogenen Antisemitismus auftreten. Da die Übergänge zwischen legitimer Kritik der israelischen Politik einerseits und der impliziten, antisemitischen Infragestellung des Existenzrechts des Staates andererseits oft fließend sind und sich der jüdenfeindliche Charakter zum Teil erst bei einer genauen Betrachtung des Sprachgebrauchs identifizieren lässt, ist die Auseinandersetzung mit dieser Spielart des Antisemitismus ungleich schwieriger.

Aktueller Antisemitismus von links äußert sich praktisch nicht in Straf- und Gewalttaten: Im Jahr 2010 stand bspw. 1.192 Fällen von politisch rechts-motivierten antisemitischen Straftaten nur ein Fall aus dem Phänomenbereich der politisch-motivierten Kriminalität von links gegenüber.¹

Antisemitischer Terror in den 1960er/1970er Jahren

Zwei Beispiele aus der Geschichte der bundesdeutschen Linken zeigen, wie sich vermeintlicher Antizionismus in offenen antisemitischen Terror äußern kann.² Als Protest gegen die Unterdrückung der Palästinenserinnen und Palästinenser plante die Gruppe „Tupamaros West-Berlin“ am 9. November 1969 – dem 31. Jahrestag der Reichspogromnacht! – einen Bombenanschlag auf das jüdische Gemeindehaus in Berlin. Aufgrund technischer Mängel zündete die Bombe nicht. Die Gleichsetzung der jüdischen

Gemeinde mit dem Staat Israel verdeutlicht eine unmissverständliche Form des israelbezogenen Antisemitismus.³

Am 27. Juni 1976 entführten deutsche Terroristinnen und Terroristen unter der Führung von Wolfgang Böse („Revolutionäre Zellen“) ein auf dem Weg von Tel Aviv nach Paris befindliches Flugzeug mit dem Ziel der Freipressung inhaftierter „Genossen“. Im Flugzeug wurde zwischen jüdischen und nichtjüdischen Geiseln selektiert. Die israelischen Passagiere, darunter auch Überlebende aus deutschen Konzentrationslagern, wurden ausnahmslos festgehalten, während einige andere Geiseln freigelassen wurden. Israelische Sicherheitskräfte befreiten die Geiseln auf einem Flughafen in Uganda, wobei unter anderem drei Geiseln und die Geiselnehmer(innen) getötet wurden.

Antisemitismus in der antiimperialistischen Linken

Die Nichtaufarbeitung des linken Antisemitismus der 1970er und 1980er Jahre stellt nach Ansicht des Sozialwissenschaftlers Samuel Salzborn die Voraussetzung für den linken Antisemitismus der Gegenwart dar. Dem folgend war der Antisemitismus dieser Zeit „ein zentrales Strukturmerkmal der antiimperialistischen Gruppen und des Linksterrorismus“⁴. Dabei ist der Antisemitismus vor allem in der antiimperialistischen Linken zu finden:

„Die linken Organisationen, die heute Antisemitismus und Israelhass verbreiten, verfolgen nach wie vor das völkische Weltbild des Antiimperialismus, das von ethnisch-kollektiven Homogenitätsvorstellungen geprägt und wahnhaft strukturiert ist. Der Antiimperialismus, der sich primär gegen

Amerika und Israel richtet, stellt die Rahmenideologie dar, deren integraler Bestandteil der Antisemitismus, vor allem in Form des Antizionismus ist.“⁵

Im Frühjahr 2011 sorgte das zunächst von der Frankfurter Rundschau veröffentlichte Essay „Antisemiten als Koalitionspartner?“ bundesweit für Diskussion über die Virulenz antisemitischer Positionen in der Linkspartei. Die Verfasser Salzborn und Voigt attestieren der Partei DIE LINKE darin:

„Hinsichtlich konkreter *policies*, insbesondere der internationalen Politik, scheinen diese [antisemitischen Positionen, MQ] innerparteilich immer dominanter zu werden und prägen inzwischen die äußere Wahrnehmbarkeit der Partei.“⁶

Antisraelischer Antisemitismus

Dabei legen die Sozialwissenschaftler ihrer Analyse die Arbeitsdefinition der Europäischen Union zu Antisemitismus zugrunde. Die Begriffsbestimmung kann als sozialwissenschaftlicher Minimalkonsens der Antisemitismusforschung bezeichnet werden und benennt folgende Kernelemente des antizionistischen Antisemitismus:

- „Das Abstreiten des Rechts des jüdischen Volkes auf Selbstbestimmung, z.B. durch die Behauptung, die Existenz des Staates Israel sei ein rassistisches Unterfangen.
- Die Anwendung doppelter Standards, indem man von Israel ein Verhalten fordert, das von keinem anderen demokratischen Staat erwartet und verlangt wird.
- Das Verwenden von Symbolen und Bildern, die mit traditionellem Antisemitismus in Verbindung stehen (z.B.

der Vorwurf des Christumordes oder die Ritualmordlegende), um Israel oder die Israelis zu beschreiben.

- Vergleiche der aktuellen israelischen Politik mit der Politik der Nationalsozialistinnen und Nationalsozialisten.

- Das Bestreben, alle Jüdinnen und Juden kollektiv für Handlungen des Staates Israel verantwortlich zu machen.“⁷

Seit Anfang 2010, so die zentrale Feststellung der Studie „Antisemiten als Koalitionspartner“, dominiert die Dämonisierung der Politik Israels, die einseitige Parteinahme zugunsten der Palästinenserinnen und Palästinenser bis hin zu einer offenen Solidarisierung mit den terroristischen antiisraelischen Kräften die öffentliche Wahrnehmung der Bundespartei DIE LINKE. Den Bedeutungsgewinn antizionistischer bzw. antisemitischer Positionen in der LINKEN machen Salzborn und Voigt vor allem an der aktiven Unterstützung der „Gaza-Flotille“ durch zwei aktuelle Bundestagsabgeordnete der Partei und einen ehemaligen, Anette Groth, Inge Höger und Norman Paech, im Mai 2010 und den darauffolgenden Reaktionen fest. Bei der „Flotille“ handelte es sich um einen Schiffskonvoi, der maßgeblich von einer türkischen Organisation mit engen Kontakten zu islamistischen Gruppen koordiniert wurde. Auf den Schiffen befanden sich auch internationale Unterstützerinnen und Unterstützer mit dem Ziel, die israelische Blockade des Gaza-Streifens zu durchbrechen – unter ihnen auch Groth, Höger und Paech. Im Vorfeld hatte die israelische Regierung angekündigt, die Flotille beim Versuch, die Blockade zu durchbrechen, aufzuhalten. Auf entsprechende Warnungen der israelischen Marine antwortete ein Aktivist per Funk: „Geht

zurück nach Auschwitz“.

Nachdem die Flotille nicht auf Warnungen reagierte, kam es bei der Erstürmung des Schiffes „Mavi Marmara“ durch die israelische Armee zu gewalttätigen Auseinandersetzungen, bei denen neun türkische Passagiere getötet wurden. Zuvor hatten Mitfahrende israelische Soldaten mit Messern, Eisenstangen, Zwillen und Stöcken angegriffen, wobei vier israelische Soldaten überwältigt und unter Deck gefangen gehalten wurden. Die kurz nach ihrer Festnahme wieder freigelassenen Abgeordneten der Linkspartei berichteten später in zahlreichen Veranstaltungen, die nicht selten „für antisemitische und antiisraelische Propaganda genutzt“ wurden, stolz über die Aktion. Die Parteivorsitzende Gesine Lötzsch nannte den Einsatz der israelischen Armee ein „Verbrechen“.⁸

Dies war nicht der einzige Eklat, welcher den Verdacht nahelegt, dass Teile der LINKEN-Anhängerschaft ein Antisemitismusproblem haben. Nach der Ansprache des israelischen Staatspräsidenten Schimon Peres anlässlich der Gedenkveranstaltung des Deutschen Bundestages für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar 2010 blieben einzig LINKE-Abgeordnete demonstrativ sitzen, darunter u.a. die stellvertretende Parteivorsitzende Sarah Wagenknecht. Für einen weiteren Skandal sorgte ein antiisraelisches Hetzflugblatt des Kreisverbandes der LINKEN in Duisburg, dessen Kopfzeile einen mit einem Hakenkreuz verschlungenen Davidstern zeigte. Die Flotille-Unterstützerin Inge Höger trat bei einer Palästina-Solidaritätskonferenz mit einem Schal auf, auf dem der Staat

Israel unter dem Schriftzug „Palestine“ auf einer Landkarte des Nahen Ostens ausstrahlt war. Kein Versehen: Noch im Januar 2011 sprach Höger auf ihrer Homepage von Synagogen als „Symbole der Besatzung“ und von der „Judaisierung Jerusalems“.

Ein weiterer Skandal im März 2011 führte zu einer von Thüringer LINKEN-Abgeordneten angestoßenen Debatte über Israelhass und Antisemitismus in der Partei. Unter dem Slogan „Boycottiert Israels Früchte – Rettet das palästinensische Volk“ organisierte das „Bremer Friedensforum“ Boykottaktionen gegen israelische Produkte. An Kundgebungen beteiligten sich auch Mitglieder der Bremer Linkspartei. In Reaktion darauf unterschrieben 186 Mitglieder und Sympathisierende der Partei eine Erklärung, in welcher der Boykott israelischer Waren als „irrationale und falsche Forderung“ bezeichnet wird, welche an die nationalsozialistische Parole „Kauft nicht bei Juden“ erinnert.⁹

Die von der Thüringer Landtagsabgeordneten Katharina König initiierte Erklärung wurde unter anderem von den stellvertretenden Parteivorsitzenden Katja Kipping, Halina Wawzyniak und Dietmar Bartsch sowie dem Bundestagsabgeordneten Jan Korte unterzeichnet. In der Folge wurden König und andere Unterzeichnende als „Linkspartei-Antideutsche, ganz schlimm“¹⁰ und „dreckige Judenfreundin“¹¹ beschimpft. Die öffentlich ausgetragene Diskussion um Antisemitismus in der Linkspartei fand beim Erfurter Bundesparteitag im Oktober 2011 einen vorläufigen Höhepunkt, nachdem die Partei das Existenzrecht Israels in ihr Programm aufnahm. Aus den Reihen der Thüringer Linkspartei sind antisemitische Töne, wie von Teilen der Bundestagsfraktion angestimmt,

öffentlich nicht zu vernehmen. Im Gegenteil: Aufgrund zahlreicher pro-israelischer Positionierungen ist unter anderem der Fraktionsvorsitzende Bodo Ramelow in antiimperialistischen Kreisen als „Parteirechter“ verschrien.

In Teilen des Thüringer Jugendverbandes „Linksjugend Solid“ finden sich dagegen antisemitische Positionen wieder. In einer „Stellungnahme des LandessprecherInnenrates zum israelischen Angriff auf den Free-Gaza-Konvoi“¹² wird der israelische Militäreinsatz als „Akt der Piraterie“ verurteilt. Zudem verbittet sich der „LandessprecherInnenrat“ jegliche Kritik mit der Flottile und erklärt sich ausdrücklich mit ihren offen und weniger offen antisemitisch auftretenden und zum Teil islamistischen Unterstützerinnen und Unterstützern solidarisch:

„Es darf [...] nicht geduldet werden, dass betroffene AktivistInnen der Free-Gaza-Flotte nun in der BRD durch die Hetze bürgerlicher Presse verunglimpft werden oder ihnen eine Täterrolle angedreht werden soll. Der LandessprecherInnenrat der Linksjugend [‘solid] Thüringen ist solidarisch mit allen AktivistInnen des Free-Gaza-Movement!“¹³

Zu den vor Kritik zu schützenden „AktivistInnen“ der Flottile gehört unter anderem die islamistische und rechtsextremistische türkische Partei „Büyük Birklik Partisi“ (BBP), welche den faschistischen „Grauen Wölfen“ nahesteht.

Unter dem Namen „Re(d)solution“ organisiert sich die dem trotzkistischen „Marx21“-Netzwerk nahestehende Ortsgruppe Pößneck der Linksjugend Thüringen. Sie versteht sich selbst u.a. als „kritisch“, „mutig“, „solidarisch“, „antikapitalistisch“ und „antiimperialistisch“¹⁴. Anlässlich der

Flottile und „um den Druck auf Israels Regierung aufrecht zu erhalten“, veranstaltete die Gruppe eine Kundgebung und behauptete, das israelische Militär hätte die Aktivistinnen und Aktivisten der Flottile in „Internierungslager“¹⁵ (!) inhaftiert. Die Gruppe tritt zudem als Unterstützer von BDS („Boycott, Divestment and Sanctions“) auf – einer Kampagne, die zum Boykott und zu Sanktionen gegen Israel aufruft.

Die Nichtregierungsorganisation „NGO Monitor“ mit Sitz in Jerusalem bewertet BDS als antisemitisch, weil die Kampagne sich einseitig gegen Israel richte und Verhalten einfordere, das von keinem anderen demokratischen Staat verlangt wird (vgl. Arbeitsdefinition des Antisemitismus der EU, s.o.). Zudem behaupteten BDS-Aktivist(inn)en, Israel sei ein rassistisches Unterfangen und vergleichen die israelische Politik mit den Verbrechen der Nationalsozialist(inn)en.¹⁶ Im April 2010 lud die Pöbnecker Gruppe Sophia Deeg und Hermann Dierkes ein, um mit ihnen unter dem Slogan „Bedingungslos für Israel? Positionen und Aktionen jenseits deutscher Befindlichkeiten“ zu diskutieren.¹⁷ Dierkes wurde 2011 vom Simon-Wiesenthal-Zentrum auf die Top-Ten-Liste der internationalen Antisemit(inn)en gesetzt.

Wer mit der Linkspartei in Thüringen zusammenarbeitet, wird in der Regel nicht in eine Koalition mit Antisemitinnen und Antisemiten treten. Dennoch existieren auch im Freistaat Tendenzen, unter dem Deckmantel legitimer Kritik an der israelischen Politik antisemitische Vorbehalte zu artikulieren. Erhebungen zur Verbreitung antisemitischer Stereotype unter den Wählerinnen und Wählern der Partei DIE LINKE in Thüringen zeigen, dass die Abgeordneten gut daran tun,

weiterhin deutlich gegen Antisemitismus und Antisraelismus Stellung zu beziehen (siehe Beitrag „Zur Virulenz antisemitischer Einstellungen“, S. 50 ff.) DIE LINKE ist nicht die einzige Partei, in der mitunter antisemitische Stimmen laut werden. Mit Jamal Karsli (ehemals BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, ausgetreten), Jürgen Möllemann (FPD, verstorben), Martin Hohmann (ehemals CDU, ausgeschlossen) und Thilo Sarrazin (SPD) waren auch alle anderen im Bundestag vertretenen Parteien mindestens in Einzelfällen mit antisemitischen Eklaten konfrontiert. Die Aggressivität, mit der diese jedoch von Teilen der LINKEN-Anhängerschaft produziert werden, sucht im demokratischen Spektrum ihresgleichen.

¹Vgl. Bundesministerium des Inneren (Hrsg.): Antisemitismus in Deutschland. Erscheinungsformen, Bedingungen, Präventionsansätze, Berlin, 2012, S. 36

² Auf die Bedeutung des Antisemitismus im realexistierenden Sozialismus der DDR wurde an anderer Stelle der Broschüre bereits eingegangen (siehe S. 46 ff.).

³ Der antisemitische Charakter wird auch dadurch nicht relativiert, dass die Bombe von einem V-Mann des Berliner Verfassungsschutzes stammte. (Vgl. Kraushaar, Wolfgang: Die Bombe im Jüdischen Gemeindehaus, Hamburg, 2005.

⁴ Vgl. Salzborn, Samuel: Antisemitismus und Linksextremismus, <http://www.fes.de/BerlinerAkademiegespraeche/publikationen/religion/documents/linker-antisemitismus.pdf>, eingesehen am 05.04.2012.

⁵ Ebd.

⁶ Vgl. Salzborn, Samuel: Antisemiten als Koalitionspartner?, http://www.salzborn.de/txt/2011_zfp.pdf, eingesehen am 05.04.2012.

⁷ Vgl. EUMC: „Working Definition of Antisemitism“ (2004), (deutsche Übersetzung: European Forum on Antisemitism)

⁸ Vgl. Salzborn: Antisemiten als Koalitionspartner.

⁹ Vgl. „Boykott israelischer Produkte verurteilt“, <http://haskala.de/2011/07/12/boykott-israelischer-produkte-verurteilt>, eingesehen am 05.04.2012.

¹⁰Vgl.

<http://anarchostalinist.wordpress.com/2012/03/20/was-heist-antideutsch/>, eingesehen am 12.05.2012.

¹¹ Vgl. <http://twitter.com/#!/katharinakoenig>, eingesehen am 05.04.2012.

¹² Vgl. <http://solid-thueringen.net/joomla/index.php/europa-und-aussen/61/487-stellungnahme-des-landessprecherinnenrates-zum-israelischen-angriff-auf-den-free-gaza-konvoi.html>, eingesehen am 05.04.2012.

¹³ Ebd.

¹⁴ Vgl. <http://redsolution.jimdo.com>, eingesehen am 05.04.2012.

¹⁵ Vgl. <http://redsolution.jimdo.com/berichte-mitteilungen/2-6-free-gaza-flotte/>, am 05.04.2012.

¹⁶ Vgl. <http://www.ngo-monitor.org/articles/bds>, am 05.04.2012.

¹⁷ Vgl. <http://redsolution.jimdo.com/berichte-mitteilungen/details-24-4-2010/>, am 05.04.2012.

Die Autoren

ANDREAS NEUMANN, Jahrgang 1984, befasst sich seit 2006 in verschiedenen ehrenamtlichen Initiativen mit dem Phänomen des Rechtsradikalismus in historischer und gegenwartsbezogener Perspektive. Er studiert seit 2008 an der Friedrich-Schiller-Universität Jena mit dem Ziel der ersten Staatsprüfung für das Lehramt in den Fächern Geschichte, Philosophie und Sozialkunde – er war Tutor u.a. im Masterstudiengang „Geschichte und Politik des 20. Jahrhunderts“ und arbeitet seit 2011 als studentische Hilfskraft im Universitätsarchiv Jena.

MATTHIAS QUENT, Jahrgang 1986, studierte an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, mit Studienaufenthalt in Leicester, Soziologie, Politikwissenschaften und Neuere Geschichte. Seit 2004 setzt er sich ehrenamtlich und journalistisch als Berater und Referent mit Rechtsextremismus auseinander. 2011 erwarb Quent den akademischen Grad Magister Artium. Seit 2012 ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Soziologie der FSU Jena.

PETER SCHULZ, Jahrgang 1986, studierte von 2006 bis 2010 Politikwissenschaft und Kommunikationswissenschaft an der Universität Greifswald. Derzeit beendet er an der Friedrich-Schiller-Universität Jena seinen Master in Gesellschaftstheorie (Soziologie, Philosophie und Politikwissenschaft) und arbeitet an einem Rechtsextremismus-Forschungsprojekt. Seit 2007 setzt er sich ehrenamtlich und akademisch mit Antisemitismus und (Neo-) Nationalsozialismus auseinander.

Literaturempfehlungen

Zur vertiefenden Auseinandersetzung empfohlen:

Adorno, Theodor W.: Bekämpfung des Antisemitismus heute, in Das Argument 29, Jg.6 1964.

Arendt, Hannah: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft: Antisemitismus, Imperialismus, Totalitarismus: Antisemitismus. Imperialismus. Totale Herrschaft, Frankfurt a. M., 1955.

Frindte, Wolfgang: Inszenierter Antisemitismus: Eine Streitschrift, Wiesbaden, 2006.

Laqueur, Walter: Gesichter des Antisemitismus. Von den Anfängen bis heute, Berlin, 2006.

Küntzel, Matthias: Islamischer Antisemitismus und deutsche Politik, Berlin u.a., 2007.

Markovits, Andrej S.: Amerika, dich haßt sich's besser: Antiamerikanismus und Antisemitismus in Europa, Hamburg, 2004.

Rabinovici, Doron/Speck, Ulrich/Sznaider, Natan (Hrsg.): Neuer Antisemitismus?: Eine globale Debatte, Berlin, 2004.

Tagesaktuelles im Internet:

www.ezra.de – Mobile Beratung für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Thüringen

www.hagalil.com –Jüdische Meldungen gegen Antisemitismus

www.kokont-jena.de – Homepage Kokont Jena

www.mobit.org – Mobile Beratung in Thüringen

www.publikative.org – Blog der Amadeu Antonio Stiftung

www.vielfalt-jena.de – Plattform für Jena gegen Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus, Antisemitismus und Intoleranz

FREMDEN
FEINDLICH
KEIT
RECHTS
EXTREMIS
MUS
ANTISEMI
TISMUS
INTOLE
RANZ